Mittwoch, 27. Juli 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 172 - 30.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nachrüstung: Uneinigkeit in der Bundesregierung über die Behandlung der ballistischen Mittelstreckenraketen Pershing-2 im Falle einer NATO-Nachrüstung. Verteidigungsminister Wörner will am „Waffen-Mix" aus Pershing-2 und Marschflugkörpern (Cruise Missiles) festhalten; Außenminister Genscher ist bereit, auf die Raketen zu verzichten.

Sowjetwirtschaft: Als „Experiment" will die Kremlführung den Industriemanagern mehr Einfluß bei der Planung geben; Arbeiter sollen durch Leistungslöhne Ansporn erhalten. Die Reform soll 1984 wirksam werden.

Flucht: Erneut konnte ein Arbeiter aus der „DDR" die Grenzsperren überwinden und unverletzt nach Niedersachsen gelangen. Dies ist seit Samstag die dritte gelungene Flucht in diesem Abschnitt.

Menschenrechte: Präsident Reagan wirft der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte vor; als Beispiel nennt er die Unterdrückung der „Solidarnosc" in Polen, die Ausreiseverbote in der UdSSR und die Verfolgung Andersdenkender.

Polen: Das Warschauer Parlament berät ab Donnerstag über Verschärfung der Zensur und des Strafgesetzbuches. Selbst die Neuauflage bereits erschienener Texte wird zensurabhängig sein.

Laser-Waffe: Die US-Luftwaffe hat erstmals erfolgreich eine Laser-Abwehrwaffe gegen Flugabwehrraketen von Bord eines Flugzeugs aus erprobt.

Strauß: In deutlicher Anspielung auf sein Treffen mit Strauß hat „DDR"-Staatsratsvorsitzender Honecker den Dialog von Politikern aus Ost und West als wichtiges Element internationaler Beziehungen bezeichnet. Strauß setzte seinen Privatbesuch in Meißen fort. Er kehrt heute nach München zurück.

Umfrage: CDU/CSU und FDP liegen seit Monaten bei zusammen mindestens 55 Prozent. (Union 48 und FDP sieben Prozent). Die SPD erhielte nach Emnid 38 Prozent, die Grünen sieben.

Israel: Unbekannte haben bei einem Feuerüberfall auf die Universität von Hebron zwei Menschen erschossen und etwa ein Dutzend verletzt. – Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Arens in Washington.

Gewerkschaften: Der designierte 2. Vorsitzende der IG Metall, Bezirksleiter Steinkühler, hat zu einer viertelstündigen Arbeitsniederlegung im Rahmen der „Friedenswoche" im Oktober aufgerufen.

EG: In dreitägiger Klausur berät die Kommission über die Reform der EG, einschließlich *des Agrarmarkts.*

Heute: US-Präsident Reagan gibt Pressekonferenz zur Mittelamerikapolitik. – Strauß berichtet in München vor der Presse über „*DDR*"-Besuch und Polen-Reise. – Ferienbeginn in Bayern.

ZITAT DES TAGES



» Auch der Polizeibeamte, der an Recht und Gesetz und an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden ist, hat Anspruch darauf, daß er in seiner Gesundheit und seinem Leben nicht gefährdet wird. «

Axel Wernitz MdB-SPD, Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, über Ausstattung und Bewaffnung der Polizei zur WELT FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Stahl-Einigung: Quotensystem bleibt bis 31. Januar. Einige Quotenerhöhungen; u. a. Bundesrepublik 100 000 Tonnen.

Arbeitslose: Höchstens vier Prozent aller neuen Arbeitslosen gehen auf Konkurse zurück, meldet Bundesanstalt für Arbeit.

Commerzbank: Bisher höchster Halbjahresertrag mit 468 Millionen DM (Vorjahresniveau 203 Millionen).

Zigaretten: Erstes Halbjahr 1983 53,8 Milliarden Zigaretten verkauft gegen 59,3 Milliarden Vorjahresniveau.

Konjunktur: Ifo-München sieht weitere Aufwärtsentwicklung trotz Stocken im Frühjahr.

UdSSR-Gasleitung: 4451 Kilometer lange Leitung von Sibirien nach Europa fertig, meldet Tass.

USA: Realer Anstieg des Bruttosozialprodukts 1983 mit 5,5 Prozent vorausgesagt; „Bremsung" auf 4,5 Prozent 1984 erwartet.

Paris: Zusatzsteuer von zwei Prozent der Bruttoeinkommen im Gespräch.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten kam es zu einer deutlichen Kurserholung. WELT-Aktienindex 144,5 (143,4). Am Rentenmarkt wurde der Abwärtstrend gestoppt. Dollar-Mittelkurs 2,6015 (2,6142) Mark. Goldpreis je Feinunze *425,50 (422,00) Dollar.*

KULTUR

Bayreuth: Demonstrativer Beifall für „romantische" Solti-Hall-Inszenierung des „Rheingold".

Sacharow: Der Hamburger Künstler Carl W. Röhrig hat sein Bild „Durchbruch" zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit für Professor Sacharow gespendet.

Charlie Rivel: Der weltberühmte Clown („Akrobat schöööön") ist mit 87 Jahren in Spanien gestorben.

SPORT

Fechten: Die Tauberbischofsheimer Elmar Borrmann, Alexander Pusch und Rafael Nickel überstanden bei der Weltmeisterschaft die Degen-Vorrunde.

Golf: Der 37jährige Mexikaner Russel Fischer war in der Qualifikation zur Offenen Deutschen Meisterschaft in Köln mit 65 Schlägen am stärksten.

AUS ALLER WELT

SPD-Erpressung: Unbekannte drohen der SPD mit Anschlägen auf „linke Sozialdemokraten", falls die Partei nicht eine Million DM zahle.

UdSSR: Bei einem Busunglück nahe Orel verunglückten zehn deutsche Touristen tödlich. Sechs wurden schwer verletzt.

Diebstahl: Früherer Politkriminneller Fritz Teufel wegen Warenhaus-Diebstahls in Berlin zu 3600 DM verurteilt.

Wetter: Bei nachlassendem *Hochdruckeinfluß naht* ein Gewittertief von Frankreich her. Im Nordwesten wechselnd bewölkt, auch Schauer, bis 30 Grad; im Süden und der Mitte heiter bis wolkig, Temperatur bis 35 *Grad.*

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Zweifel in Washington, ob die Bundesregierung „steht"

Wie denkt Kanzler Kohl wirklich über das Thema „Waldspaziergang"?

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

In der Bonner Regierungskoalition spitzt sich die Auseinandersetzung darüber zu, welche Rolle bei der nächsten Genfer INF-Verhandlungsrunde, die am 6. September beginnt, die ballistischen Raketen des Typs Pershing 2 spielen sollen. Von den internen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage hat die Öffentlichkeit bisher in Interviews des Bundeskanzlers, des Außen- und des Verteidigungsministers gewissermaßen nur die „Spitze des Eisbergs" zu sehen bekommen.

108 Pershing 2 sind zur Stationierung auf deutschem Boden vorgesehen, während sich die weiter vorgesehenen 464 Marschflugkörper auf die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien sowie die Niederlande und Belgien verteilen sollen. Die Gesamtzahl von 572 Systemen würde sich verringern, wenn in Genf eine Art „Zwischenergebnis" ausgehandelt würde. Auch dabei soll es einen Waffenmix geben, wie der Regierungssprecher noch letzten Freitag öffentlich erklärte, das heißt einen Anteil ballistischer Raketen. Der Beginn der Einführung der neuen nuklearen Mittelstreckenwaffen in die in Westeuropa stationierten US-Verbände ist für kommenden Dezember vorgesehen. Sie wird nur überflüssig, wenn die Genfer Verhandlungen mit der sogenannten „Null-Lösung" (keine westliche Stationierung in Europa gegen den vollständigen Abbau der SS-20-Systeme der Sowjetunion) abschließen sollten, womit aber realistischerweise niemand in der NATO rechnet.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher betrachtet die ballistischen Raketen zuverlässigen Informationen zufolge inzwischen nur noch als eine Karte in den Verhandlungen, die man bei entsprechender Gegenleistung der Sowjet*union weggeben könne.* Nicht völlig eindeutig erscheint die Rolle des Bundeskanzlers in dieser Frage, der dem Vernehmen nach allerdings gegenüber Vertrauten bereits einige Male Sympathie für ein *Verhandlungsergebnis im Sinne* der häufig zitierten Formel vom „Waldspaziergang" erkennen ließ. In ihr war die Reduzierung der auf Europa gerichteten SS-20-Werfer auf 75 vorgesehen, gekoppelt mit einer *Stationierung* von 75 US-Werfern für Marschflugkörper. Auf die Pershing-2-Raketen sollte völlig verzichtet werden.

Sowohl Kohls als auch Genschers Haltung scheint sich nach ihrem Besuch in Moskau zu Beginn dieses Monats zugunsten dieser Formel verfestigt zu haben. Besonders Genscher, der über die Moskauer Gesprächsergebnisse Präsident Reagan und Außenminister Shultz in Washington berichtete, warb offenbar in den USA für eine Rückkehr zu einer Verhandlungsführung, die den „Waldspaziergang" zum Ziel hat. Dazu haben Kohl und Genscher in Moskau, wie es scheint, sowjetische Konzessionsbereitschaft registriert.

Als einziger Befürworter eines Verhandlungskonzepts, in dem die Pershing 2 eine zentrale Rolle spielen muß, gilt nach zuverlässigen Informationen innerhalb der Bundesregierung *lediglich* noch der Verteidigungsminister. Manfred Wörner hat man bei seinen Gesprächen in Washington letzte Woche bedeutet, daß man ihn als den einzigen in dieser Frage wirklich zuverlässigen Bonner Koalitionspolitiker mit Kabinettsrang betrachtet.

Hinter Genscher steht der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Friedrich *Ruth.* Es heißt, der Außenminister und möglicherweise auch der Kanzler seien ganz auf dessen Linie eingeschwenkt. Über Ruth wird gesagt, er sei so sehr an einem Abkommen in Genf interessiert, daß die Frage, ob das Ergebnis

■ Fortsetzung Seite 6

Moskau leitet Wirtschaftsreform ein

Anreize für mehr Effektivität / Keine Einführung marktwirtschaftlicher Elemente

F. H. NEUMANN/DW. **Moskau**

Die sowjetische Führung hat eine ganze Reihe von Wirtschaftsreformen verfügt. Die Parteizeitung „Prawda" kündigte die jnderungen in der Wirtschaftsstruktur, die zum 1. Januar in Kraft treten sollen, als „wirtschaftliches Experiment" an.

Die Reformen sollen die Initiative der Betriebe, den Unternehmungsgeist sowie das Eigeninteresse am Produktionserfolg fördern, hieß es in dem in der „Prawda" veröffentlichten Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrates. Die „zusätzlichen Maßnahmen zur Erweiterung der Rechte von Industrievereinigungen und Betrieben" wurden bereits von einzelnen Leningrader Fabriken erprobt und sollen zu Beginn des nächsten Fünf-Jahres-Plans, also von 1986 an, auf die gesamte Industrie ausgedehnt werden. Zunächst treten sie nur in den Bereichen des Ministeriums für Schwerindustrie und Transportmaschinenbau sowie des Ministeriums für elektrotechnische Industrie, *außerdem in einzelnen* Bereichen ausgewählter Unionsrepubliken in Kraft.

Acht Monate nach dem Amtsantritt des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow werden damit erstmals bescheidene Ansätze sichtbar, den schwerfälligen und auf weiten Strecken wirkungslosen Entscheidungsmechanismus der sowjetischen Planwirtschaft effektiver zu gestalten. Vor dem ZK-Plenum im November vergangenen Jahres hatte Andropow bereits angekündigt, daß es an der Zeit sei, bei der Lösung der wirtschaftlich*en* Probleme des Landes „die Erfahrungen der Bruderländer zu berücksichtigen".

Aber im Gegensatz zum ungarischen Modell, das sich Parteichef Kadar bei seinem Besuch in Moskau vor wenigen Tagen erneut absegnen ließ, unterscheidet sich der Moskauer Weg fundamental dadurch, daß Elemente der Marktwirtschaft nicht eingeführt werden. Die zentrale Wirtschaftslenkung soll beibehalten werden.

Allerdings sollen die sowjetischen Betriebe einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspläne orhalten. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen soll dann dafür sorgen, daß sich das Interesse der Betriebe an der Erfüllung der Pläne bei hoher Qualität und Effizienz vergrößern wird.

Ähnlich den sogenannten Kossygin-Reformen Anfang der siebziger Jahre sollen qualitative „ökonomische Kennziffern" die quantitativen Planvorgaben in den Hintergrund rücken. Die den Betrieben vom Staat zugeteilten finanziellen Mittel werden von den Produktionsleistungen abhängig gemacht, deren Bewertung sich in Zukunft zusätzlich danach richten wird, ob die Erzeugnisse auch verkauft werden konnten.

Als zusätzlicher Anreiz wird eingeführt, daß die Unternehmen künftig über einen erheblichen Teil des staatlichen „Fonds für die Betriebsentwicklung" selbst verfügen: Eingespartes oder erwirtschaftetes Geld soll in ihren Kassen bleiben. Für technische Umrüstungen sollen verbesserte Kreditmöglichkeiten geschaffen werden.

Das Interesse der Arbeiter an einem positiven Betriebsergebnis soll durch ein neues Prämien-System und andere Vergünstigungen gefördert werden. Betriebe erhalten die Möglichkeit, qualifiziertes Personal besser zu honorieren, wenn die Arbeit zu überdurchschnittlichen Ergebnissen führt.

Seite 7: Reformversuche

Kissinger grenzt seinen Auftrag ein

Keine „Tagespolitik" als Leiter der Mittelamerika-Kommission / Besuch in Nicaragua?

DW. **Washington**

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger will sich als Vorsitzender der von Präsident Ronald Reagan einberufenen Mittelamerika-Kommission nicht in die Tagespolitik einmischen. Er sehe seine Aufgabe allein darin, die langfristigen Perspektiven der amerikanischen Politik in Zentralamerika zu untersuchen, sagte Kissinger nach einem Gespräch mit Reagan in Washington. „Ich werde mich nicht an laufenden Entscheidungen beteiligen."

Bei der Begegnung mit Reagan hatte Kissinger um eine Verlängerung der Frist für die Erstellung des Kommissionsberichts gebeten. Statt am 1. Dezember soll er nun am 1. Februar 1984 vorgelegt werden. Anschließend wird die Kommission nach Kissingers Angaben aufgelöst. Er selbst stehe nicht zur Ausführung der von ihr empfohlenen Politik bereit.

Auf die Frage, ob die USA im Begriff seien, sich auf eine neues Engagement wie seinerzeit in Vietnam einzulassen, sagte der frühere Außenminister, es komme darauf an, aus welchem Blickwinkel man betrachte, was Vietnam bedeutete. Auf jeden Fall müsse die „bittere Debatte" vermieden werden, die die Vietnam-Ära charakterisiert habe. Vermieden werden müsse auch die damals herrschende „Unsicherheit über die Ziele". Er sei sicher, die Regierung Reagan wolle ein neues Vietnam verhindern.

Wie Kissinger bekanntgab, will *er mit seiner Kommission* Mittelamerika besuchen. Auch eine Reise nach Nicaragua sei „höchstwahrscheinlich, wenn wir dort willkommen sind".

Hohe Beame des Pentagon haben jetzt erstmals *Einzelheiten* über die geplanten amerikanischen Manöver vor den Küsten Mittelamerikas und in Honduras bekanntgegeben. Sie bemühten sich dabei, die Bedeutung dieser Übungen herunterzuspielen, die von Kritikern der US-Regierung als massive Einschüchterungsversuche gegen Nicaragua interpretiert worden sind. Fragen, ob bei den See-Manövern eine Blockade gegen Nicaragua geprobt werden solle, wichen sie aus.

Diesen Angaben zufolge sollen die Flottenmanöver im Pazifik und in der Karibik vom August bis in den frühen September dauern. An ihnen nehmen unter anderem die Flugzeugträger „Ranger" und „Coral Sea" teil. Die Landmanöver-Serie in Honduras gemeinsam mit Teilen der dortigen Armee sollen sich von August bis in den Januar hinziehen. An ihr werden zeitweise *bis zu 4000 US-Soldaten, darunter* etwa *die* Hälfte Kampftruppen, teilnehmen.

Nach Darstellung des Pentagon sollen die Manöver den Freunden der USA in Zentralamerika zeigen, daß sie nicht alleine stehen und Washington in der Lage ist, bei einer etwaigen „Aggression" zu handeln.

In einer ersten Stellungnahme hat Nicaragua die Entsendung des Flottenverbandes als eine Bedrohung nicht nur für das eigene Land, sondern für ganz Amerika und die Welt bezeichnet. Moskau warf den Amerikanern vor, den offenen Konflikt in der Region zu suchen.

USA testen erfolgreich Laserwaffe

Von einem Flugzeug aus wurden im Luftkampf fünf angreifende Raketen abgewehrt

AP/SAD/DW. **Washington/Bonn**

In den USA sind Laserstrahlen erstmals erfolgreich von einem Flugzeug aus getestet worden. Vertreter der Luftwaffe erklärten gestern, die Laserwaffe habe von einem Flugzeug aus fünf angreifende Raketen vom Typ „Sidewinder" abgewehrt, die mit hitzeempfindlichen Suchköpfen ausgerüstet sind.

Die „Laserkanone" war in einem Lockheed-C-135-Transporter montiert gewesen, der zu einem fliegenden Labor umgebaut worden war. Auf die schwerfällige Transportmaschine, die über dem Testgebiet des China Lake in Kalifornien flog, feuerte ein A-7-Jagdbomber seine fünf Raketen ab. Die abgeschossenen Raketen hätten eine Geschwindigkeit von rund 3200 Stundenkilometern gehabt.

Nach Angaben eines Luftwaffen-Sprechers, Major Sam Giammo, sei das fliegende Labor noch nicht der Prototyp eines neuen Waffensystems, aber die erfolgreiche Durchführung des Programms sei ein Meilenstein bei der Entwicklung von Laserwaffen. Die Tests erfolgten im Waffenzentrum der Luftwaffe in Kalifornien. Die Armee hat mit Laserstrahlen bereits erfolgreiche Versuche bei der Raketenabwehr vom Boden aus unternommen. Bei der Abwehr im Luftkampf aber waren ähnliche Experimente wie die jetzt durchgeführten vor etwa zwei Jahren zweimal *fehlgeschlagen.*

Ziel der Versuche des Pentagon ist es, Laserwaffen zu entwickeln, die in der Lage sind, Interkontinentalraketen im Flug zu vernichten, ehe sie ihre tödliche Ladung *ins Ziel bringen können.* US-Präsident Ronald Reagan hatte die Hoffnung auf die Einsatzfähigkeit solcher neuen Waffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts geäußert.

Die Laserwaffe wirkt durch die konzentrierte Strahlung thermischer *Energie zerstörend.* Bei Raketen vernichtet sie das Suchsystem und leitet sie dadurch von ihrem Ziel ab. Wie die Luftfahrtzeitschrift „Aviation Week und Space Technology" kürzlich meldete, *seien die USA mit ihrer Technologie* bereits in der Lage, Laserwaffen zu bauen, die auch vom Weltraum aus anfliegende gegnerische Raketen zerstören können. Das amerikanische Verteidigungs*ministerium* wolle 1987 *mit* der Erprobung einer derartigen Waffe im Weltraum beginnen. Bereits heute stebe die Technologie zur Verfügung, um eine Laserstation in einer Erdumlaufbahn einzurichten, von *der aus aufsteigende Raketen* gefunden und verfolgt werden können. Der Laserstrahl fixiert dann das anfliegende Ziel so lange, bis es zerstört ist.

DER KOMMENTAR

Rolle rückwärts?

HEINZ BARTH

Kein Schweigen im Walde ist uns gegönnt, seit die Chefunterhändler Amerikas und der Sowjetunion vor Jahresfrist in den Wäldern um Genf spazieren gingen. Ganz im Gegenteil. Je näher die Stunde der Wahrheit rückt, in der über die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses entschieden werden muß, um so aufgeregter zetern die *verschreckten Vögel von* allen Bäumen Bonns. So war es schon immer, wenn sich eine wichtige Verhandlungsrunde mit den Sowjets zum Ende neigte.

Nur der Kreml schweigt. Es genügt ihm, die Gehirne der nervenschwachen Bundesrepublik Deutschland, auf die es ja in erster Linie ankommt, mit delphischen Dämpfen einzunebeln. Anders als delphisch ist es nicht zu nennen, wenn wir vom Sprecher der Bundesregierung hören, ein Verzicht auf den NATO-Doppelbeschluß stehe „zur Zeit" nicht zur Diskussion. Anders als sibyllinisch ist es auch nicht zu bezeichnen, wenn uns der Bundesaußenminister plötzlich rät, wieder mehr „*in Richtung*" der Ergebnisse des Waldspazierganges zu denken – das heißt doch, sich mit dem „Hans-im-Glück"-Tausch von 75 Marschflugkörpern (Bummelraketen) für 75 sowjetische SS 20 zufriedenzugeben.

„Zur Zeit". Und „in Richtung". Wie quallig all das doch klingt. Ist die Bundesregierung schon so weit, hinter den Nachrüstungsbeschluß zurückzugehen, der immerhin primär durch die Initiative Helmut Schmidts zustande kam? Tritt wieder das alte Syndrom der Rüstungsexperten in Funktion, die solange an einer einigenden Formel gebosselt haben, daß sie sich nicht mehr von ihr lösen können? Es wäre nicht das erste Mal, daß die Sowjets von solchen psychischen Ermüdungserscheinungen des Westens profitieren, der es im Endstadium der Verhandlungen nicht mehr wagen darf, die Illusionen zu vernichten, deren Gefangener er durch die sowjetischen Verführungskünste geworden ist.

Uns bleibt nur die vage Hoffnung, daß Helmut Kohl und Hans-Dietrich Gen*scher so Konkretes in Moskau* gehört haben, daß es ihnen nicht mehr als Risiko erscheint, die Rolle rückwärts zu trainieren. Die Hoffnung auch, daß Franz Josef Strauß, der zum erstenmal seit Jahrzehnten in der Gunst der „Süddeutschen Zeitung" sonnenbaden darf, triftige Gründe hat, es den Bonnern gleichzutun. Andernfalls wäre es schlimm um die Neo-Detente und den Honigmond zwischen Bonn und Washington bestellt. Das wäre ein zu hoher Preis für einen milden Herbst. Was die Wähler des 6. März vom Kanzler verlangen können, ist ein klares Wort zur Lebensfrage der Nation, das die hausgemachten Nebel der Bundesregierung verscheucht.

Reagan mahnt Menschenrechte im Ostblock an

AP/DW. **Washington**

US-Präsident Ronald Reagan hat den Ostblock-Staaten vorgeworfen, fortgesetzt die Menschenrechte zu verletzen. In einer Erklärung zum 1. August, dem achten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von Helsinki, nannte Reagan als Beispiele die Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" in Polen, die fortgesetzte Einschüchterung der Helsinki-Gruppen sowie den drastischen Rückgang der Auswanderungszahl in der Sowjetunion und die Verfolgung von Bürgerrechtlern.

Reagan, der den 1. August zum „Tag der Menschenrechte von Helsinki" proklamierte, erklärte, die KSZE-Schlußakte sei eine große Errungenschaft für die Entwicklung von universellen Maßstäben im internationalen Verhalten und für die fundamentalen Menschenrechte. Das Helsinki-Abkommen sei in der Tat eine Menschenrechts-Charta für alle Völker in Europa und ein mächtiges diplomatisches Instrument zur Förderung menschlicher Würde und Freiheit.

Die kontinuierlichen Verstöße dagegen im Ostblock bedrohten nicht nur das Zil wirklicher Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sondern hätten auch eine abschreckende Wirkung auf den Geist der Völker in der Sowjetuni*on und in Osteuropa, „deren fundamentale Menschenrechte* von ihren Regierungen ständig und regelmäßig verletzt werden".

Seine Landsleute forderte Reagan auf, sich zum 1. August „solidarisch mit den Bürgern der Ostblock-Staaten zu erklären".

Seite 2: Wer seine Rolle spielt

Honecker warnt Bonn vor Nachrüstung

AP/dpa, **Berlin**

„DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker hat seine Warnung wiederholt, daß eine Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen „die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ernsthaft belasten" würde. Bei der Eröffnung des Turn- und Sportfestes in Leipzig sagte Honecker in Anspielung auf sein Treffen mit dem bayerischen *Ministerpräsidenten und* CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, nach wie vor sei es das Wichtigste, eine neue Runde des Wettrüstens zu verhindern. Eine „Entwicklung, in der von deutschem Boden der Bundesrepublik Deutschland wieder die Gefahr eines Weltkrieges ausgeht, werden unsere Länder nicht zulassen".

Im Gegensatz zu dem Staats- und Parteichef hatte Strauß, der gestern Meißen, Naumburg und Erfurt besuchte, nach seiner Begegnung mit Honecker am Werbellinsee die Überzeugung geäußert, daß eine mögliche Nachrüstung keine negativen Auswirkungen auf die innerdeutschen Beziehungen haben werde. Seine Kritik am Zustandekommen des Milliarden-Kredits für die „DDR" hat Wirtschaftsminister Lambsdorff bekräftigt. Der Kredit sei „Kasse gegen Hoffnung", erklärte er.

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu widersprach gestern der Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, daß *Strauß sich inzwischen eine Politik* in vollem Umfang zueigen gemacht habe, die er jahrelang erbittert bekämpft habe. Die grundlegenden Faktoren der Position der CSU in der Ost- und Deutschland*politik haben sich nach Wiesheus* Angaben nicht geändert.

Seite 4: Schiffstour von Strauß

Neue Verbindung zwischen Kirchen und Rat gefordert

Rechenschaftsbericht auf Weltkirchentag in Vancouver

epd, **Vancouver**

Auf die Spannungen zwischen einigen Mitgliedskirchen und dem ökumenischen Rat der Kirchen, der wegen seines Engagements in politischen Fragen in letzter Zeit in verschiedenen Medien heftig angegriffen wurde, hat der Generalsekretär des Rates, Philipp Potter, auf der Welt-Kirchenkonferenz in Vancouver hingewiesen. Wenn es nicht gelinge, eine neue Verbindung zwischen dem Leben der Mitgliedskirchen und den Aktivitäten des Rates zu erreichen, werde die Welt-Kirchenkonferenz scheitern, sagte der in zwei Jahren aus seinem Amt scheidende Generalsekretär in seinem letzten Rechenschaftsbericht. Potter bezog sich dabei auf den Austritt von drei Mitgliedskirchen, die ihre Mitgliedschaft aufgrund der 1978 der „Patriotischen Front" des heutigen Zimbabwe zuteil gewordenen Unterstützung aus dem Anti-Rassismus-Fonds suspendiert hatten. Ein Artikel in dem amerikanischen Magazin „Reader's Digest" und ein Beitrag *in der populären Fernseh*sendung „60 Minutes" hatten dem Ökumenischen Rat vorgeworfen, er sei kommunistisch unterwandert.

Potter bezweifelte, daß sich die Kirchen weiterhin so benehmen könnten, als ob der Weltkirchenrat eher zu ihren äußeren als zu ihren inneren Angelegenheiten gehöre. Er stellte ferner *die Frage, ob es* sich der Rat leisten könne, mit Programmen und Aktivitäten einen eigenen Weg zu gehen, ohne daß diese auf allen Ebenen unter der aktiven Teilnahme der Mitgliedskirchen erdacht, geplant, besprochen und ausgeführt würden.

Bei einer gleichbleibenden Finanzausstattung wird der Ökumenische Rat der Kirchen spätestens 1985 seine Struktur verändern müssen. Das geht aus dem Bericht über die Finanzen des Welt-Kirchenrates hervor. Allein die Welt-Kirchenkonferenz in Vancouver kostet den Rat etwa 5,5 Millionen Schweizer Franken. Der in Genf ansässige Rat verbuchte im Geschäftsjahr 1982 mit 29,5 Millionen Schweizer Franken Einnahmen zwei Millionen weniger als 1981. Von der Evangelischen Kirche in Deutschland als dem *größten Beitragszahler gingen* im Vorjahr 8,8 Millionen Franken ein. Mehr als ein Drittel aller Mitgliedskirchen zahlten überhaupt keine Beiträge nach Genf.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bonhoeffer und Meinhof?

Von Matthias Walden

Einen Tag nach dem 20. Juli erschien in der „Welt der Arbeit“ eine Buchkritik. Rezensiert wurden „Zeugnisse politischer Gefangener in Deutschland 1880 – 1980“. Es ging also um Widerstand im Laufe eines Jahrhunderts, ein für das Blatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes besonders verpflichtendes Thema.

Um so unbegreiflicher las sich der folgende Satz: „... auch die jüngste Geschichte der Bundesrepublik hat ihre politischen Gefangenen: Ulrike Meinhof, Peter Paul Zahl, Fritz Teufel u. a.“ Diese Namen bilden Kapitelüberschriften in dem besprochenen Buch – zusammen mit Dietrich Bonhoeffer. Doch der Kritiker übernahm diesen Skandal unkritisch.

Als ich in einer Fernsehdiskussion über die politischen Gefangenen des SED-Staates sprach, erwiderte mir eine Teilnehmerin, auch in der Bundesrepublik gebe es politische Gefangene. Sie nannte dieselben Namen, die jetzt in der „Welt der Arbeit“ aufgeführt wurden. Ich antwortete sinngemäß:

Ich habe die Polizeifotos der Mordopfer der Baader/Meinhof-Bande gesehen. Für einen der Getöteten brauchte man zwei Aufnahmen, denn die Bombe hatte ihn in der Mitte seines Leibes zerrissen, Kopf und Oberkörper waren weit entfernt vom Unterleib mit den Beinen. Für solche Kapitalverbrechen komme man in unserem Rechtsstaat ins Gefängnis. Der Ehrenbegriff des „politischen Gefangenen“ gebühre den Tätern nicht.

Die Überschrift der DGB-Zeitung lautete: „Kritiker: gequält und totgeschlagen“. Wurden die Terroristen der „RAF“ denn gequält und totgeschlagen? Quälten und töteten nicht vielmehr sie ihre Opfer?

Die Frage, welches Weltbild die „Welt der Arbeit“ eigentlich hat, ist in diesem Zusammenhang jedenfalls nur so zu beantworten: ein verkehrtes, in dem Täter und Opfer verwechselt und Mörderbanden mit verehrungswürdigen Widerstandskämpfern in einem Atemzuge genannt werden.

Wer seine Rolle spielt

Von Carl Gustaf Ströhm

Kaum hatte er sein intimes Gespräch mit Franz Josef Strauß beendet, da beeilte sich Polens stellvertretender Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski mit der Feststellung, daß Lech Walesa seine Rolle ausgespielt habe. Es fehlte nur noch, daß Rakowski – ein Mann, der von der Mehrheit der polnischen Intellektuellen mit wenig schmeichelhaften Attributen belegt wird – den Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarität“ zum „toten Mann“ erklärt hätte.

Ob Walesa ein Mann der Vergangenheit oder der Zukunft ist, wie tot oder lebendig vor allem die Ideen sind, die er repräsentierte, muß sich freilich erst erweisen. Manches spricht dafür, daß es in Polen keineswegs so rosig, vielversprechend und harmonisch aussieht, wie uns einige bayerische Touristen dieser Tage glauben machen wollen.

Zur gleichen Zeit, da nämlich aus deutschem Munde dem polnischen Parteichef und General Jaruzelski eilfertig bestätigt wurde, er gehe schon in die „richtige Richtung“, hat der amerikanische Präsident Reagan ganz andere Töne angeschlagen. Zum Jahrestag der Helsinki-Schlußakte prangerte er die Unterdrückung der freien Gewerkschaftsbewegung in Polen, die Einschüchterung der Helsinki-Gruppen und die Verfolgung von Bürgerrechtlern sowie die Behinderung der Auswanderung in der Sowjetunion an. Reagan sprach von einer „Tyrannei“, welche die Menschen drüben zu ertragen hätten – und er forderte die Amerikaner auf, sich mit den Bürgern der Ostblockstaaten solidarisch zu erklären.

Noch vor einigen Wochen hätte man sagen können: Der Reagan redet ja wie der Strauß. Doch jetzt scheint der Strauß schon eher wie Rakowski zu reden. So ändern sich die Zeiten.

Wiederkehr der Begum

Von Reinhard Beuth

Friede am Grünen Hügel von Bayreuth werde erst wieder sein, wenn die Begum zurückkehre – so raunten es die Nornen in den Wagner-Vereinen. Nun ist sie nach Jahren der Wagner-Abstinenz zurückgekehrt. Den Unfrieden hatte vor sieben Jahren, ausgerechnet zur Zentenar-Feier der Festspiele, Patrice Chéreau gesät mit seiner theatralisch-brillanten „Ring“-Inszenierung, die freilich das germanische Götterdrama zu einem Bilderbogen über die industrielle Revolution und die Geburt des Kapitalismus umzeichnete. Daß die anfangs lauten Proteste gegen Chéreaus Wagner-Version mit der Zeit abebbten, hatte ja nichts zu tun mit besserer Einsicht, sondern einfach damit, daß mancher Bayreuth-Pilger den Festspielen fernblieb. Nicht nur die Begum.

Nun schmiedet der Brite Peter Hall den neuen Bayreuther „Ring“, treu den Szenenanweisungen des Meisters. Bayreuth hat das Experiment Chéreau zurückgenommen. Und wieder darf Festspielchef Wolfgang Wagner Schläge erwarten. Diesmal von jenen Schreibern und Denkern, die den Grünen Hügel schon fest in die Front des letzten Gefechts gegen Bürgertum und Wirtschaftsmacht eingeplant haben.

Der Verlust der einen Festung dürfte die Kulturrevolutionäre dabei weniger stören als das Faktum, daß in Bayreuth Trends gesetzt werden. Anzeichen dafür gibt es zwischen Hamburg, Frankfurt und München schon genug. Bayreuth will nicht einfache Wagner-Werkstatt sein, sondern Modell-Werkstatt.

Revolutionen, so zeigt sich, haben auch auf dem Theater nur einen kurzen Atem. Nach der französischen Revolution kehrten die Bourbonen zurück, nach der russischen die zaristische Bürokratie und nach der Bayreuther die Begum Aga Khan. Wagner selbst wußte das am besten. Er kam nach sechzehn Stunden Nibelungen-Ring am Schluß der „Götterdämmerung“ ja auch da wieder an, wo er mit dem „Rheingold“ begonnen hatte.



„Alsdann – in Meißen ist das Porzellan ganz geblieben!“ ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zum Recht auf Widerstand

Von Rupert Scholz

Der heiße – aber angeblich „gewaltfreie“ oder „friedliche“ – Herbst nimmt immer konkretere Gestalt an. Die „Friedensbewegung“ plant eine Fülle von Aktionen, die sämtlich den Widerstand gegen die bei einem Scheitern in Genf nötige Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses organisieren sollen; von „zivilem Ungehorsam“ und „legitimem Widerstand“ wird gesprochen, und selbst von prominenter politischer Seite, wie z. B. dem SPD-Politiker Lafontaine, werden General- und Warnstreiks empfohlen.

Demagogische Besetzung und Verfremdung von Begriffen heißt überhaupt eines der zentralen sprachstrategischen Konzepte. So stellt man auch den NATO-Doppelbeschluß dar. Obwohl die geplante Aufstellung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern kaum geeignet ist, die Überlegenheit der russischen SS 20 (und neuerdings auch SS 21–23) auszugleichen, wird fälschlich behauptet, daß die amerikanischen Mittelstreckenraketen völkerrechts- und verfassungswidrige „Erstschlagwaffen“ seien. Erstschlagwaffen sind diese jedoch schon deshalb nicht, weil sie nach Zahl, Sprengkraft und Reichweite außerstande sind, das – wie es für Erstschlagwaffen nötig wäre – gesamte Nuklearpotential der Gegenseite bei eigenem Überleben auszuschalten. Es geht allein um die Wiedergewinnung einer wirksamen Abschreckung und damit um die verteidigungspolitisch unverzichtbare Gewährleistung der äußeren Sicherheit.

Solche Verteidigungspolitik ist weder völkerrechts- noch verfassungswidrig. Im Gegenteil, das Völkerrecht garantiert jedem Staat das Recht auf Verteidigung; wenn es nötig ist, auch mit Atomwaffen. Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik zur Friedensstaatlichkeit, also zum Verzicht auf kriegerische Aggressionen, andererseits aber auch zur Verteidigung der eigenen Sicherheit. Das Grundgesetz toleriert keinen Staat, der seine Bevölkerung und seine Grundwerte vor äußeren Bedrohungen nicht zu schützen suchte.

In den Grundwerten des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates liegt die besondere Legitimität und das nach außen wie innen zu verteidigende Ethos unserer Verfassungs- und Lebensordnung. Niemandem, auch nicht dem Bundesverfassungsrichter Simon, steht es zu, von einer angeblich fehlenden „Deckungsgleichheit von Recht und Ethik“ zu sprechen und der demokratischen Mehrheit das verfassungsmäßige Recht und die Pflicht zur wirksamen Sicherung der eigenen Verfassungs- und Lebensordnung zu bestreiten.

Demagogie ist es, wenn die – den Frieden erst sichernde oder vor politischer Erpressung schützende – Aufstellung von Mittelstreckenraketen als angeblich existentielle Bedrohung des Volkssouveräns ausgegeben wird und wenn in wahrhaft undemokratischer Anmaßung weitergefolgert wird, daß gegenüber einer solchen Bedrohung die Mehrheit des Volkes nicht mehr selbst über ihre Verteidigungspolitik entscheiden dürfe, es vielmehr des von der Minderheit angeführten Widerstandes gegenüber dem Mehrheitswillen bzw. gegenüber Parlament und Regierung bedürfe. Implizit wird hier unterstellt, daß die zur eigenen Sicherung aufgestellten Waffen in Wahrheit gegen die eigene Bevölkerung gerichtet seien; und sei es nur, weil angeblich der Sowjetunion nun nichts anderes mehr übrigbleibe, als ihrerseits zum atomaren Präventivschlag auszuholen. Daß die Sowjetunion schon heute über die Fähigkeit zum Präventivschlag und damit über die Möglichkeiten atomarer Erpressung im Übermaß verfügt, wird dabei geflissentlich verschwiegen. Widerstand gegen die Aufstellung der Mittelstreckenraketen in Deutschland bedeutet in der Konsequenz nichts anderes als Widerstand gegen die eigene Sicherheit oder Widerstand zugunsten des Bedrohers von außen zu leisten.

Ein Widerstandsrecht anerkennt das Grundgesetz in Art. 20 Abs. 4 nur zum Schutze des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates selbst, d. h. nicht gegen ihn und nicht gegen seine von der Mehrheit getragene – den Frieden eigentlich wahrende – Sicherheitspolitik.

Es gibt kein Recht zum Widerstand oder zum „zivilen Ungehorsam“ darüber hinaus, auch nicht unter Berufung auf das subjektive Gewissen. Das Ethos der für den freiheitlichen Rechtsstaat selbstverständlichen Gewissensfreiheit beruht gerade auf der Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden und auf der Akzeptanz der die Gewissensfreiheit aller schützenden staatlichen Verantwortung und des alle gleichermaßen verpflichtenden Gesetzes.

Das Grundgesetz schützt die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit allgemein. Kein demonstratives Engagement und kein Protest rechtfertigen jedoch den Einsatz von Gewalt und die Verletzung des Rechts. Vor der Suggestivkraft begrifflicher Verwirrung ist zu warnen: „Blockaden“, „Sitzstreiks“, angebliche „bloße Gewalt gegen Sachen“, politische Streiks und viele andere Formen demonstrierender Radikalität sind keine Aktionen rechtmäßiger, d. h. wirklich gewaltfreier Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, Nötigung, Sachbeschädigung, Körperverletzung usw. sind und bleiben strafbar. Dies mögen die Strategen des „herbstlichen Widerstandes“ und vor allem diejenigen beachten, die bisher zu leichtgläubig gegenüber dem propagandistischen Geschick jener waren, die den Herbst heiß gestalten wollen.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, ist Mitverfasser des Grundgesetz-Kommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz FOTO: PETER PROBST

IM GESPRÄCH Kardinal Fresno

Hirtenamt in Chile

Von Günter Friedländer

Ich bin weder Wirtschaftler noch Politiker. Ich bin ein Pastor und muß Weide und Wasser finden, damit die Schäflein nicht fortlaufen.“ Das sind in Lateinamerika, wo die Kirche immer häufiger über wirtschaftliche und politische Probleme mitspricht, ungewöhnliche Worte für einen Kirchenführer. Aber der neue Erzbischof von Santiago de Chile, der in einem kritischen Augenblick gespannter Unruhe an Stelle des aus Altersgründen zurückgetretenen Kardinals Raul Silva Henriquez die Führung des Kirchenvolkes übernimmt, ist ein ungewöhnlicher Mann.

Fünfzehn Jahre hindurch diente er im Norden Chiles unter Bergwerkarbeitern und Bauern als Bischof in La Serena. „Ich habe von diesen meinen geringen Brüdern mehr als aus meinen Büchern gelernt“, sagte der stattliche Mann mit dem offenen, zuweilen nachdenklichen Blick bei seiner Ankunft in Santiago. Daß man Juan Francisco Fresno (68) in die Hauptstadt schickte, in der die Christdemokraten die sichtbare Opposition gegen Pinochet führen, zeigt, daß die Kirche hier nicht zur Zuspitzung der Konflikte beitragen will.

Er stellte sich als „Bischof der Einigkeit“ vor. „Wir alle sind Kinder des gleichen Vaters und daher Brüder, die sich um einander kümmern. Wenn das in einer Familie so logisch ist, warum nicht in unserem ganzen Vaterland?“ Er hat Pinochet als seinen Beitrag zur Einigung der Chilenen den Dialog vorgeschlagen, und er bestätigt den guten Willen des Generals, der ihm antwortete: „Ich bin ein Katholik, der über alles zu sprechen bereit ist, um alles zu verstehen.“

Was hat der Bischof zu der neuen Bewegung des friedlichen Protestes zu sagen? „Nichts. Ich verstehe davon nichts, denn hier gibt es politische und wirtschaftliche Zusammenhänge.“ Angesichts der blutigen Zusammenstöße in Santiago bitte er beide Seiten, mit mehr Realismus und weniger Leidenschaft die Lösung ihrer Probleme durch „Dialog, Frieden, Einheit und Aussöhnung“ zu finden.



Sucht den Dialog mit Pinochet: Juan Francisco Fresno FOTO: CAMERA PRESS

Er klingt oft wie ein Mann aus vergangenen Zeiten. Es ist symbolisch, daß Santiago ihm den ersten Gruß mit einer Zeremonie entbot, die seit mehr als 170 Jahren nicht mehr benutzt wurde. Der Erzbischof von Santiago ist stets auch Kanzler der angesehenen katholischen Universität. Auch hier stellte er sich „altmodisch“ vor. „Die Universität ist viel mehr als ein Supermarkt für käufliche Berufslaufbahnen. Die Universität stellt das kulturelle Erbe eines Landes dar, ein unveräußerliches Gut, das allen gehört und um keinen Preis der Welt gekauft werden kann.“

Selbstverständlich, bekennt er, weiß er von dem sozialen Gefühl der Kirche, aber er wird alle Probleme als guter Hirt, und nur als das, anpacken. Und wenn das altmodisch klingt: Es ist vielleicht genau das, was Chiles Kirche heute braucht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Strauß bildet weiterhin das Hauptthema vieler Kommentare:

Frankfurter Allgemeine

Eine stille, nicht gänzlich erfolglose Erziehungsarbeit haben westliche Regierungen und Publikationsmittel vor allem seit der Helsinki-Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (1975) an den kommunistischen Regimen geleistet: Sie machten ihnen zunehmend klar, daß das Menschenrecht auf freie Information auch über Grenzen hinweg gilt und daß seine Verletzung unanständig ist. Der Erziehungsprozeß ist um Jahre zurückgeworfen, seit dem der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende am Sonntag ein schlechtes Beispiel gab. Strauß hat geduldet – wenn nicht sogar mit veranlaßt –, daß die Information über sein Treffen mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden und SED-Chef Honecker eine gelenkte und zielbewußt beschränkt blieb ... Für jede Art von Behinderung der journalistischen Tätigkeit kann sich das Ostberliner Regime fortan auf Strauß berufen.

Süddeutsche Zeitung

Die Bilanz ist mager, das Ergebnis gering, von einem Ertrag kann nicht gesprochen werden. Das einzige, was sich hierzu allenfalls bemerken ließe, ist, daß Strauß über dieselben Themen mit Honecker sprach, die seit Jahren unter diversen Regierungen Verhandlungsgegenstand zwischen Bonn und Ost-Berlin waren. Insofern ist Strauß nachträglich und möglicherweise gegen seinen Willen auf jenen Kurs eingeschwenkt, für den er Helmut Kohl rüffelte, als dieser in seiner Regierungserklärung eine deutschlandpolitische Kontinuität zusicherte. **(München)**

BERLINER MORGENPOST

Ein Mann reist durch die „DDR“. Mit Frau und Sohn. Er steuert sein Auto selbst. Am Ende der Tour wird er in Erfurt ein Privatflugzeug besteigen, höchstpersönlich den Motor anwerfen und nach Basel zu einer Herrenpartie fliegen. Auf der Reise durch das märkische Land, durch Sachsen und Thüringen hat er in der Schorfheide Station gemacht und den Gastgeber beim Mittagessen so zum Lachen gebracht, daß die Betrachter einschlägiger Fotos ein völlig neues Honecker-Gefühl bekamen. Derweilen ist die Frau Gemahlin durch den Forst kutschiert worden... Während manche hierzulande noch an Science-fiction glauben, haben unsere Landsleute in der „DDR“ sichtbar gemacht, wovon sie träumen, wenn sie einem Gast zujubeln. Es ist die Hoffnung, daß ihnen bald möglich sein möge, was FJS vorexerziert hat: eine bequeme Sommerreise durch Deutschland.

Fuldaer Zeitung

Der Reisende in bislang ungewohnten Gefilden (er mied sie wie der Teufel das Weihwasser) wird allerhand zu erklären haben, wenn er zurückkehrt. Hoffentlich gelingt ihm das besser als bei seinem Parteitag der Überzeugungsversuch zum Milliardenkredit. Die Erwartungshaltung, die er erneut durch sein und nach seinem Gespräch mit Erich Honecker aufbaute, muß zumindest in Teilen realisiert werden.

RHEINISCHE POST

Wer sich in diesen Tagen über den politischen Reisenden Strauß wundert, hat ihn vorher nicht gekannt oder beobachtet. Denn noch nie und auf keinem Feld war der CSU-Vorsitzende der „harte Mann“, als der er sich gern darstellt oder darstellen läßt. **(Düsseldorf)**

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Offen bleibt indes unverändert die Frage nach den Gegenleistungen für den von Bonn verbürgten Milliardenkredit. Es darf nicht bei der Formel „Kasse gegen Hoffnung“ bleiben. Auch das Gespräch als Wert an sich genügt nicht.

Wie die Bewältigung der Stahlkrise wieder steckenblieb

Wer kurzatmig entscheidet, braucht einen langen Atem für Subventionen / Von Joachim Gehlhoff

Im Streß der heißen Sommertage haben die Minister aus den zehn Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft denn doch eines kühl im Visier behalten: Unvermeidlicherweise kommt die kalte Weihnachts- und Neujahrszeit mit noch größerem Ruhebedürfnis. Ergo verlängere man, wenn denn Vernünftigeres nicht erreichbar scheint, das europäische Stahlkrisenmanagement bis Ende Januar 1984, auf daß wenigstens die Weihnachtszeit von erneuter Herausforderung zur Lösung der europäischen Stahlprobleme verschont bleibe.

Es sind nicht nur billige Spötter, die mit solchem Kommentar das Resultat begleiten, mit dem tief in der Nacht zum Dienstag die EG-Minister das seit bald neun Jahren schwelende Stahlkrisenproblem „vorerst gelöst“ zu haben glauben.

Das „vorerst“ hat, wie wäre es im Europa der Verteidigung doch noch nationaler Märkte und zugehöriger Arbeitsplätze auch anders denkbar, seinen guten nationalen Grund. Leidenschaftlich, mit dem für eine gemeinsame Europa-Marktpolitik natürlich sinnlosem Argument, daß der nationale Stahlverbrauch über die heimische Produktion hinaus angestiegen sei, hatte Italien – es ist in der Krise nach der Bundesrepublik zum zweitgrößten Produzenten emporgestiegen – sich auch auf der Brüsseler Marathonsitzung wieder gut in Szene gesetzt.

Das Resultat daraus blieb, wie immer es nun Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff für die deutsche Position ins Positive zu drehen sucht, eine traurige Angelegenheit. Statt Verlängerung des EG-Krisenmanagements bis Ende 1985 vorerst eben nur ein Fünftel dieser Verlängerungszeit.

Der liebe Himmel mag wissen, so die Kommentare aus der deutschen Stahlindustrie, ob diese Brüsseler Kompromißformel einer vorerst nur halbherzigen Verlängerung des EG-Stahlkrisenmanagements die Position der deutschen Produzenten, in Europa immer noch die produktivsten mit den modernsten Anlagen, ausreichend festigt.

Die Zweifel haben ihre guten Gründe. Das fängt damit an, daß mittlerweile das Gros der europäischen Stahlproduktion in Form von Staatsunternehmen betrieben wird. Bei ihnen spielt naturgemäß die Frage der Subventionen (der Staat kann's auch mit „subventionsneutralen Eigentümerbeiträgen“ bei Kapitalerhöhungen) eine Minoritätsrolle.

Ist es denn wirklich nicht möglich, das deutsche wie das europäische Stahlpotential, und wenn es noch einmal den Abbau von gut 100 000 (einem Sechstel der heutigen) Arbeitsplätzen kosten sollte, auf das für den freien internationalen Wettbewerb taugliche Niveau zu reduzieren? Um die bündige Antwort auf diese Frage hat sich nun auch der EG-Ministerrat noch einmal herumgedrückt. Aus diesem dilatorischen Resultat entsteht für die deutschen Stahlproduzenten und für Bonn ein Problem. Keiner bestreitet, daß auch die – in Europa mit Abstand modernsten – deutschen Produzenten kräftig Kapazitäten und zirka 30 000 weitere Arbeitsplätze abbauen müssen. Doch wo und wie? Die Antwort wäre einfacher, gäbe es wenigstens ein bis Ende 1985 verbindliches Konzept darüber, mit welcher Tonnage die Hüttenwerke ihre Anlagen und Arbeitsplätze ungefähr auslasten können.

Die Zitterpartie zur Lösung der Stahlkrise geht also auch und zumal bei den deutschen Stahlwerken weiter. Gefordert bleibt die Bundesregierung. Ihre Vorgängerin hat den Zig-Milliarden-Subventionswahnsinn bei den EG-Nachbarn geduldet, der dort oft genug schon die gesamten Personalkosten der Stahlerzeugung aus der Staatskasse alimentierte.

Nun kommt die Gegenrechnung: Subventionen zum Überleben deutscher Stahlstandorte, von der oberpfälzischen Maxhütte bis zur Nordseeküste, müssen auch hierzulande gegeben werden. Das sollte, so sagen die in allem Elend noch besonnen gebliebenen Stahlmanager, Bonn mit klaren Auflagen für strukturbessernde Stahlfusionen verbinden. Auch Sicherheit an den verbleibenden Arbeitsplätzen ließe sich auf diesem Wege gewinnen.

Unbegreiflich bleibt für die deutschen Stahlunternehmer, warum die Bundesregierung ihre ordnungspolitische Aufgabe zur Neuordnung der deutschen Stahlstrukturen nicht annimmt. Nicht nur die Unternehmer schreckt die drohende Konsequenz: Dem Steuerzahler wird noch Hören und Sehen vergehen ob der Subventionssummen, die bei der Neustrukturierung zum Überleben deutschen Stahlpotentials im europäischen Subventionswahnsinn notwendig werden.

Die Parolen blühen, doch es fehlen Fleisch und Brot

Amerikanische Flottenverbände nehmen Kurs auf Nicaragua, US-Soldaten werden in Honduras Manöver abhalten, „Contras“ bedrohen das Regime in Managua. Vier Jahre nach der Machtergreifung der Sandinisten liegt ein Schatten über der Revolution.

Von WERNER THOMAS

Eines der vielen Spruchbänder, die an den Straßen hängen, trägt die Aufschrift „Die FSLN ist unsterblich“. Die vier Buchstaben stehen für die Sandinistische Befreiungsfront, die Nicaragua seit vier Jahren kommandiert, kontrolliert, organisiert.

Ein diplomatischer Beobachter, der dem sandinistischen System durchaus positive Aspekte zugesteht, urteilt: „Kubanisierung im Zeitlupentempo.“ Die Entwicklung Anfang der sechziger Jahre auf der karibischen Zuckerinsel wiederhole sich heute in Nicaragua, „nur langsamer, alles dauert etwas länger“. Die Comandantes würden „die marxistischen Methoden der Machterhaltung“ aber bereits ganz gut beherrschen.

Es gibt Kinder-, Jugend- und Frauenbewegungen mit dem Namen Sandinos. Die Sandinisten verfügen über den größten Gewerkschafts- und Bauernverband. Jeder Straßenblock wird von den „Komitees zur Verteidigung des Sandinismus“ erfaßt, den Nachbarschafts-Organisationen. Jetzt sollen die bisher unabhängigen Berufsverbände einer Behörde des Innenministeriums und die Oppositionsgruppen einem „Parteirat“ unterstellt werden, in dem sich die FSLN den entscheidenden Einfluß sichern will. Der Privatsektor nimmt zwar noch immer 55 bis 60 Prozent des Wirtschaftslebens ein, aber dem Staat unterstehen die Banken, der Außenhandel und ein großer Teil des Verteiler-Apparates.

Die Zensorin Nelba Blandon im Innenministerium, an dessen Eingang die Parole „Wacht über das Glück des Volkes“ geschrieben steht, muß alle Informationen genehmigen. Die erst 24jährige Anwältin prüft selbst die religiösen Sendungen von „Radio Catolica“. Tüchtig zensiert, liest sich die „Prensa“, das einzige Sprachrohr der Opposition, so spannend wie das Telefonbuch von Managua. Die „Barricada“, das FSLN-Organ, wurde aufgrund dieser Verhältnisse die informativste Zeitung des Landes.

Eine Volkskirche steht gegen die Amtskirche

Auf einem Gebiet wagten sich die sandinistischen Comandantes sogar noch weiter vor als Fidel Castro: Sie förderten den Aufbau einer religiösen Massenorganisation, der „Iglesia popular“ (Volkskirche), die im Gegensatz zu der Amtskirche des streitbaren Erzbischofs Miguel Obando Bravo das Land mit Publikationen überfluten darf. Die Versuche, einen Keil zu treiben zwischen Obando und den Vatikan, sind jedoch gescheitert.

Noch immer ist der Papst-Besuch Anfang April Stadtgespräch: Johannes Paul II. wurde damals während seiner Messe von sandinistischen Aktivisten niedergeschrien, als er die Volkskirche scharf verurteilte. „Poder popular“ (alle Macht dem Volk) hallten die Sprechchöre über den überfüllten „Platz des 19. Juli“.

Die Macht liegt besonders in den Händen der neun „Comandantes da la Revolucion“, die dem nationalen Direktorium der FSLN angehören. Das Direktorium gleicht dem Politbüro in kommunistischen Staaten. Es existiert noch ein ZK-Pendant, die sandinistische Versammlung. Sie umfaßt 80 Mitglieder, unter ihnen die Comandantes des zweiten Gliedes (Comandante Guerrillero), Minister und andere prominente Vertreter des Systems. Was fehlt, ist ein „starker Mann“.

Das Führungskollektiv scheint sich einig zu sein über die allgemeine Marschrichtung. „Sie sind keine marxistischen Schriftgelehrten“, meinte ein neutraler Beobachter, „aber alle schätzen sozialistisches Gedankengut“. So offen wie in Kuba wird der Marxismus-Leninismus nicht gepredigt, noch nicht. Marx und Lenin blicken zwar von den Wänden einiger Regierungsgebäude, und die sandinistische Gewerkschaftsbewegung, eine ideologische Lokomotive, läßt auf Transparenten den Aufbau des Sozialismus verkünden. Verteidigungsminister Humberto Ortega, der noch mächtigste Comandante, sieht zwischen den Zielen des Sandinismus und des Marxismus-Leninismus keinen Unterschied, wie er einmal erklärte. Vier Jahre nach ihrer Machtergreifung will die FSLN aber nicht offiziell dem kommunistischen Lager beitreten, wie Fidel Castro im zweiten Jahr seiner Revolution.

Der wachsende Einfluß des Ostens läßt sich im Straßenverkehr registrieren. Immer mehr Ostblock-Fahrzeuge rollen durch Managua. Nach wie vor dominieren die grün oder hellbraun gespritzten „Ifas“ aus der „DDR“ den Lastwagen-Sektor. Nun kommen auch sowjetische Lkw. In den letzten Monaten tauchten sowjetische Militärjeeps auf und Ladas sowie tschechische Motorräder, manche mit Beiwagen. Die Handelsbeziehungen zwischen Nicaragua und dem Ostblock weiten sich ständig aus. Nicaragua liefert landwirtschaftliche Produkte, die sozialistischen Partner Fahrzeuge, Maschinen und Waffen. Spötter meinen, vom Osten seien auch die Versorgungsschwierigkeiten importiert worden. Das Volk muß sich an das Schlangestehen gewöhnen.

Schuster benutzen Autoreifen als Sohlen

Zur Zeit verkauft nur eine Bäkkerei der mehr als 500 000 Einwohner zählenden Hauptstadt Managua Brot. Der Einkauf in diesem Geschäft am „Spanischen Platz“ erfordert manchmal Wartezeiten von mehreren Stunden. Eine Hausfrau des Bezirks Belo Horizonte hat sich in der Nacht zum Samstag um 1 Uhr nachts vor eine Metzgerei gestellt, um Rindfleisch zu erhalten. Sie stand sechs Stunden. Fleisch ist akute Mangelware.

Für Zucker, Seife, Öl, Reis und Bohnen läßt das Binnenhandels-Ministerium Lebensmittelkarten verteilen. Zwiebeln, Tee, Kakao, Kartoffeln und Waschpulver gibt es überhaupt nicht mehr. Wer eine Waschmaschine besitzt, schnipselt Seife zusammen. Schuhmacher verwenden Autoreifen als Sohlen. „Los Ranchos“, das populärste Restaurant Managuas, brutzelt aus den Yuca-Wurzeln Pommes frites. In den meisten Lokalen studieren die Gäste nicht mehr die Speisekarte, sondern fragen die Kellner, Que hay? Was gibt's?

Seit einem Jahr ist auch Benzin nur gegen Bezugsscheine zu tanken. Es empfiehlt sich, früh zu erscheinen. Die meisten Zapfstellen schließen schon gegen 10 Uhr wegen bereits erschöpfter Tagesquoten. Diplomaten und Entwicklungshelfer bekommen ihren Sprit von einer „Gasolinera“ an der nördlichen Ausfallstraße.



Appelle zur Rettung der Revolution: Junta-Chef Daniel Ortega FOTO: AP

Reichlich vorhanden sind Parolen. In dem vom Erdbeben zerstörten Zentrum Managuas, wo neben Ruinen einige neue Gebäude errichtet wurden, zeigt ein buntes Transparent fröhlich strahlende Kinder: „Wir freuen uns über die Revolution.“ Überall hängen noch die Spruchbänder zum vierten Jahrestag der Revolution: „Alle Macht dem Volk.“ Aus der Zahl „vier“ ragt eine Kalaschnikow hervor.

Die häufigste Losung an den Häuserwänden: „No pasaran“, sie werden nicht durchkommen. Gemeint sind die vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützten konterrevolutionären Brigaden (Contras), die an der nördlichen und südlichen Grenze kämpfen. Diese Bedrohung hat diese Gesellschaft noch weiter militarisiert.

Es wimmelt von Uniformträgern und Militärfahrzeugen. Jetzt wird nach dem Vorbild Kubas auch eine sandinistische Territorialmiliz aufgestellt, zusätzlich zu den regulären Streitkräften, den Reservistenverbänden und der sandinistischen Volksmiliz. Selbst Innenminister Tomas Borge verfügt über eine Spezialtruppe. Roberto Sanchez, der Sprecher des Verteidigungsministeriums, träumt von 200 000 Männern und Frauen unter Waffen. „Das muß man sich vorstellen. Würde El Salvador das tun? Würde Guatemala das wagen?“ Nicaragua zählt 2,8 Millionen Menschen.

Die „Contras“ konnten diese Revolution bisher nicht ernsthaft gefährden. Dieser Eindruck entsteht jedenfalls in Managua. Die Hauptstadt wirkt ruhig. Die Polizei kontrolliert nur selten den Straßenverkehr. Das Leben verläuft normal. Auch nachts hört man keine Schüsse. Die Jugend tanzt abends in den heißen Diskotheken „Lobo Jack“ und „Invinito“. „Radio Revolucion“, auf Rock getrimmt, sendet nun auch die Neue Deutsche Welle. „Da, da, da“ in Managua. Nur wer den ausländischen Kurzwellenprogrammen lauscht, erfährt täglich von „schweren Gefechten“.

Die Comandantes versuchen, die „Contra“-Aktivitäten herunterzuspielen, um Panik zu verhindern. Viele Gefallene auf sandinistischer Seite sollen heute gleich in der Nähe der Kampfgebiete beigesetzt werden. Anders als in den ersten Monaten dieses Jahres sind kaum noch Armee-Laster mit Särgen zu sehen, die aus nördlicher Richtung nach Managua rollen. Die Zeitungen berichten seltener über Trauerfeiern für die Kriegsopfer.

Die Sandinisten scheinen nicht Gefahr zu laufen, bald gestürzt zu werden, auch wenn die Probleme der Konterrevolution so schnell wachsen wie die der Versorgung. Die nicaraguanische Bevölkerung wirkt lethargisch. Man flucht und lästert hinter vorgehaltener Hand über das System. Man haßt es aber nicht wie die Somoza-Diktatur während ihrer Endphase.

Sandinisten kommen bewaffnet zur Vorlesung

Freilich kennen die Leute den gut funktionierenden Überwachungsapparat, der zu vorsichtigem Verhalten erzieht. Niemand möchte Bekanntschaft machen mit dem Staatssicherheitsdienst des Comandante Lenin Cerna, den die Kubaner aufgebaut haben und heute noch beraten. Ein Jurastudent der Nationalen Universität, ein Anhänger der oppositionellen Christlich-Sozialen Partei, antwortet auf die Frage nach der Einstellung seiner Studienfreunde: „Die meisten stehen hinter der Regierung.“ Dann erläutert er jedoch: „Die militanten Sandinisten, die Mitglieder der Milizen etwa, dürfen bewaffnet zu den Vorlesungen kommen. Da sagt man kein Wort zuviel.“

Seit die US-Flotte naht, schwankt die Stimmung im offiziellen Managua zwischen Betretenheit und Bestürzung. Die zurückhaltenden Reaktionen fallen auf. Tomas Borge, der Innenminister, gab die Durchhalteparole. In einer Rede bei der Feier zum 200. Geburtstag des lateinamerikanischen Freiheitshelden Simon Bolivar warnte er, jetzt sei nicht die Zeit zum Zaudern. Niemand dürfe sich einschüchtern lassen. Ausdrücklich betonte der Comandante die Solidarität mit der salvadorianischen Guerrilla. Die Zuhörer schrien: „Wenn Nicaragua gesiegt hat, wird auch El Salvador siegen.“ Und es wurde, wie üblich, der Sprechchor skandiert: „Patria libre o morir“ – ein freies Vaterland oder sterben. (SAD)

Mit Winnetous Hilfe gegen Langeweile und „Tagesschau“

Das Fernsehen der „DDR“ serviert seinem Publikum seit wenigen Monaten mehr leichte Kost. Unterhaltung wird gerade zur besten Sendezeit größer geschrieben, um die Zuschauer von den Nachrichtensendungen in ARD und ZDF wegzulocken. Immer noch sind jedoch 30 Prozent politische Sendungen.

Von KLAUS BERGER

Serienweise reitet *Winnetou* in diesen Tagen durch den 1. Fernsehkanal der „DDR“, in deutsch-französischer Koproduktion mit dem allseits bekannten Pierre Brice und zur besten Sendezeit. Dann nämlich, wenn die ARD ihre „Tagesschau“ ausstrahlt. Seit gut einem halben Jahr wird Unterhaltung im Ost-Fernsehen etwas größer geschrieben.

Schon 1971 hatte SED-Chef Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag an die Fernsehmacher im Ostberliner Stadtteil Adlershof appelliert, „die Programmgestaltung zu verbessern und die Langeweile zu überwinden“. Mehr als ein Jahrzehnt aber dauerte es, bis das Staatliche Fernsehkomitee der „DDR“, oberste Instanz für die beiden ausgestrahlten Programme, Nägel *mit Köpfen machte und das* Programmschema änderte. „Bescherung“ für 6,8 Millionen Fernsehgerät-Besitzer (etwa 90 Prozent aller Haushalte) zwischen Ostsee und Erzgebirge kurz vor Weihnachten 1982.

Heinz Adameck, Vorsitzender des Fernsehkomitees, nannte es „ein Angebot, mit dem das sozialistische Fernsehen den Bürgern unseres *Landes Freude bereiten will*, Entspannung und Erholung in die Familien bringen möchte“. Im Klartext: Mehr Spielfilme und Unterhaltung am frühen Abend. Politische Magazine, aber auch die „Aktuelle Kamera“, Pendant zu ARD-„Tagesschau“ und ZDF-„heute“, erst später. „Grünes Licht“ für einen Konkurrenzkampf der beiden Ost-Programme, aus dem Hintergrund selbstverständlich gesteuert.

Beispiele aus der Praxis: Marilyn Monroe gegen Edgar Wallace, „Jenny und der Herr im Frack“ (mit Johannes Heesters) gegen den tschechischen Problemfilm „Flucht nach Hause“. Der französische Vierteiler „Die Rosenbergs dürfen nicht sterben“ (Film über die in den USA 1953 hingerichteten Atomspione) im 1. Kanal mußte sich der Konkurrenz von Lino Ventura („Gesucht wird Roger Martin“) im 2. erwehren.

Karl May, drei Jahrzehnte in der „DDR“ tabu, flimmerte schon zu Weihnachten 1982 viermal über den Ost-Bildschirm. Sehr zur Begeisterung der Fernsehzuschauer, denn seit der sächsische Erfinder *von Old Shatterhand, Winnetou* oder Kara Ben Nemsi nicht mehr auf dem Index steht, gingen beim Ostberliner Verlag „Neues Leben“ Hunderttausende von Bestellungen ein. Denen aber stehen – Papiermangel – nur fünfstellige Druckauflagen der Karl-May-Bände gegenüber.

Alte deutsche Filme von „Die drei von der Tankstelle“ bis „Frau meiner Träume“ werden angeboten, englische Filmkomödien in großer Zahl, Krimis aus aller Welt, die besten Streifen mit Burt Lancaster – Qual der Wahl für das Publikum.

Achtzig Prozent der Zuschauer stehen dazu noch drei weitere Kanäle zur Verfügung: ARD, ZDF, 3. West-Programme – die vom „Klassenfeind“. Denn nur südlich von *Dresden (Volksmund: „Tal der Unwissenden“)* und im Nordosten Mecklenburgs können die West-Sender nicht empfangen werden. „Abends kommt der Gegner zu uns ins Haus und sitzt mit am Kamin“, beschrieben zwei sowjetische Journalisten in der Moskauer „Literaturzeitung“ den Einfluß des westdeutschen Fernsehens auf das Familienleben in der „DDR“.

ARD *und ZDF kennen nicht die* Sehbeteiligung ihrer „Ost-Kundschaft“. Aber hoch ist sie zweifellos. Dies ist mit ein ganz wesentlicher Grund für das Ost-Fernsehen, viele Filme (750 bis 800 pro Jahr) und mehr Unterhaltung zur besten Sendezeit zu bieten als „Lockvögel“, wenn „Tagesschau“, „heute“ oder politische Magazine (vor allem jene, die sich mit „DDR“-Be*richterstattung befassen) auf dem* Sender sind.

Dennoch ist bei dem großen Informationsbedürfnis der „DDR“-Bürger anzunehmen, daß selbst ein Filmklassiker wie „Der Mann, der Sherlock Holmes war“ den Ost-Zuschauer nicht davon abhält, auf „Tagesschau“ umzuschalten. Denn die „Aktuelle Kamera“ gilt als eine der unattraktivsten Sendungen, *die aus den Adlershofer Studios* kommt. Die Berliner Chronos-Film ermittelte eine Einschaltquote von nur sieben Prozent. „DDR“-Schriftsteller Stefan Heym über den täglichen Langweiler: „Mein rechter Arm schläft ein, mein linker Arm schläft ein, ich schlafe ein.“

Beispiel vom 16. Juli, 19.30 Uhr-Sendung:

Spitzenmeldung: 500 000 Hektar Getreide in der Republik abgeerntet.

Zweite Meldung: Glückwunschtelegramm von Erich Honecker zum Staatsfeiertag in Irak.

Dritte Meldung: Verlesen eines Kommentars, 3½ Minuten lang, aus der Moskauer „Prawda“.

Nur in einem Satz erfuhren die Zuschauer, daß der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß wieder zum CSU-Vorsitzenden gewählt worden war. Kein Wort über den Milliarden-Kredit für die „DDR“, der den CSU-Parteitag überschattete. Wie genüßlich hätte das „DDR“-Fernsehen bei anderer Gelegenheit vermeldet, daß F. J. S. „nur“ von 77 Prozent der Delegierten gewählt wurde. Aber das The*ma Milliardenkredit war peinlich*, weil die Bewohner der „DDR“ davon sowieso nur via West-Fernsehen erfuhren.

Trotz vieler leichter Kost versteht sich das „DDR“-Fernsehen auch weiterhin als „zuverlässiges Instrument unserer sozialistischen Ordnung, als schlagkräftige Waffe in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus“ (Erich Honecker). Dreimal innerhalb von 24 Stunden (montags und dienstags) wird Karl Eduard von Schnitzlers „Schwarzer Kanal“ gesendet, ein politisches Machwerk gegen den Westen. Noch immer beträgt der Anteil politischer Sendungen am Gesamtprogramm um die 30 Prozent – bei der ARD etwa nur 14 Prozent. Serien wie „In aller Stille“, in der kubanische Kundschaf*ter die Helden und CIA-Agenten* die Bösen sind, gehören nach wie vor zum ständigen Repertoire.

Ein Hit aus eigener Produktion ist „Polizeiruf 110“ – ein Krimi made in „DDR“, der bald zum 100. Mal über den Bildschirm flimmert. Vor 10 Jahren war in Ost-Krimis zwar nicht immer der Gärtner der Mörder, doch meist der Täter ein West-Agent. Bei „Polizeiruf 110“ steht der „DDR“-Alltag *im Mittel*punkt. Mord, Raub, Diebstahl, Betrug – so wie es auch die Kriminalstatistik ausweist.

„Hauptmann Fuchs“ alias Peter Borgelt, Mitglied des Ensembles des Deutschen Theaters in Ost-Berlin, ist so populär wie „Derrick“ oder „Der Alte“. Ein Kriminalist mit vielen menschlichen Zügen, je nach Bedarf väterlich oder *hart. Er und seine Assistenten* lösen die Fälle meist ohne „Ballermann“.

Die Kampagnen gegen den Konsum des West-Fernsehens in Schulen, Betrieben, Versammlungen flackern zwar immer wieder mal auf, aber an der Tatsache, daß ARD und ZDF den Feierabend der „DDR“-Bewohner verschönen, kommt auch die Staatsmacht nicht *vorbei. Drohungen und* Einschüchterungen in der Vergangenheit verpufften.

Indirekt profitiert auch die Staatskasse davon, weil in der „DDR“ natürlich auch das Werbefernsehen der West-Sender verfolgt wird. Das erhöht die Umsätze der Intershop-Läden, denn die Bürger im Osten sind über die westliche Waren-Palette immer auf dem neuesten Stand.

Die geringste Klage haben die „DDR“-Fernsehzuschauer über Sportsendungen aus Adlershof zu führen. Reichlich, in guter Qualität – undenkbar, daß man sich aus einem Sportereignis ausblendet, wenn es am spannendsten ist. Als kürzlich in Los Angeles der Leichtathletik-Kampf USA gegen „DDR“ stattfand, blieb das 1. Programm bis kurz vor 3 Uhr früh live dabei. Ebenso sind Rock-Nächte mit „open end“ keine Seltenheit.

Für 10 Mark monatlich – unveränderte Gebühren seit 1962 – sind die „DDR“-Bürger dabei. Zwei Fernseh-, vier Rundfunk- und 12 Regionalprogramme des Hörfunks. Dazu – kostenlos – Funk und Fernsehen vom „Klassenfeind“. Rund 100 Millionen Mark wendet die Staatskasse der „DDR“ jährlich auf, um die beiden Fernsehprogramme zu subventionieren. Die Gebühren reichen nicht, Werbeeinnahmen gibt es nicht.





Zwei Welten auf der Mattscheibe: Winnetou alias Pierre Brice und Chefkommentator von Schnitzler FOTOS: LOTHAR WINKLER/KLAUS MEHNER

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Iran droht mit Sperrung des Golfs

rtr/AP, London/New York

Iran hat Frankreich beschuldigt, zugunsten Iraks in den Golf-Krieg eingegriffen zu haben, und mit der Sperrung des Persischen Golfs für den gesamten Schiffsverkehr gedroht. Laut einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA erklärte Parlamentspräsident Ali Akbar Hashemi Rafsandschani, „falls Frankreich oder andere Länder dem Kriegsgegner Irak direkte oder indirekte Hilfe gewährten, wird Iran die Sicherheit des Persischen Golfs zerstören". Iran könne jeglichen Schiffsverkehr durch den Golf unterbinden, sagte Rafsandschani laut einer gestern in London empfangenen Meldung weiter.

Der iranische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Said Rajale Khorassani, hatte bereits am Montag Frankreich des direkten Eingriffs in den Krieg beschuldigt. Frankreich würde Irak mit Waffen und Munition, darunter Exocet-Raketen, beliefern, sagte der Botschafter auf einer Pressekonferenz in New York. Die Absicht von Paris, fünf Kampfflugzeuge des Typs Super-Etendard Irak zu überlassen, „bedeutet eine direkte Beteiligung französischer Streitkräfte am Krieg".

Nach iranischen Angaben wurden im Nordabschnitt der Front irakische Gegenangriffe abgewehrt. Laut IRNA sollen iranische Truppen ihre Geländegewinne gefestigt haben. Ein Offizier erklärte, 200 Quadratkilometer irakischen Territoriums seien besetzt. In einem Kommuniqué des irakischen Oberkommandos hieß es, die feindlichen Stellungen und Truppenkonzentrationen würden weiter angegriffen.

Das zerstörte Denkmal Stalins

gko. München

Der Belgrader Verlag „Mladost" hat Anfang dieses Monats unter dem Titel „Dialektik der Krise" ein Buch des tschechischen marxistischen Philosophen Karel Kosik veröffentlicht. Kosik, der nach dem Einmarsch der Sowjets am 21. August 1968 seinen Posten an der Prager Universität verlor und danach unter anderem als Hotelportier arbeiten mußte, war maßgeblich an der Bewegug der tschechoslowakischen Intellektuellen beteiligt, die den „Prager Frühling" auslöste. Kosik war lange Zeit regelmäßiger Mitarbeiter der Zagreber Philosophie-Zeitschrift „Praxis", die im Februar 1975 von den jugoslawischen Behörden unter dem Vorwurf des „Revisionismus" verboten wurde.

Die Belgrader Wochenzeitung „Nin" widmete nun Anfang dieses Monats dem Buch von Kosik unter dem Titel „Ein Denkmal zum Zerstören" eine positive Rezension. Das betreffende Denkmal war Stalins riesige, stadtbeherrschende Statue, die 1956 in Prag errichtet und noch im selben Jahr, kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU, wieder zerstört wurde. In solchen und ähnlichen Vorgängen entdeckte Kosik die „Metaphysik moderner Zeten: Vergänglichkeit und Nihilismus".

Die Sowjet-Führung habe den wahren Sinn ihrer eigenen Entscheidung nicht verstanden, als sie Stalin erst in der Uniform eines Generalissimus einbalsamierte, danach die Mumie zivil umkleiden ließ und sie schließlich einäscherte. Sie habe „offensichtlich übersehen, daß die Metaphysik moderner Zeiten in diesem Vorgehen zum Ausdruck kam – ein Zeitalter, das die Ehrfurcht sowohl vor dem Lebenden als auch vor dem Toten verloren hat, daß alles Manipulationsobjekt geworden ist. Auf diesem Wege erschlossen sich unbegrenzte Möglichkeiten für Gleichgültigkeit und schlechten Geschmack", schreibt der tschechische Philosoph.

All dies sei im Namen des Sozialismus unternommen worden, woraus die Frage entstehe: „Was ist der Sinn des Sozialismus?", „Wie kann man zwischen vermeintlichem und realem Sozialismus unterscheiden?" Der Rezensent von „Nin" nennt das Buch „eines der erfolgreichsten marxistischen Werke der letzten Jahre".

Bei der Schiffstour wurden die „DDR"-Behörden vorsichtig

Ministerpräsident Strauß besuchte gestern die Städte Meißen, Naumburg und Erfurt

HANS-R. KARUTZ, Dresden

Während der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern Meißen, den Sitz der berühmten Porzellanmanufaktur, Naumburg mit dem Dom sowie abschließend Erfurt besuchte, berichtet das „Neue Deutschland" über den Besuch des CSU-Chefs in Dresden am Vortag. Wenn das „DDR"-Presseorgan – wohl pflichtgemäß – den Zwischenfall vor dem Zwinger zu erwähnen vergaß und auch nichts von dem spontanen Beifall für Strauß den Lesern mitteilte, so müssen die SED-Obersten doch eines festgestellt haben: Dresden ist nicht das abgeschiedene Güstrow in Mecklenburg, das sich an jenem denkwürdigen Sonntag im Dezember 1981 in eine totale Anti-Kanzler-Sperrzone mit Schneeflocken verwandelte. Was Helmut Schmidt und Willy Brandt nie gelang – sich unters Volk jenseits der Elbe zu mischen –, brachte Franz Josef Strauß auf seinem privaten Kurs durch die „DDR" zuwege.

Ein Lehrstück

Das Rencontre vor dem Dresdner Zwinger, wo Strauß einer jungen bedrängten ausreisewilligen Familienmutter gegenüberstand (WELT v. 26. 7.), ist auch ein Lehrstück für die „DDR"-Führung: Das Nützliche eines Milliarden-Kredits muß sie, reist der Kreditvermittler durchs Land, mit der in ihren Augen vorhandenen „Gefahr" erkaufen, ein Stück des „DDR"-Alltags durch den Riß von Protokoll- und Abschirmplänen preisgeben zu müssen.

Unter den rund 300 bis 500 Dresdenern vor dem Zwinger und vor der katholischen Hofkirche, die zum Teil den Vorgang miterlebten, befand sich vermutlich jeweils ein Drittel offener Sympathisanten mit dem Gast aus der Bundesrepublik, ein gutes Drittel Neugieriger, die mit der morgendlichen Sightseeing-Tournee des Gastes gerechnet hatten, und ein weiteres Drittel rein zufälliger Passanten. Dazu muß man natürlich die Bediensteten der örtlichen Behörden rechnen – Strauß „schwamm" jedenfalls geradezu in einer wandernden Kolonne von Sicherheitsmitarbeitern mit dem typischen Einkaufsbeutel an der Hand, der in der Regel ein Walky-Talky enthält, oder dem kunstledernen kleinen Täschchen.

Die Ursprünglichkeit dieser Dresdener, die so gar nichts mit den sprichwörtlichen „Kaffee-Sachsen" gemein haben, berührte auch einen Profi wie Strauß. „Hoffentlich verstehen Sie mein Bayerisch", fragte er in die Runde. „Ja, aber ich muß mein Herzblut noch ein bißchen drinlassen – grüßen Sie Bayern schön", rief ihm ein etwa 20jähriger zu.

Am Nachmittag nach dem Dresden-Besuch geriet Strauß auf der Festung Königstein in der Sächsischen Schweiz in eine Kinderschar aus Werningerode im Harz. Annett, Uwe, Dagmar und ihre Freunde – alle um die vierzehn – verlangten insgesamt neun Autogramme von Strauß. Woher sie ihn denn kennen? „Na, aus dem Fernsehen ..."

In 246 Metern Höhe über dem geschlängelten, schon kaffeebraun trüben Elbwasser war Strauß in seinem Element: „Du als Militärhistoriker, das ist doch etwas für Dich", lobte Frau Marianne die ausführlichen Ausführungen des sachkundigen Begleiters von Strauß. Sie genoß den Ausblick in eine Bilderbuch-Landschaft, weit ins Böhmische hinein. Und Sohn Max fotografierte und beorderte „Pappi" und „Mammi", wie er sie rief, fürs Familienalbum, aber auch für professionelle Auftraggeber wiederholt in die günstigsten Schnappschußpositionen.

Stratege Strauß ließ sich sämtliche vergeblichen Belagerungen des Bollwerks über dem Strom erläutern, die spannenden Stories der Flucht gefangener französischer Generale im Zweiten Weltkrieg erzählen und verfolgte angespannt die Historie und die Histörchen eines solchen Ortes. Auf eine Hamburger Familie traf Strauß in dieser lichten Höhe zum zweiten Mal an diesem Tage. Vor der Kreuzkirche hatte die Ehefrau vom anderen Ende der Elbe ausgerufen: „Man muß also erst in die DDR fahren, um Franz Josef Strauß aus nächster Nähe zu sehen."

Potemkinsche Dörfer

Erst unten am Fuß der Veste erlaubten sich die Gastgeber den Versuch, Potemkinsche Dörfer zu zimmern. Statt des versprochenen Schaufelraddampfers „Bastei", der Strauß in einer Wasserpartie à la Heinrich Windelen stromabwärts bis Pirna bringen sollte, lag am Steg ein Dieselboot namens „Lilienstein" vertäut. Auf dem Sonnendeck des Staats-Bootes mimten klampfende Jung-Mitglieder der „Sicherheit" junges Ausflüglervolk. Aber das Schiff stand in keinem Fahrplan, und die Journalisten mußten – selbst wenn sie sich an der (geschlossenen) Kasse ein Billet gekauft hätten, unverrichteter Dinge an Land bleiben. Auf ungelenke Weise versuchten die Behörden, Strauß die Heimatposse „DDR-Touristen fahren mit dem Abendschiff nach Hause" vorzuspielen. Ein überflüssiges, ein durchsichtiges Manöver.

Geradezu liebevoll nahm sich dagegen aus, daß die freiwillige Feuerwehr von Pillnitz vor einigen Tagen ausrücken mußte, um den ausgedörrten Park des gleichnamigen Schlosses extra für Franz Josef Strauß zu sprengen. Aber er kam, weil die Termine zu eng standen, gar nicht bis zum Lusttempel der alten Sachsenkönige ...

„DDR"-Neuling Strauß aber ließ sich die Reiselaune durch nichts verderben. Gestern widmete er sich unter anderem in Weimar den Klassikern. Auch der Sozialismus hat sie bisher nicht wesentlich aus dem Lot gebracht.

Würzburgs OB fordert Landesregierung heraus

Vorschlag: Gemeinsam mit Dresden atomwaffenfreie Zone

PETER SCHMALZ, München

Über seinen Ministerialdirektor ließ Bayerns Innenminister Karl Hillermeier (CSU) den Oberbürgermeister von Würzburg, Klaus Zeitler (SPD), zur Räson rufen. Nach Ansicht des Ministers hat der Würzburger Oberbürgermeister mit einem Brief an seinen Kollegen in Dresden seine Befugnisse überschritten und gegen die bayerische Gemeindeordnung verstoßen. Zeitler hat in dem Schreiben an Dresdens Oberbürgermeister Gerhard Schill vorgeschlagen, beide Städte zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären.

Das beanstandete Schreiben, auf das aus Dresden noch keine Antwort vorliegt, trägt das Datum vom 18. Juli. Zeitler ermuntert darin den „DDR"-Kollegen, eine Erklärung zu unterstützen, durch die Dresden zur atomwaffenfreien Zone erklärt wird. „Eine solche Erklärung", schreibt der Würzburger OB, „könnte die Bestrebungen, Bayern und die Bundesrepublik Deutschland in größtmöglichem Maße von Atomwaffen freizuhalten, wesentlich fördern." Zeitler geht aber noch einen Schritt weiter und betont in dem Schreiben: „Sie (die Erklärung) würde es auch mir ermöglichen, aktiv für die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen in der Bundesrepublik einzutreten."

Eine solche Willensäußerung dürfe Zeitler aber nicht in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister abgeben, rügt das Innenministerium. Nach Artikel 37 der Bayerischen Gemeindeordnung handelt der Oberbürgermeister in Vertretung der Gemeinde, weshalb er bis auf wenige Ausnahmen – wie bei „dringlichen Anordnungen und unaufschiebbaren Geschäften" – sein Handeln vorher mit dem Gemeinderat abzustimmen hat.

Nach Ansicht des Ministeriums ist der Vorschlag, eine Stadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, „angesichts seines hochpolitischen Inhalts eine Angelegenheit von ‚grundsätzlicher Bedeutung' im Sinne der Gemeindeordnung und darf daher ohne entsprechende Meinungsbildung im Stadtrat nicht ergehen". Außerdem sei Zeitlers Vorstoß ohnehin verfassungsrechtlich unzulässig, nachdem das Bundesverfassungsgericht Gemeinden untersagt hat, zu Fragen der Verteidigungspolitik und anderen überörtlichen politischen Fragen Resolutionen zu verfassen oder Stellung zu beziehen.

Innenminister Hillermeier erwartet, so sein Ministerium, daß Oberbürgermeister Zeitler nach Aufklärung über die Rechtslage die erforderlichen Maßnahmen selbst und unverzüglich trifft.

Doch der denkt nicht daran. „Ich habe den Brief nicht für den Stadtrat geschrieben, sondern als frei gewählter Oberbürgermeister und als Mitglied des bayerischen Senats", erklärte Zeitler gegenüber der WELT. Er werde dem Innenminister mitteilen, es stehe ihm nach seiner Auffassung frei, sich im Vorfeld zu informieren. Ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung liege nicht vor, da er in seinem Schreiben Würzburg nicht zur atomwaffenfreien Zone erklärt habe.

Bei diesem Punkt hakt das Innenministerium jedoch ein. „Was will er denn tun, wenn Dresden sich wider Erwarten zur atomwaffenfreien Zone erklärt? Dann muß er doch mithalten", meint ein Sprecher des Innenministeriums. Selbst Zeitler räumt ein, daß dann „eine andere Situation" gegeben sei.

Im gesamten Bundesgebiet haben sich bisher 54 Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen erklärt, vier davon in Bayern: Nürnberg, Erlangen, Lindau und Eching. Sie haben gegen die Aufforderung, die betreffenden Ratsbeschlüsse zu revidieren, Widerspruch bei den zuständigen Bezirksregierungen eingelegt. Das Innenministerium in München ist gewillt, die Verfahren notfalls zur endgültigen Klärung bis zum Bundesverfassungsgericht durchzufechten. Der Stadtrat von München hat nach eingehender Belehrung durch das Ministerium einen Anti-Atomwaffen-Beschluß kürzlich zurückgewiesen.

Koalition ist stabil in der Wählergunst

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Bonner Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP erfreut sich bei den Bürgern unverändert großer Beliebtheit. Das Bündnis ist in der Wählergunst in der letzten Zeit stabil geblieben. Die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne konnten der Koalition gegenüber keine Gewinne verbuchen. Verschiebungen gab es lediglich innerhalb der beiden Blöcke. Das geht aus jüngsten Umfragen der Meinungsforschungsinstitute Emnid und Infas hervor, die regelmäßig im Auftrag der Bundesregierung gemacht werden.

Im Vergleich zu zwei Erhebungen, die Emnid zwischen dem 16. und 23. Juni sowie zwischen dem 23. Juni und 11. Juli durchgeführt hatte, fiel die CDU/CSU von 49,5 auf 48 Prozent zurück. Exakt um diese 1,5 Prozent konnten die Freien Demokraten ihren Anteil auf sieben Prozent erhöhen. Nicht auszuschließen ist, daß zu diesem Trend die Koalitionskontroverse um das Demonstrationsrecht beigetragen hat. Denn nach Infas-Umfragen hatte sich die Union von Ende April bis Mitte Juni von 49,5 auf 50,5 Prozent steigern können. Gleichzeitig hatte die FDP mit 6,5 Prozent ein halbes Prozent zulegen können.

Verlierer sind nach beiden Erhebungen die Grünen. Ihnen liefen jeweils ein halbes Prozent ihrer Sympathisanten fort. Nach Emnid kommen sie jetzt auf sieben Prozent, Infas hatte für sie im Juni einen Rückgang auf 5,5 Prozent errechnet.

Trotz ihrer Profilierungsbemühungen liegen die Ergebnisse für die SPD weiter zwischen 37 und 38 Prozent und damit etwas unter dem 38,2-Prozent-Anteil vom 6. März. Allerdings konnte die SPD in jüngster Zeit den Grünen 0,5 Prozent abnehmen.

Bonn: „DDR" wollte Schiff abdrängen

AP, Bonn/Berlin

Das Bundesverteidigungsministerium hat energisch Beschuldigungen der „DDR" bestritten, das Aufklärungsschiff „Oker" habe sich in der Danziger Bucht in „provokatorischer Weise" dem „DDR"-Schiff „Straßburg" genähert und dadurch einen Zusammenstoß verursacht. Nach Angaben der „DDR"-Nachrichtenagentur ADN hatte die „Straßburg" am Wochenende eine gemeinsame Übung der baltischen Flotte der UdSSR mit der Volksmarine abgesichert und die international üblichen Signale gesetzt. Wie das Bonner Ministerium mitteilte, hatte die „Oker" im erlaubten Vier-Kilometer-Abstand die Übung beobachtet. Zu der Kollision sei es gekommen, als das „DDR"-Schiff versuchte, die „Oker" in „gefährlicher" Weise abzudrängen.

Generalbundesanwalt will durchgreifen

DW. Karlsruhe

Falls sogenannte Friedensgruppen aus Rheinland-Pfalz und im Saarland ihre Absicht verwirklichen, beim Tag der „Offenen Tür" auf dem NATO-Luftwaffenstützpunkt Ramstein am 7. August militärische Geräte zu zerstören, müssen sie wahrscheinlich mit einem Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes rechnen. Die Bundesanwaltschaft, die zur Zeit die Vorbereitungen gewalttätiger Demonstrationsgruppen für den heißen Herbst gegen die Nachrüstung aufmerksam beobachtet, ließ gestern keinen Zweifel daran, daß sie dann eingreifen wird, wenn ihre Zuständigkeit gesetzlich gegeben ist. Andernfalls müßten solche Delikte durch die Landesstaatsanwaltschaft verfolgt werden, weil sie auf jeden Fall strafbar seien.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Handlos plant nach Kommunalwahlen die Gründung einer neuen Partei

Der frühere CSU-Abgeordnete nennt Strauß-Reise „politischen Dilettantismus"

PETER SCHMALZ, München

Der aus der CSU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Franz Handlos will erst nach der bayerischen Kommunalwahl im März nächsten Jahres über die Gründung einer neuen Partei entscheiden, er scheint aber schon jetzt zielstrebig auf diesen Plan zuzusteuern. Auf seiner ersten Pressekonferenz als parteiloser Parlamentarier erklärte er gestern in München, er wolle mit seiner neuen politischen Gruppierung erstmals zu den bayerischen Landtagswahlen 1986, also ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl, antreten. Über den Parteinamen gab Handlos noch keine Auskunft, es werde aber keine bayerische CDU sein.

Mit dem Abwarten der Kommunalwahlen verfolgt Handlos offensichtlich das Ziel, unzufriedene CSU-Mandatsträger noch einmal in ihren Kommunalämtern bestätigen zu lassen, ehe sie, für weitere sechs Jahre gewählt, den von Handlos erhofften Absprung machen. „Ich bin kein Einzelkämpfer, wie das im Moment aussieht", meinte er gestern. „Ich habe viele Freunde, die den Kopf im Moment im Schützengraben lassen."

Handlos hofft, daß nach der März-Wahl auch Kollegen aus der CSU-Landesgruppe seinem Beispiel folgen und das Parteibuch zurückgeben werden. „Denken Sie dabei nicht nur an Ekkehard Voigt." Voigt, der Handlos 1979 als Landesvorsitzender des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU ablöste, war auf harte parteiinterne Kritik gestoßen, nachdem er den Milliardenkredit an die „DDR" als politisches Schiebergeschäft bezeichnet hatte, und kündigte für den Fall weiterer CSU-Maßnahmen gegen sich den Parteiaustritt an: „Irgendwann wird dann wohl ein Schlußstrich sein." Acht bis zehn CSU-Bundestagsabgeordnete, so Voigt, würden wie er denken. Wenn sich „Scharfmacher" derzeit zurückhielten, so habe dies nur einen Grund: „Die wissen, wenn ich gehe, gehe ich nicht alleine."

Handlos, der mit Voigt offenbar weiterhin in Verbindung steht – und der sich im Gegensatz zur Äußerung von Strauß auch eines sehr guten Kontaktes mit dem CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel rühmt –, hat bereits Einzelgespräche mit Mitgliedern der von der CSU ausgeschlossenen Augsburger CSM-Gruppe (siehe WELT vom 26. 7.) geführt.

Demnächst will er sich auch mit dem populären bayerischen Fernsehjournalisten Franz Schönhuber treffen, der wegen seines Buches über die Waffen-SS („Ich war dabei") aus dem bayerischen Rundfunk fristlos entlassen wurde und der bereits vor Monaten den Aufbau einer neuen politischen Gruppe ankündigte.

Über das Programm hat sich Handlos bereits weitgehende Überlegungen gemacht. Es soll populistische Züge und christlich-soziale Grundsätze tragen. Der niederbayerische Abgeordnete umschreibt es mit der Allerwelts-Floskel: „Politik mit Herz und Verstand." Versicherungskonzerne sollen einer verstärkten Staatskontrolle unterworfen werden, die Wiedervereinigung durch Jugendaustausch zwischen Ost und West neue Impulse erhalten.

Mit seiner neuen Position im Bundestag hat er sich bereits abgefunden: „Ich werde auf die letzte Bank gesetzt wie in der Schule, wenn man vorlaut ist." Daß er aber auch dort den Mund nicht halten will, macht Handlos schon jetzt deutlich und will Strauß zugleich zeigen, daß auch ein „Waldler" nicht aufs Maul gefallen sein muß. Strauß, das ist für ihn ein „Walzerkönig, der sich so oft um die eigene Achse dreht, bis er nicht mehr weiß, in welcher Ecke er steht".

Wenn Strauß in Polen kein Wort für die „Solidarität", wohl aber Worte gegen die deutschen Pakete gefunden hat, dann ist das nach der Meinung von Handlos „ein Schlag gegen das polnische Volk und gegen die Menschlichkeit". Sein hartes Urteil über die Reise: „Politischer Dilettantismus."

Da hält er's lieber mit Helmut Kohl: Zu 95 Prozent stimme er mit dessen Politik überein, wie er eigentlich auch weiterhin zur CSU stehe, wenn die nur nicht ihren Strauß hätte: „Unter einem anderen Pateivorsitzenden könnte ich mir vorstellen, zur CSU zurückzukehren." Vorerst aber will er vom Bundeskanzler in einer schriftlichen Anfrage Näheres über angebliche weitere Kreditwünsche der „DDR" wissen. Nach seinen „absolut zuverlässigen" Informationen soll es sich um bis zu vier Milliarden Mark handeln.

Wernitz: Nicht bei der Polizei falsch sparen

SPD-Politiker offen für Diskussion über Distanzmittel

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Polizei muß nach den Worten des Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Axel Wernitz (SPD), besser ausgerüstet werden, um bei Demonstrationen wirkungsvoller gegen Gewalttäter vorgehen zu können. Es könne „nicht hingenommen werden", daß Polizeibeamte bei gewalttätigen Demonstrationen immer wieder erheblich verletzt werden. Deshalb müsse, so Wernitz in einem WELT-Gespräch, mit Nachdruck darauf gedrungen werden, daß die Ausstattung vom Einsatzanzug über Schutzschilder und Bewaffnung bis hin zu den Fahrzeugen auf den jeweils neuesten Stand gebracht und möglichst bundesweit vereinheitlicht wird. Alles andere hieße „Sparen am falschen Fleck".

Nach seiner Ansicht reichen die vorhandenen rechtlichen Instrumente auch unterhalb der gesetzlichen Regelung zur Eindämmung von Gewaltaktionen dann aus, „wenn diese Möglichkeiten auch ausgeschöpft werden". Das entbinde aber nicht von der Verpflichtung, über effektivere Einsatzmöglichkeiten innerhalb der rechtsstaatlichen Grenzen weiter nachzudenken. Wernitz: „Auch der Polizeibeamte, der an Recht und Gesetz und an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden ist, hat Anspruch darauf, daß er in seiner Gesundheit und in seinem Leben nicht gefährdet wird."

Der SPD-Politiker befürwortete in dem WELT-Gespräch gleichzeitig die Vergabe von Forschungsaufträgen zur Entwicklung neuer polizeitypischer Einsatzmittel und -waffen, über die die Innenministerkonferenz Anfang September beraten soll. Dies werde aber nicht immer mit dem „eigentlichen wünschenswerten Nachdruck" von der Exekutive betrieben.

Es sei aber „durchaus richtig", nach einem jetzt wieder von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ins Gespräch gebrachten „Distanzmittel" zu suchen, dessen Wirkung zwischen Schlagstock und Schußwaffe liegt. Man müsse „in der Tat offen sein für die Frage, wie dieser Bereich effektiv und rechtsstaatlich zugleich besser abgedeckt werden" könne. Allerdings steht Wernitz aufgrund der bisherigen Erfahrungen dem Einsatz von Gummiwurfgeschossen skeptisch gegenüber. Dennoch sollten hier erst endgültige Untersuchungen abgewartet werden und von keinem Bundesland vorher Alleingänge unternommen werden. Beantwortet werden müsse eindeutig, daß es nicht nur für Demonstranten, sondern auch für Polizeibeamte „keine Schädigungen nachhaltiger Art" gibt.

Mit Blick auf den befürchteten heißen Herbst warnte der Innenpolitiker eindringlich davor, den Bundesgrenzschutz (BGS) als „eine Art Bürgerkriegsarmee" verteufeln zu wollen. Im Interesse der BGS-Beamten und der Bevölkerung „sollte man solche Vokabeln möglichst schnell aus der Diskussion nehmen". Der Bundesgrenzschutz sei in den letzten Jahren zu einer Polizei des Bundes „mit sehr guter Qualität geworden".

Moskaus Handelsflotte bedroht den Westen auch militärisch

Ein Funkbefehl verwandelt Kümos und Tanker in Kriegsschiffe / Experten warnen

JOCHEN ZWIKIRSCH, **London**

Moskaus forcierte maritime Aufrüstung beschränkt sich längst nicht mehr auf den Kriegsschiffbau. Wie die „Rotbannerflotte" ist auch die sowjetische Handelsflotte heute ein globalpolitisches Machtinstrument – und gleichzeitig ein untrennbarer Bestandteil der Kriegsflotte. Im Frieden wie bei einem möglichen Konflikt, wirtschaftlich wie militärisch: Für die Schiffahrt der freien Welt ist das Wort „Morskoj Flot" gleichbedeutend geworden mit existentieller Gefahr.

Davor warnten diese Woche in London einmal mehr namhafte Wirtschafts- und Verteidigungsexperten. Für den britischen Interessenverband „Aims of Industry" (der nach den Worten seines Direktors Michael Ivers für 35 000 Unternehmen spricht) und das amerikanische „Nationale Zentrum für strategische Informationen" ist auch die sowjetische Handelsflotte eine messerscharf geschliffene, bewußt gegen den Westen eingesetzte Waffe.

„Morflot" müßte pleite sein

Selbst im Frieden führt der Kreml mit seinen gut sechzig („volkseigenen") Schiffahrtslinien Krieg: einen zähen, auf lange Sicht geplanten und oftmals geschickt versteckten Handelskrieg gegen die freie Welt. Hauptinstrument dieser weltweit geführten Schlacht um Ladungen *sind Dumping*-Frachtraten, die mit Milliarden Rubeln an Schiffahrtssubventionen, aber auch mit Hungerlöhnen für Besatzungen der „Morflot" finanziert werden. Damit erzielt Moskau zwei Resultate: Einmal landet die Billigflotte inzwischen mehr heiß begehrte Devisen an als jede andere Außenhandelsbranche. Zum anderen schwächt man damit die schwer angeschlagene, am Rande der Wirtschaftlichkeitsgrenze kalkulierende „kapitalistische" Schiffahrtsindustrie.

Sir Ronald Swayne, der frühere Vorstandsvorsitzende der zu den westlichen Marktführern zählenden „Overseas Containers Limited": „Würde ‚Morflot' auch nur annähernd nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, so wäre sie längst pleite."

Daß dem *nicht so ist*, liegt freilich nicht nur an der Wirtschaftsstrategie Moskaus. Ein einziger Funkbefehl nämlich verwandelt jedes der 7500 Handelsschiffe der auf allen sieben Meeren operierenden „Morflot" im Handumdrehen in ein aktives Kriegsschiff. Das kann dann zwar noch immer *nicht* schießen. Doch so erhält die weltweit aktive Rotbannerflotte sozusagen „per Knopfdruck" zusätzlich zu ihren eigenen Hilfsschiffen die weltgrößte Armada von Tankern, Tendern und Versorgern.

Vom Kümo bis zum Supertanker: Es gibt keinen einzigen sowjetischen Kauffahrer (und auch keinen Hochsee-Fischdampfer und keine Einheit der größten ozeanographischen Flotte der Erde), der nicht auf den entsprechenden Befehl hin die Kriegsflagge setzen würde. Nie zuvor in der Geschichte ist eine Handelsflotte *so perfekt* auf den Krieg „maßgeschneidert" und trainiert worden. Und kaum jemals zuvor hätte sie ein geringeres Gegengewicht gefunden als heute im Westen: Viel zu spät, so rügen Verteidigungsfachleute, sehe man sich diesseits des Eisernen *Vorhanges in seinen bunt zusammengewürfelten* Handelsmarinen nach „ernstfallgeeigneten" Troßschiffen um.

Die Sowjets dagegen begannen schon Mitte der fünfziger Jahre mit dem Ausbau ihrer damals bestenfalls drittklassigen, weitestgehend *zur Küstenverteidigung geeigneten* Kriegsmarine. Dazu gehörte auch die „Gleichschaltung" der (ebenfalls noch unbedeutenden) Handelsflotte.

Der Mann, der die beiden gleichermaßen gigantischen Aufgaben löste, ist seit nunmehr einem guten Vierteljahrhunder Oberbefehlshaber der „Rotbrannerflotte": Admiral Sergej Gorschkow, 72. Auch im Westen gilt er mit Blick auf die Kriegsflotte als einer der großen Marinereformer dieses Jahrhunderts. Doch daß er die Handelsmarine ebenso vereinnahmte, inzwischen zur zahlenmäßig größten der Welt gemacht hat und der Kampfflotte damit ein unvergleichbares Nachschubpotential an die Hand gab – dies blieb in der freien Welt offenbar allzu lange unbemerkt.

Zerstörerische Billigpreise

Das bestätigte in London jetzt auch Wladil Lyssenko. Heute 57 Jahre alt, hatte er sich von seinem 15. Lebensjahr an in der sowjetischen Handelsmarine vom Heizer zum Kapitän emporgearbeitet, um schließlich (1975) aus ideologi*schen Gründen und „wegen der* abscheulichen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft" auf den „Morflot"-Schiffen für immer „auszusteigen".

Skipper Lyssenko, der den lange verkannten Ausbau der roten Handelsschiff-Tonnage aus erster *Hand miterlebte: „Die Schiffe sind* von vornherein für einen möglichen Kriegseinsatz konstruiert. Wöchentlich zweimal finden entsprechende Übungen unter kriegsmäßigen Bedingungen statt: Strahlenschutz, simulierte Konvoifahrt, Vertarnung, um nur ein paar Bei*spiele zu nennen." Und dies gelte* für das kleinste Fischereifahrzeug ebenso wie für Tanker und sogar Passagierschiffe.

Interessenverbände wie die einflußreiche Londoner „Aims of Industry" fordern: „Keine Diskussionen mehr – wir verlangen zwi*schenstaatliche Absprachen*", um den Sowjets die zerstörerischen Billigpreise zu verderben. Und dies, „wenn's sein muß", selbst mit beschränkten Frachtkontingenten aus westeuropäischen Häfen oder gar mit einer Art Schutzzoll. (SAD)

Washington und Lissabon einigen sich über Ausbau des Azoren-Stützpunktes

USA zahlen höhere Beiträge, streben aber Globalvertrag an / Kooperation mit Paris

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Da sich die Unterhändler Portugals und der USA nicht über Detailfragen einigen konnten, wurden die Verhandlungen über die Verlängerung des portugiesisch-amerikanischen Stützpunktevertrages auf September vertagt. Grundsätzlich besteht Übereinstimmung über den Ausbau des strategisch bedeutenden Luftstützpunktes Lajes auf der Azoreninsel Terceira. Eine zweite Piste soll gebaut werden; beide Seiten bereiten sich außerdem auf den Ausbau des Seehafens vor, damit auch größere Schiffe die Insel anlaufen können.

Offen blieben Fragen wie die der Gerichtsbarkeit – ob portugiesisch oder amerikanisch –, wenn amerikanische Soldaten zivilstraffällig werden. Außerdem wünschen die Portugiesen bei der Versorgung der amerikanischen Familien mit Haushaltsgeräten beteiligt zu werden, sei es über Einfuhrzölle oder Lieferungen vom Festland.

Den Portugiesen liegt vor allem an höheren Zahlungen: So sollen die Mieten für den Stützpunkt von 80 Millionen auf 100 Millionen Dollar erhöht werden. Washington gab bereits sein Einverständnis. Bewilligt wurden auch ein einmaliger Zuschuß von 50 Millionen Dollar für das Heer und 60 Millionen Dollar für den Ausbau von Infrastrukturen auf den Azoren. Die Bewohner des Archipels setzen sich für den Bau eines Schlachthofes ein. Überhaupt wollen sie mehr an der Versorgung der Amerikaner in Lajes beteiligt werden.

Die Amerikaner möchten ihrerseits aus dem Stützpunktabkommen einen Globalvertrag machen. Sie brauchen mehr Alternativflugplätze und Seehäfen – etwa zum Transport und zur Versorgung der schnellen Eingreiftruppen, wie dies bei einem Einsatz im Nahen Osten oder in der Golfregion notwendig werden könnte. Zum gleichen Zweck möchten die Vereinigten Staaten auch an dem deutschen Stützpunkt Beja im Alentejo beteiligt werden, auf dem die Bundesluftwaffe ihre Piloten vor allem im Tiefflug ausbildet.

Wie das NATO-Hauptquartier der WELT bestätigt, werden auch die französische Marine und Luftwaffe zur Verteidigung und Kontrolle des östlichen Atlantiks in Absprache mit der NATO verstärkt eingesetzt. Frankreich unterhält auf dem Azoren-Archipel einen Luftstützpunkt und auf der Azoreninsel Flores zwei Beobachtungsstationen. Im Interesse finanzieller Zuwendungen möchte Lissabon diesen Stützpunktvertrag mit Frankreich verlängern.

Auch die NATO wird eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Lissabon und Paris begrüßen, da die französische Marine mit ihren Seestreitkräften die Lücke ausfüllt, die zwischen Portugal und den Azoren existiert. Portugal verfügt zur Zeit über keine „atlantikfähigen" Überseestreitkräfte, die auch bei schwerem Winterwetter eingesetzt werden könnten. Die Verhandlungen über finanzielle Zuwendungen zum Bau von NATO-Hochseeflotten durch Portugal sind im Rahmen der NATO bisher ergebnislos verlaufen.

Portugals Ministerpräsident Mario Soares hat Staatspräsident General Eanes ersucht, den von ihm eingesetzten Oberbefehlshaber des Heeres, General Garcia dos Santos, abzulösen. Nach dem Verteidigungsgesetz fällt die Ernennung der höchsten Offiziere in die Kompetenz der Regierung. Garcia dos Santos ist ein enger Vertrauter des Präsidenten aus der Zeit der Revolution des 25. April 1974. Der General ließ kürzlich im Heer die Gründung von Offizierskomitees „der Freunde des 25. April" zu. Da diese Komitees unter dem Einfluß jener Offiziere stehen, die zusammen mit der Kommunistischen Partei das von den demokratischen Parteien erst 1976 abgesetzte Militärregime auf den Schild hoben, fürchten Militärs und Politiker um die Ruhe in den Kasernen. Um klare Verhältnisse zu schaffen, möchte die Regierung auch eingeschaltet werden, wenn im Februar nächsten Jahres der Chef der drei Teilstreitkräfte, General Melo Egidio, in Pension geschickt wird. (SAD)

Paris will die Friedenssuche in Mittelamerika unterstützen

Mißtrauen gegenüber Vorgehen Amerikas / Cheysson besucht Brasilien, Bolivien, Kolumbien, Kuba

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Im gleichen Augenblick, in dem US-Präsident Reagan einen militärischen Aufmarsch vor den Küsten Mittelamerikas inszeniert und amerikanische Landverbände zu gemischten Manövern nach Honduras beordert, reist der französische Außenminister Claude Cheysson nach Brasilien, Bolivien, Kolumbien und Kuba. Ziel ist es, einen Beitrag auf der Suche nach einer Verhandlungslösung im krisengeschüttelten Mittelamerika zu leisten. Auf Kuba hielt sich zuletzt 1959, im Jahr der Revolution, ein französischer Außenminister auf.

Vor Cheyssons Abflug wurde in Paris die Vermutung zurückgewiesen, der Minister unternehme die Reise ausschließlich im Hinblick auf die Situation in Mittelamerika. Brasilien zum Beispiel, wo der Minister sich allein fünf Tage aufhält, sei ein Land, mit dem Frankreich neben traditionellen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen auch die politischen zu aktivieren wünsche, zumal die wachsende Wirtschaftsmacht Brasilien ihren Einfluß inzwischen auf Afrika und den Vorderen Orient auszuweiten begonnen habe und damit zunehmend europäische Interessen berühre. In Bolivien werde der Minister seiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß das Land nach langer militärischer Diktatur erfolgreich den Weg zur Demokratie beschritten hat. Bolivien, eins der ärmsten Länder Lateinamerikas, bezieht erhebliche französische Wirtschafts- und Militärhilfe, die freilich auch jetzt als nicht ausreichend betrachtet wurde.

Das eigentliche Interesse der Reise Cheyssons konzentriert sich indes auf Kolumbien und Kuba. Kolumbien gehört neben Mexiko, Panama und Venezuela der Contadora-Gruppe an, die sich für direkte Verhandlungen zwischen den fünf Staaten Mittelamerikas unter Ausschluß der USA eingesetzt haben. Frankreich unterstützt ausdrücklich diese Bemühungen, wie übrigens auch die Bundesrepublik, wie in Paris betont wird. Bundesaußenminister Genscher wird dabei neidlos eine herausragende Rolle bei diesen Bemühungen zugesprochen. Auch Frankreich ist der Überzeugung, daß nur die von der Krise direkt betroffenen Länder ihre Probleme untereinander „ohne fremde Einmischung lösen können". Deshalb betrachtet man die „Muskelpolitik" der Vereinigten Staaten in diesem Raum in Paris mit einigem Mißtrauen, auch wenn das sozialistische Frankreich inzwischen ein wenig abgerückt ist von den utopischen Hoffnungen der ersten Jahre, es könne durch kraftvolle Unterstützung des sandinistischen Regimes in Nicaragua eine Art französischen Sozialismus nach Mittelamerika exportieren und die Region damit aus den Fängen der Sowjetunion und ihres Stellvertreters Kuba heraushalten.

Régis Debray, der „Sonderberater" Präsident Mitterrands für Südamerika, dem es noch vor einigen Monaten beliebte, seine Freunde in Managua im revolutionären Tarnanzug statt in Hemd und Krawatte zu besuchen, reist heute nur noch diskret im Auftrag des Staatspräsidenten durch die Gegend, um hier oder da Menschenrechte durchzusetzen und politische Gefangene freizubekommen. Er wurde in seiner diplomatischen Aktion inzwischen von Sonderbotschafter Blancard vom Quai d'Orsay ersetzt, der Cheysson jetzt begleitet.

Dem Vernehmen nach hat der kolumbianische Präsident Betancur bei der Vorbereitung des Besuches wissen lassen, daß die bisherige französische Unterstützung Nicaraguas in Südamerika nicht gern gesehen werde und sich destabilisierend auswirken könnte. Nichtsdestoweniger unterhält die Sozialistische Partei Frankreichs weiter enge Beziehungen zu den Sandinisten; soeben schickte sie eine Delegation nach Managua, die die Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit erkunden soll.

Interessant erscheint Paris auch die Tatsache, daß Kuba sich inzwischen für die Initiative der Contadora-Gruppe ausgesprochen hat. Cheysson wird in Havana prüfen wollen, inwieweit Fidel Castro es damit ernst meint. Einen Beweis könnte er liefern, deutet man in Paris an, wenn Kuba seine zur Zeit etwa 6000 Soldaten in Nicaragua zurückzöge.

Australien will kein zu starkes Japan

AP, Tokio

Der australische Außenminister Bill Hayden hat bei einem Besuch in Tokio die Besorgnis seiner Regierung über die wachsenden Verteidigungsanstrengungen Japans zum Ausdruck gebracht. Australien wolle nicht, daß Japan in zunehmendem Maße zur Verteidigung des asiatisch-pazifischen Raumes herangezogen werde, sagte Hayden vor *Journalisten in Tokio. Seine Regierung* fürchte einen grundlegenden Wandel der japanischen Verteidigungspolitik entweder aufgrund äußeren Drucks oder innenpolitischer Entscheidungen.

Ferner kritisierte der Minister den „dramatischen Anstieg" der japanischen Rüstungsausgaben. Hayden verwies darauf, daß ihm der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone versichert habe, daß sich die Verteidigungspolitik Japans auch künftig nicht ändern werde. Japan war von den USA dazu gedrängt worden, mehr Verantwortung für die Verteidigung im asiatisch-pazifischen Raum zu übernehmen und die Verteidigungsausgaben zu erhöhen.

Minister Chinas und Pakistans beraten

AP, Islamabad

Die Außenminister Chinas und Pakistans haben nach Angaben aus pakistanischen Regierungskreisen in Islamabad fünftägige Gespräche aufgenommen, in deren Mittelpunkt der Konflikt in Afghanistan steht. Außenminister Wu Xueqian und sein pakistanischer Amtskollege Sahabzada Yaqub Khan konzentrieren sich besonders auf das Afghanistan-Problem. Die Volksrepublik China und Pakistan haben mehrfach die sowjetische Intervention in Afghanistan verurteilt und den Abzug der etwa 100 000 sowjetischen Soldaten verlangt. China und Pakistan spielen als mögliche Garantiestaaten in einem vor mehr als einem Jahr von der UNO vorgeschlagenen Plan zur politischen Lösung des Konflikts eine Rolle.

Schärfere Zensur und härtere Strafen

AFP, Warschau

Das polnische Parlament wird morgen über eine Verschärfung der Zensur und des Strafgesetzbuchs beraten, wurde offiziell mitgeteilt. Wie westliche Korrespondenten erfuhren, sollen auch die Erklärungen offiziell zugelassener Organisationen, Kunstausstellungen und die Neuauflage bereits erschienener Texte in Zukunft der Zensur unterliegen. Damit wird das bisherige Zensurgesetz, das am 31. Juli während der Blütezeit der inzwischen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" verabschiedet worden war, erheblich verschärft.

Die geplanten Änderungen des Strafgesetzbuchs sehen Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren für die Betätigung in illegalen Organisationen vor. Diese Bestimmung zielt vor allem auf die Anhänger der „Solidarität" ab. Ebenfalls drei Jahre Haft sind für das Ankleben staatsfeindlicher Plakate vorgesehen.

Neue Kämpfe in Afghanistan

AP, Neu-Delhi

In Afghanistan ist es nach Angaben eines westlichen Diplomaten in den letzten Tagen erneut zu schweren Gefechten zwischen Freiheitskämpfern und sowjetischen sowie afghanischen Truppen gekommen. Bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Restaurant in Kabul seien fünf Menschen getötet worden. Zentrum der Kämpfe seien jedoch die Gebiete um Paghman und Schomali unweit der Hauptstadt. Bei einer Aktion in der Ortschaft Istalef bei Schomali hätten die Sowjets am 19. Juli auch Fallschirmjäger eingesetzt. Ein Hubschrauber und möglicherweise auch ein MiG-Kampfflugzeug seien abgeschossen worden. Sowjetische Truppen setzten bei ihren Racheakten gegen die Zivilbevölkerung auch eine neue Brandgranate ein, die beim Aufschlag alles in rund 15 Meter Umkreis verbrennt.

Ferngasleitung fertiggestellt

AFP, Moskau

Die Verlegung der Rohre der 4451 Kilometer langen eurosibirischen Ferngasleitung, der längsten der Welt, ist abgeschlossen, meldete die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Die Rohrverlegung für die Ferngasleitung, die 32 Milliarden Kubikmeter Gas in mehrere westliche Länder leiten wird, dauerte somit weniger als 14 Monate. Die Rohrleitung Urengoj–Uschgorod wurde mit Erfolg getestet. In der etwa 1500 Kilometer von Urengoj entfernten Region Swerdlowsk (Westsibirien) wurden bereits mehrere Kunden mit Gas beliefert. Inzwischen wird der Bau der Pumpstationen fortgesetzt. Nach den amtlichen Vorausberechnungen soll die eurosibirische Erdgasleitung zum Jahresende in Betrieb genommen werden.

Dieser „Jahrhundertbau" forderte die Durchquerung von nicht weniger als 32 Strömen – unter ihnen die Wolga, der Dnjepr, der Don und der Ob – und 600 Flüssen, Seen und *Mooren: insgesamt 200 Kilometer* Rohre unter Wasser. 1982 verhängten die USA ein Embargo für bestimmte Bauteile, die westliche Konzerne für die Leitung liefern sollten, doch wurde die Liefersperre im November desselben Jahres wieder aufgehoben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Traum vom Frieden

Sehr geehrte Damen und Herren,
einige Anmerkungen zur Friedensbewegung:

Jeder Teilnehmer, auch wenn er sich von völlig lauteren Motiven leiten läßt, muß wissen, daß er der sowjetischen Seite ungewollt hilft, die nicht im Traum daran denkt, abzurüsten, Bedrohungspotential abzubauen oder von ihrem Ziel der erpresserischen Hegemonie abzulassen.

Die Gutwilligen in der Friedensbewegung glauben allerdings an eine solche Bereitschaft, und es zeigt sich, daß es sich um eine „progressive" Bewegung handelt. Die Linken haben seit jeher an die grundlegende Veränderbarkeit des Menschen zum Besseren hin geglaubt, während die Konservativen davon ausgehen, daß das Böse im Menschen nie völlig beseitigt werden kann.

Wo bleibt das Engagement der Friedensbewegung z. B. gegenüber den Vorgängen in Afghanistan, wo konkret gemordet wird? So lange das mörderische Töten, soweit es von der linken Seite kommt, die Friedensbewegung völlig kalt läßt, ist sie für mich nicht glaubwürdig.

Wer sich viele Menschen, die der Friedensbewegung angehören, und ihre Verhaltensweise genau ansieht, gewinnt den Eindruck, daß dies auch eine Bewegung zum Abreagieren von Aggressionen ist. Die Deutschen sind ja ein von Aggressionen besonders geschütteltes Volk (nirgendwo wurden verbissenere Glaubenskämpfe und -kriege geführt). daher ist die Friedensbewegung bei uns auch besonders stark. Was beunruhigen muß, *ist die Tatsache, daß hier* wieder einmal eine „Bewegung" auftritt, die sich als über den Parteien stehend betrachtet und die auch Mehrheitsentscheidungen letztendlich nicht respektieren will. Das erinnert an dunkle Kapitel unserer jüngeren Vergangenheit.

Erstaunlich ist, daß sich die Verfechter der Nachrüstungsnotwendigkeit auch kaum noch getrauen, die Frage zu stellen, ob ein Leben unter den Bedingungen des menschenverachtenden kommunistischen Staates überhaupt lebenswert ist und ob nicht zur Verteidigung unserer Lebensform gegenüber dem Abgleiten in die kommunistische Existenz zumindest ein entferntes Risiko einer allerdings schrecklichen Katastrophe eingegangen werden muß.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. K. Neundörfer,
Bad Homburg

Erinnerungen

„Leserbrief: Die alte Masche"; WELT vom 12. Juli

Es ehrt Herrn Loch, daß er sein Amt zur Verfügung stellt. Dagegen schweigt Girgensohn und macht weiter.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen 1939 wurde in meinem Heimatort Vandsburg / Westpreußen ein Arbeitsdienstlager errichtet, dessen Leiter Vater Girgensohn war. Für seine Familie mußten unsere polnischen Freunde Zakowsky binnen Stunden ihre Villa Armen. Fragen Sie bitte die Polen im heutigen Wiecbork, insbesondere die Töchter Zakowsky, nach den Girgensohns.

Durch das Auftreten dieser Nazis haben wir uns geschämt, Deutsche zu sein, und die Zurückgebliebenen haben mit Tod, Pein und Qual bezahlt. Auch ihnen haben wir den Verlust unserer Heimat zu verdanken. Nein, das ist nicht die Erneuerung, die wir uns nach dem Zusammenbruch erträumt haben.

Elfriede List,
Brüssel

Seltener Fall

Sehr geehrte Damen und Herren,
die WELT lesen wir aus verschiedenen Gründen gern. Das Erscheinen des Artikels von Rudolf Krämer-Badoni „Wer glaubt, muß schon etwas verrückt sein" am Samstag, dem 16. Juli, hat uns besonders gefreut. Es ist bedauerlich selten der Fall im christlichen Abendland, daß in den Medien eine solche pro-christliche Ansicht zu Wort kommt, obwohl der Glaube an Gott so abwegig nicht ist – der Artikel von Herrn Krämer-Badoni verdeutlichte dies ja auch. Als Leser einer lokalen Tageszeitung, deren Mitarbeiter anscheinend stark zu einer bestimmten Ideologie tendieren, sind wir gewohnt, daß über politisch oder religiös Andersdenkende spöttisch geschrieben wird. Es ist eine Wohltat, Zeitung lesen zu können, ohne sich ständig über die tendenziöse Berichterstattung ärgern zu müssen.

Wir finden es gut, daß die WELT eine Tageszeitung ist, die auch über solche Themen wie den Glauben an Gott schreibt, ohne jemand auf die Füße zu treten oder sogar zu hetzen.

Liesel u. Fritz-M. Gutbrod,
Mössingen-Belsen

Geste des Interpreten

„Die Straßen frei – Karajan muß zum Flughafen"; GEISTIGE WELT vom 16. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,
in Ihrem Artikel werden aus musikwissenschaftlicher Sicht teilweise solch gravierende Fehldeutungen verbreitet, daß ich auf wenige Punkte eingehen möchte:

● Der Autor wird mir als „selbst ausübender Musiker" vielleicht zustimmen können, daß Musik der intensivste emotionale Ausdruck ist, den sich die Menschen in ihrer Kultur geschaffen haben. Dies ist von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der der industrielle Arbeitsprozeß dem Menschen unemotio*nales Verhalten, logisches Kalkül* abverlangt.

Was heißt musikalischer Ausdruck? Für den Musikhörer heißt es, daß psychische Energieströme, Gefühle, mit musikalischen Energieströmen verknüpft werden. Oder allgemeiner: Der Hörer drückt sich durch Musikhören aus, schlüpft gleichsam in die Geste des Interpreten. Aus dieser Sicht muß sich der Hörer den intensiven Ausdruck des Interpreten wünschen, ist musikalischer Ausdruck keine „aufdringliche Würze", ist die Programmierung einer „Stimmaschine" tatsächlich unvorstellbar. Von der „Überflüssigkeit von Dirigenten und anderen Stars" kann keine Rede sein. Mit Ausnahme vielleicht weniger Menschen, die die Fähigkeit besitzen, Noten zu „hören", sind die Hörer auf den Interpreten angewiesen.

● Der emotionale Ausdruck von Jazz- und Popsängern erreicht den Hörer meistens nur über den Umweg der elektroakustischen Technik. Ursprüngliche psychische Qualitäten werden durch Verstärkung, Verhallung und Verzerrung *dermaßen* überdeckt, daß sie *nur* noch wenig vom ursprünglichen menschlichen Ausdruck vermitteln. Welche „Substanz" ist es also, die die Musik durch den Vortrag von Popstimmen bereichern soll?

● In bezug auf Personenkult und extravaganten Verhaltensweisen *kann ich dem Autor weitgehend* zustimmen. Hier wäre nur noch zu fragen, wieweit die Anbetung des Interpreten und seine Selbstverherrlichung erst von den Medien begünstigt werden.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher
Hochachtung
Peter Brünger,
Garbsen 1

Weltskandal

Was uns von Butter-, Milchpulver- und sonstigen Bergen oft genug berichtet wird, beinhaltet in Wirklichkeit einen Weltskandal. Jeder weiß es, und kein Verantwortlicher legt den Finger auf diese Wunde oder tut gar etwas. Millionen droht der Hungertod; wir ersticken in Lebensmitteln. Wer ergreift endlich die Initiative, die Überschüsse dorthin leiten zu lassen, wo sie Leben retten können?

Wenn die Kosten dafür nicht gedeckt werden können, sollte man eine Mammutkonferenz weniger veranstalten und das auf diese Weise ersparte Geld für den genannten Zweck verwenden. Keine noch so schönen Formulierungen und wortreichen Beteuerungen können die Tat ersetzen. Die für uns belastenden Agrarvorräte fordern sie geradezu heraus.

Siegfried Haubold,
Bielefeld 1

Wort des Tages

» Verantwortung und Freiheit sind einander korrespondierende Begriffe. Verantwortung setzt sachlich – nicht zeitlich – Freiheit voraus, wie Freiheit nur in Verantwortung bestehen kann. Verantwortung ist die in der Bindung an Gott und den Nächsten allein gegebene Freiheit der Menschen. «

Dietrich Bonhoeffer, dt. Theologe (1906–1945)

Personalien

GEBURTSTAGE

Bundeskanzler **Helmut Kohl** und sein Bonner Amtsvorgänger **Helmut Schmidt** werden am Samstag einem der bedeutendsten Bildhauer der Welt zum Geburtstag gratulieren: dem Briten **Henry Moore**, der 85 Jahre alt wird. Beide Herren werden Glückwunschtelegramme schicken. Für Bonn hat Henry Moore eine besondere Bedeutung erhalten. Seine Großplastik „Large Two Forms" steht auf dem Vorplatz der Bonner Regierungszentrale, des Kanzleramtes. Der frühere Kanzler Helmut Schmidt hatte Moore dafür gewinnen können, die Plastik für Bonn zur Verfügung zu stellen. Inzwischen hat die Bundesregierung die Moore-Plastik auch angekauft. Sie kostete 544 560 DM. Dazu kamen 35 500 DM sogenannte Einfuhr- und Umsatzsteuer und weitere 77 000 DM für eine Dauerkonservierung. Für Kenner ist die Plastik trotzdem an Bonn zum „Freundschaftspreis" weitergegeben.

*

Kölns Weihbischof **Wilhelm Cleven** ist nach seinem 90. Geburtstag am letzten Montag von seinen geistlichen Ämtern zurückgetreten. Dem freiwilligen Rücktrittsgesuch hat jetzt **Papst Johannes Paul II.** entsprochen, der Cleven zugleich Glückwünsche übermittelt hat und für „treue Dienste in der Weltkirche und für das Erzbistum Köln" dankte. Wilhelm Cleven war 1950 zum Titular*bischof* von *Sasima* und *1951 zum* Weihbischof von Köln geweiht worden. In den folgenden Jahren widmete er sich besonders der Betreuung der Jugend und den Bildungsinstitutionen im Kölner Erzbistum. Wilhelm Cleven hat dann weit über die „Altersgrenze" *hinaus seinen Dienst versehen.* Denn normalerweise geben katholische Würdenträger mit 75 Jahren ihre Ämter ab. Glückwünsche hat auch der Erzbischof von Köln, **Joseph Kardinal Höffner** übermitteln lassen, verbunden mit Genesungswünschen. Wilhelm Cleven ist zur Zeit krank.

*

„Nur einen bunten Sommerblumenstrauß" von Hamburgs Senat hat sich **Emilie Kiep-Altenloh**, die Ehrenvorsitzende der Hamburger FDP, zum Geburtstag gewünscht. Die große alte Dame des Liberalismus wird am kommenden Samstag 95 Jahre alt. Die Blumen und ein Dankschreiben des Hamburger Senats wird Bürgermeisterin **Helga Elstner** persönlich überbringen. Die beiden Damen kennen sich aus früheren Jahren, als sich die ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Kiep-Altenloh in Bonn für Verbraucherpolitik engagierte und als Helga Elstner in der Bundeshauptstadt noch Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Verbraucher war. Emilie

Emilie Kiep-Altenloh

Kiep-Altenloh, von ihren Freunden „Loria" genannt, ist die Tante des CDU-Politikers **Walter Leisler Kiep**. Loria stammt aus Voerde im Ennepetal. Als sie ihr Studium aufnahm, waren Frauen in Hörsälen noch eine Ausnahme. Ungewöhnlich war auch ihre 1913 abgelieferte Dissertation. Die Doktorandin hatte sich mit der „Soziologie des Kinos" beschäftigt. Die *Westfälin mit dem Doktorhut zog* 1923 an die Elbe. Sie wurde Stadtverordnete der Demokratischen Partei in Altona und ging 1933 in den Reichstag. Die Nationalsozialisten setzten ihrer sozialen und politischen Tätigkeit ein Ende. Frau Kiep-Altenloh übernahm 1940 die Leitung des Instituts für Umweltforschung an der Universität Hamburg und rief eine Blindenführhund-Schule ins Leben. Die große alte Dame des deutschen Liberalismus gehörte 1945 zu den Gründern der Hamburger FDP. Von 1954 bis 1961 war sie Mitglied des Senats und anschließend bis 1965 Abgeordnete des Bundestages. Die Politikerin wurde 1972 von ihrem Hamburger FDP-Landesverband zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Heute lebt Frau Kiep-Altenloh zurückgezogen in einem Elbvorort.

ERNENNUNG

Professor Dr. **Heinz Spiess**, Direktor der Pädiatrischen Universitäts-Poliklinik in München, wurde zum neuen Präsidenten des „Deutschen Grünen Kreuzes" gewählt. Sein Vorgänger Professor Dr. Joachim Wüstenberg, langjähriger Direktor des Hygieneinstituts in Gelsenkirchen, gab nach 14 Jahren sein Präsidentenamt ab. Professor Spiess ist dem Grünen Kreuz seit vielen Jahren eng verbunden. So auch durch die alle zwei Jahre in München stattfindenden „Virus-Kongresse" des Grünen Kreuzes und der „Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung von Viruskrankheiten". Das Deutsche Grüne Kreuz ist eine gemeinnützige und unabhängige Organisation zur Förderung der Gesundheitsvorsorge, der Gesundheitsaufklärung und der Sicherung des Menschen gegen Unfälle und Schäden aller Art. Gegründet wurde das Grüne Kreuz 1950 in Marburg.

AUSWÄRTIGES AMT

Eine politische Vier-Länder-Tournee *durch Afrika* unternimmt ab kommenden Sonntag **Jürgen Möllemann**, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und FDP-Politiker. Jürgen Möllemann reist nach Senegal, nach Guinea und Gambia und nach Cap Verde. Geplant sind Gespräche *unter anderem* mit Senegals Staatschef **Abdou Diouf** und Außenminister **Moustapha Niasse**, mit Guineas Präsident **Sekou Touré** und dem gambischen Staatschef **Dauda Jawara**. Entwicklungshilfeprojekte, Goethe-Institute, Universitäten und natürlich die neue deutsche Botschaftskanzlei in Senegal stehen auf dem Besichtigungsprogramm. Jürgen Möllemann wird sich im Auftrag von Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** zwei Wochen lang in Afrika aufhalten.

Länder gehen eigene Wege bei Schülerförderung

dpa, Hamburg

Nachdem Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Woche eine Initiative für eine bundeseinheitliche Regelung der Begabtenförderung für Schüler im Bundesrat eingeleitet hat, haben inzwischen eine Reihe von Bundesländern eigene Regelungen erlassen. In Bayern wurden „Richtlinien für die Begabtenförderung" verabschiedet, die vor allem für die Klassen 11–13 von Gymnasien, Fachoberschulen, Berufsfachschulen und Berufsaufbauschulen gelten. Kern der Regelung ist eine monatliche Förderung mit 200 Mark für denjenigen, der „zu den ersten 20 von 100 Schülern derselben Jahrgangsstufe gehört, die von der aufnehmenden Schule aufgrund des Notendurchschnitts in den Zugangszeugnissen ermittelt werden".

Schleswig-Holstein hat dagegen einen Gesetzentwurf beschlossen, der monatliche Hilfen bis zu 150 Mark vorsieht, die am 1. September in Kraft treten sollen, falls der Landtag zustimmt. Förderungen wollen auch das Saarland und Hamburg noch für dieses Jahr beschließen, während Rheinland-Pfalz vom kommenden Schuljahr an eine Begabtenförderung einrichten will. Nur die Länder Nordrhein-Westfalen und Bremen hoffen noch auf eine bundeseinheitliche Regelung.

Anonyme Drohbriefe mit Arsen an SPD

dpa, Wiesbaden

Mit anonymen Drohbriefen, denen jeweils eine kleine Menge Arsen beigelegt war, haben unbekannte Täter versucht, von der SPD in Bonn, Wiesbaden und Saarbrücken eine Million Mark zu erpressen. In den Schreiben, die nach Auskunft des Landeskriminalamtes (LKA) in Wiesbaden bereits vor einigen Wochen eingegangen sind, seien Anschläge auf SPD-Politiker angedroht worden.

Die fotokopierten Schreiben sollen von einer Organisation mit dem Namen „Aktion gegen Links und Rechts" versandt worden sein. Darin wird der SPD vorgeworfen, sie habe die Wirtschaft ruiniert, Massenarbeitslosigkeit verursacht und wolle nun die Bundesrepublik Deutschland an den „Osten verkaufen". Der erste Brief war am 14. Juli bei der SPD-Landtagsfraktion in Wiesbaden eingetroffen. Ihm war nach Mitteilung des LKA „ein Kaffeelöffel voll Arsen" beigefügt worden. Gleichlautende Briefe erhielten auch die SPD-Geschäftsstellen in Bonn und Saarbrücken.

Stoltenbergs Konzept im Bundesrat in Gefahr

Unions-Stimmen gegen Kürzung des Mutterschaftsgeldes

GISELA REINERS, Bonn

So ganz sicher ist es noch nicht, daß die von der Regierung beschlossene Kürzung von Mutterschaftsgeld und -urlaub auch in Kraft treten wird. Denn der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat angekündigt, daß sein Land im Bundesrat dagegen stimmen wird. Dabei wird sich Bayern auf jeden Fall vereint finden mit den vier SPD-regierten Ländern, die diese Kürzung ebenfalls ablehnen.

Von den Ländern Baden-Württemberg und Niedersachsen ist bekannt, daß sie mit großer Skepsis der Einschränkung dieser familienfreundlichen Leistungen gegenüberstehen. Es könnte also zu einer Front der Ländervertretung kommen, die quer durch Regierung und Opposition verläuft.

Zwar ist das vom Kabinett verabschiedete Gesetzesvorhaben nicht zustimmungspflichtig, doch käme die Wirkung einem politischen Fanfarenstoß gleich. Die Regierung müßte es sich überlegen, ob sie ein Gesetz durchbringen will, daß auch von unionsregierten Bundesländern offen bekämpft wird.

Die Ankündigung des CSU-Chefs war auf dem Parteitag etwas untergegangen in seiner Ankündigung eines Konzepts zur Familienpolitik. Danach soll das jetzt gezahlte Kindergeld ersetzt werden durch ein kräftiges Mutterschaftsgeld, das erst vom dritten Kind an ergänzt wird durch ein Kindergeld in der schon jetzt gezahlten Größenordnung (200 Mark). Das Mutterschaftsgeld soll nach den Strauß-Plänen beim ersten Kind für ein Jahr 670 Mark betragen (doppelter Sozialhilfe-Satz); beim zweiten und dritten Kind soll dieser Betrag zwei beziehungsweise drei Jahre lang überwiesen werden. Eine Wahlmöglichkeit ist vorgesehen: Die Familie kann statt dessen auch bis zum 16. Lebensjahr des Kindes ständig wiederkehrende Leistungen beziehen.

In Niedersachsen wird für Anfang August ein Kabinettsbeschluß darüber erwartet, wie sich das Land im Bundesrat verhalten will. Für das Vorgehen von Strauß scheinen Sympathien vorhanden zu sein, denn da das Land schon ein „Babygeld" von 1000 Mark pro Kind als Scheck aus der eigenen Kasse zahlt, ist man von den Kürzungen Bonns „nicht begeistert". In Baden-Württemberg steht ebenfalls ein Kabinettsbeschluß an.

Bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen haben die sechs unionsregierten Länder ein Stimmenübergewicht von 26 zu 15 Stimmen der SPD-regierten Länder. Entscheidungen müssen mit absoluter Mehrheit getroffen werden: 21 Stimmen. Außer Bayern, das fünf Stimmen hat, müßte noch ein Land gegen die Streichung votieren, dann wäre Finanzminister Stoltenbergs Sparkonzept in Gefahr.

SPD plant Alternative

Frau Fuchs kündigt eigenes Rentenkonzept an

Rei. Bonn

Die SPD-Oppositionsfraktion wird bei der parlamentarischen Beratung der die Sozialpolitik betreffenden Haushaltsbegleitgesetze das Gesamtpaket ablehnen und ein eigenes Rentenkonzept vorlegen. Das kündigte gestern die Sozialexpertin der Fraktion, Anke Fuchs, in Bonn an. Ein erster Antrag werde dabei sein, daß die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg wieder für Arbeitslose den vollen Beitrag zur Rentenversicherung entrichte. Dadurch kämen die 5 Milliarden zusammen, die Arbeitsminister Blüm jetzt in der Rentenkasse fehlten.

Frau Fuchs kritisierte ebenso wie ihr Fraktionskollege Eugen Glombig den Arbeitsminister, der „mindestens so konservativ" sei wie Finanzminister Stoltenberg, „nur mit einer sozialen Masche". Wenn man die geplanten Änderungen betrachte, so die SPD-Abgeordnete Renate Schmidt, so könne man daraus nur schließen, daß sich Arbeit für Frauen nicht mehr lohnen soll. Sie würden im Rentenrecht schlechter gestellt und müßten Abstriche bei Mutterschaftsgeld und -urlaub hinnehmen.

Nach den Worten von Frau Fuchs ist die SPD zwar grundsätzlich so wie die Regierung der Meinung, daß die Renten sich wie die Arbeitseinkommen entwickeln müßten und daß die verschiedenen Systeme der Alterssicherung einer Harmonisierung bedürften, doch werde man dazu eigene Vorschläge machen. Schließlich gehe es darum, soziale Gerechtigkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu wahren.

Zweifel in Washington über Bonn

■ Fortsetzung von Seite 1

dann noch erlaube, die NATO-Strategie glaubwürdig zu erhalten, für ihn zweitrangig sei.

Gerade diese Frage jedoch steht für Wörner und seine zivilen und militärischen Berater im Verteidigungsministerium im Mittelpunkt der Überlegungen. Nicht anders denken die Verantwortlichen in der Regierung Reagans. Das war im Sommer 1982 maßgebend für die Weisung an den Genfer US-Unterhändler Nitze, die Formel vom „Waldspaziergang" mit seinem sowjetischen Gegenüber in dieser Form nicht mehr zu vertiefen. Der Moskauer Unterhändler Kwisinski lehnte allerdings von sich aus sofort zu Beginn der nächsten offiziellen Verhandlung nach dem „Waldspaziergang" die Formel im Auftrag seiner Regierung brüsk ab.

In Washingtons verantwortlichen Regierungskreisen folgt man dem Konzept von Verteidigungsminister Weinberger, der vor seinem letzten Bonn-Besuch gegenüber der WELT die Pershing-2-Raketen als unverzichtbar bezeichnet hatte. Auch Weinbergers Kollege im State Department, Shultz, hält diese Linie ein. Offenbar stimmt in Bonn derzeit lediglich der Verteidigungsminister mit dieser Position eindeutig überein.

Vor Antritt seiner Reise nach Washington war Wörner mit dem Kanzler zusammengekommen. Obwohl kurz vorher Genscher in einem Interview mit der „Deutschen Welle" gesagt hatte, daß „in Richtung auf die Ergebnisse des Waldspaziergangs zu denken ... einen Ausweg gezeigt" hätte, versicherte Kohl dem Verteidigungsminister in diesem Gespräch dem Vernehmen nach, der „Waffenmix" aus Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen bleibe unantastbar. Dadurch gestärkt, trat Wörner in Washington mit dieser Botschaft auch öffentlich immer als „Vertreter der Bundesregierung" auf.

Doch Kohl selbst machte Wörners Beruhigungsmission gegenüber der US-Regierung zunichte, indem er der „Washington Post" zu Protokoll gab: Er bedaure sehr, daß die Formel vom „Waldspaziergang" in Genf „nicht tief genug ausgelotet" worden sei.

In Bonn hieß es dazu, Kohls und Genschers Äußerungen hätten in Washington das Mißtrauen gegenüber der Zuverlässigkeit der neuen Bundesregierung in dieser entscheidenden sicherheitspolitischen Frage stark wachsen lassen. Man könne nun nicht mehr genau beurteilen, ob Bonn „steht".

NATO über angesagte Störungen befremdet

Gezielte Indiskretionen durch Düsseldorfer Behörden?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In der NATO ist mit Befremden zur Kenntnis genommen worden, daß die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen Störungen voraussagen, wenn von Ende August bis Ende September amerikanische Manöversoldaten auf dem Flughafen von Düsseldorf landen. Die Soldaten werden nonstop aus Texas eingeflogen und sollen die schon in Europa befindlichen US-Truppen verstärken.

Berichten der nordrhein-westfälischen Lokalpresse konnten die NATO-Kommandobehörden jetzt entnehmen, daß der Düsseldorfer Regierungspräsident Joachim Rohde für den Fall der amerikanischen Truppenlandungen in Düsseldorf Aktionen militanter antiamerikanischer Gruppen voraussagt. Er wurde mit dem Satz zitiert, die Sicherheitslage sei „nicht berechenbar". Nach in der NATO kursierenden Berichten hat der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner verlangt, den Flughafen Düsseldorf den Amerikanern für Manöverzwecke nicht zur Verfügung zu stellen.

Wie zu dem Vorgang von alliierter Seite verlautet, wird nicht daran gedacht, die Landungspläne in Düsseldorf zu ändern. Auch in Spannungszeiten müßten US-Verstärkungstruppen möglicherweise in Düsseldorf oder auf einem beliebigen anderen deutschen Flughafen landen. Es sei die Pflicht der örtlichen deutschen Polizeibehörden, die Sicherheit der anlandenden Truppen vor Randalierern zu gewährleisten. Es werden in der NATO allerdings Befürchtungen laut, daß es hierbei auch um politische Grundüberzeugungen gehe. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Krawalle während des Krefeld-Besuchs von US-Vizepräsident Bush, die auch nicht verhindert worden seien.

Offiziell hüllen sich die alliierten Kommandobehörden über die Angelegenheit in Schweigen. Privat aber wird der Vorwurf geäußert, die Düsseldorfer Behörden hätten den Vorgang über den Weg der gezielten Indiskretion absichtlich hochgespielt. Die Drohung mit militanten Störern sollte herhalten, um die Landung amerikanischer Soldaten zu verhindern.

Insgesamt sollen über einen Zeitraum von vier Wochen rund 3000 amerikanische Soldaten in Düsseldorf landen, bis zu vier „Starlifter"-Transportmaschinen an einem Tag. In jedem Flugzeug werden etwa 110 Soldaten mit ihrem Gepäck sitzen. Für den Flughafen stellt diese zusätzliche Belastung nach Ansicht von Experten kein größeres Problem dar. Im übrigen müsse sich Düsseldorf damit abfinden, sich übergeordneten Notwendigkeiten zu beugen.

„Sowjets drohen Israel"

Shamir und Arens beraten in Washington über Libanon

AFP/AP/rtr, Tel Aviv/Beirut

Falls die Israelis Syrien oder die in Ostlibanon stationierten syrischen Raketenstellungen angreifen, würde die Sowjetunion mit aller Härte reagieren. Diese Drohung hat, wie der Abgeordnete der israelischen Arbeiterpartei Aron Harel nach einem Moskau-Aufenthalt in Jerusalem erklärte, der stellvertretende Vorsitzende des sowjetischen Friedenskomitees, Jurij Primakow, ausgesprochen. Primakow habe allerdings nicht gesagt, welcher Art diese Reaktion wäre, und habe auch die Möglichkeit einer unmittelbaren Konfrontation zwischen Israelis und den in Syrien stationierten sowjetischen Militärberatern nicht erwähnt.

Israels Ministerpräsident Begin hat Außenminister Yitzhak Shamir und Verteidigungsminister Moshe Arens nach Washington entsandt. Vor der Abreise betonte Shamir, die Mission gelte der „Suche nach einer Lösung der Libanon-Krise".

In Libanon hielten gestern die Kämpfe rivalisierender Gruppen innerhalb der PLO an. Die syrischen Truppen griffen ein, um die Waffenruhe wiederherzustellen.

Der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel hat seinen Besuch der USA und Frankreichs abgeschlossen und ist gestern nach Beirut zurückgekehrt. Gemayel hatte mit Präsident Reagan und Präsident Mitterrand konferiert.

Drei Menschen kamen gestern in der islamischen Universität von Hebron ums Leben, als maskierte Terroristen blind um sich schossen. Es gab 40 Verletzte. Ein Armeesprecher in Jerusalem bestätigte den Zwischenfall.

Steinkühler für „Friedensstreik" am 19. Oktober

AP, Stuttgart

Der Stuttgarter Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall, Franz Steinkühler, hat die Arbeitnehmer der Bundesrepublik aufgefordert, am 19. Oktober die Arbeit zehn bis 15 Minuten lang ruhen zu lassen. In allen Fabriken, Verwaltungen und Verkehrsbetrieben sollten an diesem Tag die „Räder stillstehen", um der über 60 Millionen Toten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, sagte er gestern in Stuttgart. Dies solle zugleich eine „Warnung an die verantwortlichen Politiker sein, keine Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik aufzustellen". Die Friedenssicherung sei „ein zentrales Ziel der Gewerkschaften".

Steinkühler sprach die Hoffnung aus, daß diese Vorstellungen im September vom Bundesvorstand des DGB beschlossen werden. Höhepunkte des gewerkschaftlichen Kampfes um Frieden und Abrüstung seien der Antikriegstag Anfang September und die geplante Großveranstaltung der Friedensinitiativen am 22. Oktober in Stuttgart.

ÖTV gewann Prozeß gegen US-Armee

AP, Stuttgart

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat einen Prozeß vor einem Arbeitsgericht gewonnen, den sie gegen die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik angestrengt hatte. Die 2. Kammer des Arbeitsgerichts Bonn entschied, daß die einseitige Notdienst-Verpflichtung der Wachmänner durch die US-Armee rechtswidrig ist und die Amerikaner damit „in das nach Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes geschützte Recht der Gewerkschaft auf Streik eingegriffen" haben.

Allerdings besteht für die ÖTV sowohl nach eigener Einschätzung als auch nach Auffassung des Gerichtes keine Möglichkeit, ihr Recht durchzusetzen: Die deutsche Justiz verfügt nämlich über keinerlei Sanktionen gegenüber den USA. Die ÖTV war vor Gericht gegangen, weil die US-Armee die rund 3000 bei ihr beschäftigten zivilen deutschen Wachmänner im Frühjahr dieses Jahres durch Notdienst-Verpflichtung daran gehindert hatte, für bessere Arbeitsbedingungen und eine qualifiziertere Ausbildung zu streiken. (AZ: Arbeitsgericht Bonn 2 Ca 16/83.)



Kein klares Konzept

HH – Da flattert der Bundesregierung undeutlicher Rat aus Paris ins Haus: Die angesehene Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist mit dem Bonner Wirtschaftskurs zufrieden, aber nur „im Prinzip". Haushaltskonsolidierung ist richtig und soll so weitergehen, Lohnzurückhaltung ebenfalls – verbunden mit einem Kompliment für die Gewerkschaften. Doch dann kommt die Angst vor der eigenen Courage: Vielleicht könnte es dieser neue Finanzminister mit dem Sparen wirklich ernst meinen und die Konjunktur abwürgen? Also rät die OECD vorsichtshalber, die – nach Bonner Vorstellungen voraussichtlich 1987 geplante – Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vorzuziehen.

Doch zur Finanzierung dieser Einnahmeausfälle, die für Bund und Länder in jedem Fall auf einen zweistelligen Milliardenbetrag zu veranschlagen sind, fehlt jeder Hinweis. Also doch nicht konsolidieren? Nein, bitte doch, heißt es ungemein deutlich. Aber der Zusatz, daß man in Paris die „vertrauensbildende Wirkung" des Abbaus der Staatsdefizite nicht so hoch einschätze wie in Bonn, läßt die Schlußfolgerung zu, daß die Reform der Lohn- und Einkommensteuer durch Hinnahme einer höheren Neuverschuldung finanziert werden sollte.

Diese Reform ist überfällig und sollte bald in Angriff genommen werden. Aber Haushaltskonsolidierung – das heißt noch auf Jahre kein Schuldenabbau, sondern allmähliche Verringerung der Neuverschuldung – ist auch wichtig. Man kann den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Weg kritisieren, aber man muß schon ein schlüssiges Konzept vorlegen. Daran hat es die Pariser Behörde fehlen lassen. Vielleicht kann sie ihren Rat noch verdeutlichen. Das käme der Wirkung ebenso wie ihrem Ansehen zugute.

Reformversuche

vl. – Auf den ersten Blick könnte man glauben, der Geist Libermans schwebe über den neuen Wirtschafts-„Reform"-Versuchen der UdSSR. Aber der Marxismus glaubt an keinen Geist, und die Pläne des Professors aus Charkow vom Jahr 1964, der Wirtschaft mehr Selbständigkeit zu verschaffen, kehren nicht wieder. Nicht, solange die Partei dabeibleibt, daß es außer ihr keine Götter geben kann. Jetzt sollen in verschiedenen technischen Bereichen die „Produktionsvereinigungen" bei der Ausarbeitung der Pläne stärker eingeschaltet werden und, vor allem, man will wieder einmal das Prämiensystem stärken und überhaupt eine „enge Abhängigkeit zwischen Gehältern und Betriebsergebnissen" schaffen. Doch was nützt das alles, solange weiter nach Plan und nicht nach Markt produziert wird, also die Quantität (der Sollerfüllung) und nicht die Qualität das Maß aller Dinge ist? Ob das System reformfähig ist, mag weiter diskutiert werden. Daß der System-Intimkenner Andropow nicht fähig ist, wirkliche Reformen durchzusetzen, hat er mit dieser wertlosen Kompromiß-Augenwischerei bewiesen.

STAHL / Lambsdorff zufrieden, aber Kritik an Italien – Klöckner kooperativ

System der EG-Produktionsquoten wurde nur um sechs Monate verlängert

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Nur halb verwirklicht hat die EG-Kommission ihre Absicht, der europäischen Stahlindustrie für längere Zeit stabile Preise zu sichern. Alle Mitgliedsregierungen sind sich zwar über die Notwendigkeit einig, das geltende System obligatorischer Produktionsquoten bis Ende 1985 beizubehalten. Grünes Licht erhielt die Kommission jedoch wegen harten italienischen Widerstands vorerst nur für einen Zeitraum von sechs Monaten.

Das karge Ergebnis 16stündiger Beratungen der Wirtschafts- und Industrieminister spiegelt die Schwierigkeit wider, den Italienern im gegenwärtigen Zeitpunkt substantielle Zugeständnisse abzuringen. Obwohl Rom bei dem bisherigen Quotensystem nach dem Urteil der EG-Partner keineswegs schlecht weggekommen ist, wollte es sich unter keinen Umständen in eine längerfristige Gemeinschaftsdisziplin einbinden lassen.

Im Schlußkommuniqué heißt es daher lediglich, alle Mitgliedstaaten hätten „anerkannt, daß es unerläßlich ist, das System nach Artikel 58 (des Montanvertrages) für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren als Begleitmaßnahme zur Durchführung der Umstrukturierung anzuwenden". Zugleich erteilte der Rat seine Zustimmung zur konkreten Anwendung der Quotenregelung, jedoch nur bis zum 31. Januar 1984.

Die Diskussion über die Dauer des *Krisenmechanismus hatte alle* anderen Aspekte der künftigen Ordnung des Stahlmarktes in den Hintergrund gerückt. Die meisten Delegationen teilten die Ansicht von EG-Vizepräsident Etienne Davignon, daß allein die Unsicherheit über das Fortbestehen des Zwangskartells bereits zu empfindlichen Preiseinbrüchen geführt habe.

Wünsche nach zusätzlichen Quoten wurden deshalb durchweg zurückgestellt. Immerhin gelang es offenbar einigen Regierungen, zusätzliche Produktionsmöglichkeiten für ihre Unternehmen herauszuholen. Über den Umfang dieser Quotenaufstockungen und -verschiebungen war gestern in Brüssel kein genauer Aufschluß zu bekommen. Davignon sprach von rund 400 000 Tonnen.

Allein in deutschen Kreisen wurde eine Quotenaufstockung von rund 500 000 Tonnen genannt. Ein Teil davon soll jedoch davon abhängig gemacht worden sein, daß die Firma Klöckner ihre Außenseiterrolle aufgibt und die ihr zugeteilten Quoten künftig einhält.

Fest steht, daß die Kommission über eine gewisse Marge verfügt, da die bisherige „Reserve" von 3 Prozent der Gesamtquote aufgelöst werden soll. Sie will ihre (nicht *national*, sondern nach Unternehmen berechneten) Quoten am Donnerstag endgültig festlegen.

Der Klöckner-Stahlkonzern, unter Mißachtung der „Erdrosselungsquoten" für seine große Bremer Flachstahlhütte inzwischen (mit Meilenabstand hinter Thyssen) zweitgrößter deutscher Stahlproduzent, signalisiert Bereitschaft zur Rückkehr in den „quotentreuen" Verbandsschoß. Mit Quotenzukauf könnte man vielleicht die Bremer Auslastung um den noch fehlenden und zum Überleben notwendigen Rest verbessern.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff äußerte sich mit Einschränkung zufrieden zu den Vereinbarungen. Bei den Stahlquoten habe man „präzise das erreicht", was man sich mit der deutschen Industrie am Sonntag vorgenommen habe. Lambsdorff erwartet ebenfalls, daß Klöckner wieder „ins System zurückkehrt" und wieder Mitglied der Wirtschaftsvereinigung sowie von Eurofer wird. Lambsdorff sprach von einer „europapolitisch deprimierenden Veranstaltung", wenn man sich an den Stuttgarter Gipfel erinnere. Dort habe man mit der Genscher/Colombo-Erklärung die Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen einleiten wollen, und ausgerechnet Italien habe jetzt eine Merheitsentscheidung verhindert und alles in Frage gestellt, was in Stuttgart vereinbart worden sei.

Unter dem Vorbehalt eines Erfolges zur Lösung des diffizilen Bremer Quotenproblems bekräftigt der Konzern, nachdem ihn Hoesch und Salzgitter als (dennoch sinnvollen) Fusionspartner ablehnten, seine „notgedrungen Alleingang"-Lösung für die Bremer Hütte: Verzicht auf Blockbrammenguß, Ausbau beim Strangguß und per saldo bei weiterhin knapp 3 Mill. t Rohstahlausstoß pro Jahr Arbeitsplatzreduzierung um ein Fünftel auf noch gut 5000 Leute.

Seite 2: Wieder steckengeblieben

IFO-KONJUNKTURTEST

Entwicklung wird wieder optimistischer beurteilt

DANKWARD SEITZ, **München**

Sowohl in der Industrie als auch im Handel hat sich die Zuversicht über die weitere konjunkturelle Entwicklung im Juni wieder deutlich verbessert. Lediglich im Bauhauptgewerbe hat der Optimismus bei den Geschäftserwartungen für das nächste halbe Jahr nach den Feststellungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, erneut nachgelassen.

Die Besserung des Gechäftsklimas im verarbeitenden Gewerbe, die im Herbst 1982 begonnen hatte, aber im Frühjahr ins Stocken geraten war, beruht offensichtlich nicht nur auf dem tatsächlich günstigeren Geschäftsverlauf im Juni, sondern auch auf einer merklichen Zunahme der Auftragseingänge. Bei verstärkter Produktionstätigkeit haben sich die Auftragsbestände, die überwiegend nach wie vor als zu klein gelten, auf dem Vormonatsstand behauptet. Nach den Produktionsplänen haben die wachstumshemmenden Einflüsse an Gewicht verloren.

Getragen wird diese Beurteilung überwiegend vom Gebrauchsgüterbereich und den Verbrauchsgüterherstellern. Im Investitionsgüterbereich zeigt sich dagegen nach den Feststellungen des Ifo noch kein eindeutiger Zug zum Positiven. Während die Pkw-Industrie und die Elektronik recht optimistisch sind und im eingeschränkten Maße auch die Bekleidungshersteller sowie der Möbelsektor, sind die Erwartungen im Maschinenbau *eher gedämpft und im* Stahl- und Leichtmetallbau sogar verstärkt pessimistisch.

Im Groß- und Einzelhandel hat das Geschäftsklima in praktisch allen Sparten, so das Ifo, die besten Werte seit langer Zet erreicht. Zum einen resultiert dies daraus, daß im Juni sich der Absatz stärker belebt hat, als von den Firmen erwartet worden war. Zum anderen sind die Vorjahresumsätze stärker als im Mai 1983 übertroffen worden.

Dem Versandhandel gelang es in den letzten Monaten, seinen Rückstand in der Umsatzentwicklung gegenüber dem stationären Einzelhandel aufzuholen. Am besten fielen im Juni die Urteile der Verbrauchermärkte zur derzeitigen Geschäftssituation aus. Auch im Warenhausbereich überwogen nach der Unterbrechung im April und Mai wieder die positiven Stimmen.

Auf der Preisseite werden sich den Erwartungen zufolge in den nächsten Monaten trotz der Mehrwertsteuer-Erhöhung kaum Veränderungen ergeben. Im Großhandel, wo sich der Lagerdruck leicht abgeschwächt hat, werden nur unwesentliche *und im Einzelhandel* schwache Preisanhebungen von unter zwei Prozent erwartet.

Für das Bauhauptgewerbe berichtet das Ifo zwar von einem weiteren *konjunkturellen* Produktionsanstieg und einer um zwei Punkte auf 54 Prozent verbesserten Kapazitätsauslastung, aber erneut verschlechterten Geschäftserwartungen. Dies gilt selbst für den Wohnungsbau und gewerblichen Bau, wo sich die tendenzielle Verbesserung der Geschäftslage auch im Juni noch fortgesetzt hat. Insgesamt *habe sich nämlich* durch die verstärkte Bautätigkeit die Reichweite der Auftragsbestände verringert.

Tauziehen um Arbeitszeit

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das Tauziehen um die Erneuerung des vor 18 Monaten abgelaufenen Tarifabkommens in der privaten *italienischen Metallindustrie* ist nach einem Monate dauernden Schlichtungsversuch des christlich-demokratischen Arbeitsministers Vincenzo Scotti mit einem Nein der Arbeitgeber zu Ende gegangen. Gescheitert sind die Verhandlungen an der Weigerung der Unternehmer, Arbeitszeitverkürzungen ohne angemessene Gegenleistungen auf der Seite der Produktivität und der innerbetrieblichen Flexibilität zu gewähren. Konkret ging es dabei vor allem *um zusätzliche Überstunden* neben den heute maximal 210 Stunden Arbeitszeit. Während die Unternehmer auf mindestens 80 Stunden bestanden, waren die Gewerkschaften nur bereit, weniger als die Hälfte davon zuzugestehen.

Das Problem der Arbeitszeitverkürzung liegt damit jetzt auf dem Tisch des designierten Ministerpräsidenten, des Sekretärs der Sozialistischen Partei, Bettino Craxi. Auf ihn werden sich die Pressionen der Arbeitnehmerorganisationen konzentrieren. Ihm fällt die unangenehme Aufgabe zu, schon in dieser ersten Phase der Regierungs- und Programmbildung eine klare Stellung in der Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern zu beziehen.

Die Unternehmer haben diesen Entscheidungszwang nicht zufällig herbeigeführt. Auf dem Terrain der Arbeitszeitverkürzung und der innerbetrieblichen Flexibilität wird es sich nämlich in erster Linie erweisen, ob die sozialistischen Bekenntnisse zu mehr Effizienz und Produktivität nur leere Schlagworte sind oder hinter ihnen wirklich der Wille steht, die italienische Wirtschaft auf Betriebsebene von den Fesseln zu befreien, die ihr das Leben am Weltmarkt schwermachen.

Daß in den letzten Monaten gerade die Tarifabkommen in den Bereichen der privaten *Metallindustrie* und der Textil- und Bekleidungsindustrie nicht erneuert wurden, hat seinen guten Grund. Bei diesen Branchen handelt es sich nicht nur um die zahlenmäßig stärksten Produktionszweige der italienischen Industrie, sondern auch um die Bereiche, in denen die gewerkschaftlichen Daumenschrauben seit dem Ende der 60er Jahre am stärksten angezogen wurden. In beiden Bereichen ist die effektive Arbeitszeit die niedrigste in der ganzen Europäischen Gemeinschaft.

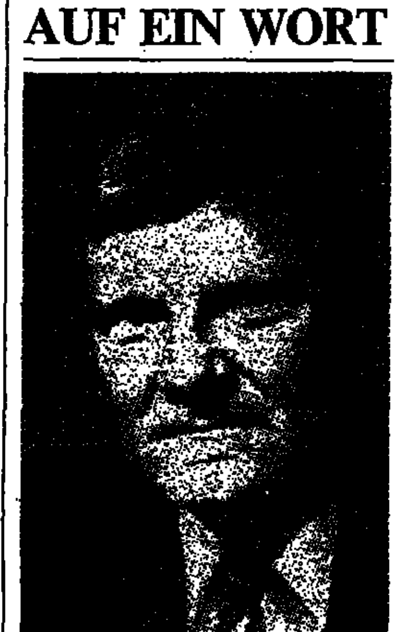
Nicht die Arbeitskosten pro Stunde sind es, die den italienischen Unternehmern in der Metall- und *Textilindustrie die großen* Sorgen bereiten, wohl ehrr die Lohnstückkosten. Das betrifft hauptsächlich die Großunternehmen der beiden Bereiche, in denen die institutionalisierte Macht der gewerkschaftlichen Betriebsräte am stärksten etabliert ist. In Italien werden die Lohnstückkosten nach Berechnungen des römischen Wirtschaftsforschungsinstituts CER, das von dem sozialistischen Partei-Wirtschaftsstrategen Giorgio Ruffolo geleitet wird, im laufenden Jahr um durchschnittlich 10,5 Prozent gegenüber 1982 zunehmen, im Vergleich zu einem OECD-Mittel von nur 3,5 Prozent. Das heißt, daß die Lohnstückkosten – einmalig in der westlichen Industriewelt – weiter mit einer zweistelligen Zahl zunehmen, während es allen anderen Konkurrenten gelungen ist, das Wachstum drastisch herabzusetzen.

Unternehmerschätzungen zufolge hätte die Kürzung der Jahresarbeitszeit um 40 Stunden, wie sie im Lohnkostenabkommen vom 22. Januar dieses Jahres festgelegt und wie sie auch von dem ministeriellen Textentwurf zur Erneuerung des Tarifabkommens in der Metallindustrie übernommen wurde, ohne Korrekturmöglichkeiten durch Überstunden und andere innerbetriebliche Flexibilität eine zusätzliche Kostenmehrbelastung von über *zwei Prozent* bedeutet. In den Augen der Arbeitgeber zuviel, um sich in einer Phase scharfen internationalen Wettbewerbs am Markt behaupten zu können.

Die Gewerkschaften und insbesondere die christlich-demokratische CISL, die die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gegen anfänglichen Widerstand aus den Reihen der Schwesterorganisationen als erste erhob, werden sich jetzt über alle Drohgebärden hinaus neue Vorschläge einfallen lassen müssen, um mit den Arbeitgebern wieder ins Gespräch zu kommen. Zeit zum Nachdenken haben sie. Die italienische Metallindustrie geht ab 1. August mit dem Beginn der Betriebsferien in fast allen großen und mittleren Unternehmen erst einmal einen Monat lang in Urlaub.

Danach werden auch die neue Regierung voll im Amt und die Programmrichtlinien vorhanden sein, um auf veränderter Grundlage die entscheidenden Weichen auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsflexibilität zu stellen.

AUF EIN WORT



„Das wichtigste Unternehmensziel ist weder Umsatzplus noch Gewinnmaximierung, das wichtigste Unternehmensziel heißt: Überleben!"

Dr. Helmut Wagner, Vorstandsvorsitzender der Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken

FOTO: DIE WELT

Paris plant neue Sondersteuer

AFP, **Paris**

Die französische Regierung erwägt nach Angaben aus gut informierten Quellen für das Jahr 1984 die Einführung einer zusätzlichen Steuer von zwei Prozent der Bruttoeinkommen. Dadurch sollen über 40 Milliarden Franc zusätzlich in die Staatskasse fließen, die zur Deckung des Defizits der Sozialversicherungsträger und der öffentlichen Hände benötigt werden. Die neue Steuer soll die in diesem Jahr eingeführte einmalige Sondersteuer von einem Prozent der zu versteuernden Nettoeinkommen ablösen, von der zudem 7,5 Millionen Bezieher kleiner Einkommen ausgenommen waren. Von der neuen Steuer sollen sämtliche Löhne und Gehälter ohne Ausnahmen für Bezieher kleiner Einkommen, die Einkommen aus Kapitalanlagen sowie Renten, Pensionen, Arbeitslosengelder und Krankentagegelder betroffen werden.

PKW-NEUZULASSUNGEN

Golf und Kadett im ersten Halbjahr an der Spitze

dpa/VWD, ***Flensburg***

Die meisten der im ersten Halbjahr 1983 in der Bundesrepublik und Berlin fabrikneu zugelassenen 1,4 Millionen Pkw kamen von VW und Opel. Entsprechend führen die Mittelklassewagen VW Golf mit über 120 000 Erstzulassungen (Vorjahresergebnis 119 000) und Opel-Kadett mit mehr *als 116 000* (107 000) Einheiten das Feld der Neuanmeldungen an. Das geht aus einer vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Flensburg veröffentlichten Statistik hervor.

Außer den französischen Marken Renault und Talbot erzielten alle Auto-Produzenten teilweise kräftige *Zuwächse auf dem deutschen* Markt. Spitzenreiter bleibt der VW-Konzern, der zusammen mit Audi fast 405 000 Neuwagen in der Bundesrepublik absetzte. Das entspricht einem Anteil von *28,8 (30,1)* Prozent. Opel rangiert mit einem von 18,9 auf 19,6 Prozent verbesser*ten Anteil an zweiter Stelle der* Neuzulassungen des ersten Halbjahres. Ford stellt 12,2 (10,9) Prozent, Daimler-Benz 9,4 (10) Prozent und BMW 6,4 (5,9) Prozent an Erstanmeldungen.

Nach Golf und Kadett hat sich unter den Pkw-Modellen der Ford Sierra mit fast 61 000 Erstzulassungen eine hervorragende Position bei den deutschen Neuzulassungen erobern können. Einen guten Absatzzuwachs dürfen sich auch die japanischen Hersteller zuschreiben, die im ersten Halbjahr 1983 auf 9,7 (8,9) Prozent der Gesamtzulassungen kamen. Insgesamt stammten von ausländischen Herstellern 25,6 Prozent (24,7 Pro*zent) der neuen Pkw.*

Der Handel mit gebrauchten Kraftfahrzeugen hat einen Rekord erreicht. Im ersten Halbjahr 1983 wurden 3,23 Millionen Umschreibungen von „*fahrbaren Untersätzen*" registriert, 6,9 Prozent mehr als in der ersten Vorjahreshälfte.

STEUEREINNAHMEN

Der Anteil der direkten Steuern erhöht sich weiter

HEINZ HECK, **Bonn**

Nach Einschätzung der Bundesregierung werden sich die Zuwachsraten der sechs wichtigsten direkten Steuern bis 1987 wie folgt entwickeln (Prozent): Lohnsteuer (als Erhebungsform der Einkommensteuer) plus 48,3, veranlagte Einkommensteuer plus 17,9, Körperschaftsteuer plus 39,9, Gewerbesteuer plus 22,1, Grundsteuern plus 21,3 und Vermögensteuer minus 20,4. Für die sechs wichtigsten indirekten Steuern gibt es folgende Schätzung: Umsatz plus 40,2, Mineralölsteuer plus 6,0, Tabaksteuer plus 20,4, Kraftfahrzeugsteuer plus 12,1, Branntweinabgaben plus 14,5 und Grunderwerbsteuer plus 25,4 Prozent.

Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Häfele, auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Schlatter weiter erklärte, wurden den Angaben die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Juni 1983 zugrunde gelegt, zugleich aber die finanziellen Aus*wirkungen der Regierungsentwürfe* des Steuerentlastungsgesetzes 1984 und des Vermögensbildungsgesetzes berücksichtigt.

Zur Bewertung der Zuwachsraten wird *daran erinnert, daß es bei* der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer zu „statistischen Verzerrungen kommt" (u. a. wird zuviel einbehaltene Lohnsteuer aus den Einnahmen der veranlagten Einkommensteuer zurückerstattet). Das relative Sinken der Vermögensteuereinnahmen sei auf die geplante Senkung und die star*ke Zunahme bei der Umsatzsteuer*, auch auf die am 1. Juli wirksam gewordene Anhebung der Steuersätze zurückzuführen.

Bis 1987 wird sich gegenüber *1980 der Anteil* aller direkten Steuern am gesamten Aufkommen von 58,5 auf 59,1 Prozent erhöhen, der der indirekten von 41,4 auf 40,9 Prozent zurückgehen. Häfele bezeichnet das Verhältnis als „unbefriedigend".

BUNDESBAHN

Dollinger: Entlassungen nicht zu befürchten

GISELA REINERS, **Bonn**

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) hat in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung darauf hingewiesen, daß nicht alle Arbeitsplätze bei der Bundesbahn garantiert werden könnten, wenn sie finanziell gesunden solle. Entlassungsaktionen seien aber nicht zu befürchten. In der gleichen Weise hatte sich am Vortag schon der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Rainer Gohlke, geäußert, *nachdem Vermutungen* laut wurden, die Bahn müsse einen Personalabbau in der Größenordnung von 80 000 Menschen vornehmen.

Di Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamter, Arbeiter und Angestellter (GDBA) hatte daraufhin Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, „mit seiner Richtlinienkompetenz" *für einen „klaren Rahmen"* in der Verkehrspolitik zu sorgen und die Talfahrt der Bundesbahn zu stoppen. In einem Schreiben hatte der GDBA-Bundesvorsitzende Adolf Hartmann an Kohls Feststellung in der Regierungserklärung erinnert, daß die Bahn „unverzichtbar" sei. Doch die Haushaltsansätze der mittelfristigen Finanzplanung machten in erschreckender Weise deutlich, daß die Bahn weitere „existenzbedrohende Substanzverluste" hinnehmen solle. Doch dürfe sich die Bahn-Politik nicht ausschließlich an finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hatte vor einem „Ausverkauf der Bundesbahn" gewarnt, den Verkehrsministerium und Bahnvorstand mit *Planspielen herausforderten.* Die Chancen zu einer grundlegenden verkehrspolitischen Kurskorrektur würden so nach den Worten des stellvertretenden GdED-Vorsitzenden *Rudi Kobilke* verspielt. Nur mehr Verkehrsgut könne zu einer dauerhaften Sanierung der Bahn beitragen.

ENTWICKLUNGSHILFE / Bonn will offene Hilfszusagen kritisch überprüfen

Viele Projekte gelten als überholt

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Bonner Entwicklungsministerium (BMZ) startet jetzt eine Generalrevision der offenen Hilfszusagen. Wie BMZ-Staatssekretär Siegfried *Lengl* gegenüber *der* WELT erklärte, wurde dazu im Hause eine „Sondereinheit" gebildet, der auch Experten zum Beispiel der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (EG) angehören.

Ende 1982 hatte das BMZ offene Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt in Höhe von 27,8 Milliarden Mark. Diese sogenannte „Pipeline" verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche: 14,5 Milliarden Mark Kapitalhilfe, 4,2 Milliarden Mark technische Hilfe, 8,4 Milliarden Mark multilaterale Zusagen und 0,7 Milliarden Mark sonstige Zusagen (überwiegend für die DEG bestimmt). Wie Lengl erklärte, stecken darin zahlreiche Verpflichtungen, die nicht einmal auf bestimmte Projekte festgelegt sind. Auch gibt es Zusagen für Projekte, die von der Entwicklung überholt oder aus anderen Gründen obsolet geworden sind.

Innerhalb etwa eines Jahres will sich die BMZ-Leitung Klarheit über die Realisierungsmöglichkeiten des Bonner Obligos schaffen. Bis dahin soll die Sondereinheit ihre Arbeit abgeschlossen haben. So rasch wie möglich will man mit den Empfängerländern (vor allem zunächst solchen, die hohe Zusagen haben) in Verhandlungen treten, um zu prüfen, wie die Mittel gegebenenfalls für sinnvollere Projekte eingesetzt werden können.

Die Mittelzusagen sollen auf jeden Fall eingehalten werden. Allerdings dürften bei diesen Verhandlungen bereits neue Schwerpunkte gesetzt werden. Lengl nennt die Bildung, speziell Berufsausbildung, und die Ernährungssicherung. Mit diesem behutsam einzuleitenden Kurswechsel soll das Ministerium Spielraum für eine Neuorientierung gewinnen, die angesichts des Zusagenbestands der Vergangenheit sonst auf absehbare Zeit nicht gegeben wäre.

Denn den knapp 28 Milliarden Mark stehen jährliche Abflüsse im Entwicklungsetat von derzeit rund 6,5 Milliarden Mark gegenüber. Die „Erblast" des Ministeriums besteht darin, daß in der Vergangenheit die Verpflichtungsermächtigungen in Erwartung einer etwa zehnprozentigen jährlichen Steigerungsrate des Barmittelabflusses erhöht wurden. Da der Etat in den nächsten Jahren nur um rund drei Prozent jährlich steigt, müßte sich Entwicklungsminister Jürgen Warnke ohne die jetzt in Angriff genommene Projektrevision auf den Vollzug der Zusagen seiner Vorgänger beschränken.

Neuzusagen werden fürs erste ohnehin bescheidener ausfallen, um die Pipeline zunächst einmal zu verkürzen. Bis 1985, so die Einschätzung im Hause, reicht die kritische Zeitspanne. Bis dahin muß versucht werden, den ohnehin beschleunigten Abfluß der Mittel zu strecken.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Keine Mehrbelastungen für den Bundeshaushalt

Bonn (HH) – Die Brüsseler Beschlüsse über den Nachtragshaushalt *1983* haben per saldo keine Wirkungen auf den Bundeshaushalt. Nach Auskunft des Finanzministeriums halten sich Nachzahlungen und Rückflüsse mit je etwa 150 Millionen Mark die Waage. Selbst ein Überschreiten der Brüsseler Ausgaben- und Unterschreiten der Einnahmeansätze könnte sich danach frühestens 1984 auswirken. Auch für den '84er Bundeshaushalt werden nach dem jetzigen Kenntnisstand vom Gemeinschaftshaushalt 1984 keine Belastungen erwartet, *die nicht von der Bundesregie*rung in ihrem Haushaltsentwurf eingeplant wären. Die Zahlungen an Brüssel bis zur Höhe von einem Prozent des Mehrwertsteueraufkommens (*entspricht etwa 9,6 Mil*liarden Mark) seien derzeit zu 96,4 Prozent ausgenutzt, aber vorsorglich zu 100 Prozent in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Banken müssen haften

Frankfurt (rtr) – Für fehlgeleitete Überweisungen müssen Banken auch dann haften, wenn der Absender eines Geldbetrages versehentlich die falsche Kontonummer des Empfängers angegeben hat. Dies hat das Frankfurter Oberlandesge*richt in einem Urteil entschieden*, mit dem eine Bank zur Zahlung von rund 4000 DM verpflichtet wurde. (Aktenzeichen: 17 U 95/82)

Auswirkungen überschätzt

Nürnberg (dpa) – Die durch Firmen-Zusammenbrüche im Bundesgebiet entstandene Arbeitslosigkeit ist nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bisher überschätzt worden. In zwei Modellen sei übereinstimmend ermittelt worden, daß in den vergangenen Jahren „höchstens drei bis vier Prozent" aller neuen Arbeitslosen auf Insolvenzen zurückzuführen waren.

„Behördenprivileg" verneint

Karlsruhe (AP) – Sparkassen dürfen bei der Grundbucheinsicht gegenüber privaten Banken nicht bevorzugt werden. *Diese* Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht auf eine Verfassungsbeschwerde einer bayerischen Privatbank getroffen. Die Bank hatte dagegen geklagt, daß den öffentlich-rechtlich organisierten Sparkassen nach herrschender behördlicher und gerichtlicher Praxis das sogenannte „Behördenprivileg" zugestanden wird. Dieses in Paragraph 43 der Grundbuchverfügung aus dem Jahr 1935 enthaltende Vorrecht bestimmt, daß inländische öffentliche Behörden befugt sind, das Grundbuch einzusehen und Abschriften zu verlangen, ohne ein berechtigtes Interesse – wie sonstige Interessenten – darlegen zu müssen (Aktenzeichen: BVG 1 BvR 1025/79).

Fiat-Manager unter Anklage

Turin (AP) – Gegen die Fiat-Direktoren Giovanni und Umberto Agnelli ist vor einem Gericht in Turin Anklage erhoben worden, weil sie in Spanien produzierte Seat-Fahrzeuge in Italien unter dem Fiat-Markenzeichen verkauft haben sollen. Seat baut Fiat-Typen in Lizenz. Bei einer Verurteilung droht den Fiat-Managern eine einjährige Haftstrafe. Fiat wollte zu der Anklageerhebung keine Stellungnahme abgeben.

EG verhängt Geldbußen

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission hat gegen die Krupp Stahl AG, Essen, und die Hoesch Hüttenwerke AG, Dortmund, Geldbußen in Höhe von 3,05 bzw. 0,735 Millio*nen Mark verhängt. Während* Krupp der Brüsseler Montanbehörde nicht näher genannte Auskünfte verweigert haben soll, wird Hoesch ein Verstoß gegen die Preisvorschriften des EGKS-Vertrags (Artikel 60) zur Last gelegt. Ebenfalls wegen Preisverstößen fordert die Kommission Bußgelder von sechs weiteren EG-Unternehmen. Die Bußgeldforderung der EG-Kommission gegen die Klöckner-Werke AG, Duisburg, werden sich von gegenwärtig 160 Millionen auf 500 Millionen Mark erhöhen. In diesem Sinn äußerte sich EG-Kommissar Etienne Davignon in Brüssel.

Umschuldungsgespräche

Bonn (DW.) – Schuldenprobleme stehen in der südamerikanischen Problemskala weiterhin an oberster Stelle. Die Regierung Ecuadors *wird heute Verhandlungen mit den* im Pariser Club vereinigten 18 westlichen Gläubigerstaaten aufnehmen zur Refinanzierung von 269 Millionen Dollar. Peru bat diese Woche um Tilgungsaufschub der zwischen Mai diesen Jahres und Februar 1985 fälligen öffentlichen Darlehen über eine Milliarde Dollar. Chile wird morgen in New York mit Vertretern von 550 Gläubigerbanken ein Umschuldungsabkommen für die in diesem und im kommenden Jahr fälligen Verbindlichkeiten von 3,3 Milliarden Dollar unterzeichnen.

Fischereistreit geht weiter

Brüssel (dpa) – Die zehn Fische*reiminister der EG verhandelten in* dieser Woche in Brüssel, ohne daß sich bisher an ihren konträren Positionen etwas geändert hat. Dies gilt vor allem für die Aufteilung des Nordsee-Herings unter die Fischfangflotten der Anrainerstaaten. Zu den Problemen gehören außerdem die Quoten-Regelung für die sieben wichtigsten Speisefischarten in dem 200-Seemeilen-Meer rund um die EG, der Zugang zu den Gewässern um Grönland und Strukturbeihilfen zur Modernisierung der griechischen Fischereiflotte.

IWF-Kredite auf Rekordhöhe

Washington (VWD) – Die Rekordsumme von 25,65 Milliarden Dollar *an ausstehenden Stand-by-Krediten* und erweiterten Fazilitäten für insgesamt 42 Länder weist der Internationale Währungsfonds (IWF) per 30. Juni 1983 aus. Von dieser Summe waren bis dahin 15,8 Milliarden Dollar nicht in Anspruch genommen. Die neu zugesagten Kredite und Finanzhilfen an Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten sowie andere Mittelaufnahmen der Mitgliedstaaten beliefen sich in den zwölf Monaten bis zum 30. Juni auf 17,6 Milliarden Dollar.

Verhandlungen eröffnet

Wien (AFP) – Die Verhandlungen über den Verkauf von amerikanischem Getreide an die Sowjetunion wurden am Dienstag in Wien eröffnet. *Die USA verkauften der* UdSSR auf Grund eines Vertrages, der am 30. September 1983 ausläuft, sechs Millionen Tonnen Getreide jährlich. Beobachter vertreten die Auffassung, daß die USA trachten werden, diese Verkaufsmenge zu erhöhen. Bei den Verhandlungen im Oktober hatten die USA der UdSSR eine zusätzliche Lieferung *von 15 Millionen Tonnen* vorgeschlagen.

Neue DM-Auslandsanleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einem Nominalzins von acht Prozent, einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Ausgabekurs von 99 Prozent kommt die 200-Millionen-Mark-Anleihe der Europäischen Investitionsbank (EIB), Luxemburg, unter der Konsortialführung der Deutsche Bank AG an den Markt.

GROSSBRITANNIEN / Programm zur Jugendausbildung

Hoffen auf mehr Lehrstellen

WILHELM FURLER, London

Gleich nach den Sommerferien wird in Großbritannien ein großangelegtes und bereits mit vielen Vorschußlorbeeren bedachtes Programm zur Ausbildung Jugendlicher anlaufen. Das sogenannte „Youth Training Scheme" wurde von der Regierung und unter der Verantwortlichkeit von Arbeitsminister Norman Tebbit entworfen, um endlich der Misere eines völlig unterentwickelten Ausbildungs-Systems ein Ende zu bereiten.

So werden von September an zunächst 460 000 16- bis 17jährige Schulabgänger eine einjährige Ausbildung in Theorie und Praxis erhalten. Diese Art Lehre, die in wesentlichen Zügen der deutschen Lehrlings-Ausbildung nachempfunden wurde, soll sich auf alle Bereiche des Berufslebens beziehen. Berufsschul- und Arbeitsplatz-Ausbildung wechseln alle drei Monate ab.

Für das Programm wendet die Regierung in London schätzungsweise mehr als eine Milliarde Pfund (etwa vier Milliarden Mark) auf. Für jeden Auszubildenden, den ein Unternehmen aufnimmt, erhält es immerhin 1850 Pfund oder 7180 Mark. Den Jugendlichen werden pro Woche 25 Pfund bezahlt. Doch darüber kam es zum Streit.

So hatte die britische Arbeits-Beschaffungskommission (Manpower Services Commission) auf Druck der Gewerkschaftsorganisation empfohlen, die wöchentlichen Lehrlings-Bezüge um 1,45 Pfund anzuheben. Doch der britische Industrieverband CBI machte deutlich, daß etliche Unternehmen sich diese Zusatz-Belastung nicht leisten könnten und daß damit die Zahl der Ausbildungsplätze reduziert würde.

Minister Tebbit hatte nun zu entscheiden, ob er der Empfehlung der Kommission nachkommt und damit riskiert, daß sich die extrem hohe Zahl jugendlicher Arbeitsloser weniger als erhofft verringert, oder ob er es bei der bislang vorgesehenen Zahlung von 25 Pfund beläßt, womit sich die Einstellung der Gewerkschaften gegenüber dem Programm nachteilig verändern dürfte. Doch wie zu erwarten, hat der Arbeitsminister die Erhöhung der Lehrlings-Bezüge blokkiert.

Ihm geht es darum, daß die bislang stark vernachlässigte Jugend-Ausbildung in Großbritannien vorangetrieben und auf so viele Jugendliche wie nur möglich ausgedehnt wird. Denn während in der Bundesrepublik nur rund acht Prozent der Schulabgänger ohne Ausbildung oder Vorbereitung ins Berufsleben gehen, sind es in Großbritannien immer noch mehr als 50 Prozent – vorausgesetzt sie finden überhaupt einen Arbeitsplatz. Höchstens 25 Prozent der Schulabgänger treten bisher eine Lehre an oder beginnen eine andere Art von Berufsausbildung. Eine Berufsschulpflicht gibt es nicht.

USA / Haushaltsdefizite bleiben hoch – Damoklesschwert über der Zinsentwicklung

Wachstumsprognose nach oben revidiert

H.-A. SIEBERT, Washington

Angesichts des unerwartet kräftigen Konjunkturaufschwungs, der in den USA im Dezember die längste Rezession seit 1945 beendete, hat die Reagan-Administration zum zweitenmal in diesem Jahr ihre Wachstumsprognosen nach oben revidiert. Das schnellere Tempo führt aber nicht zu einem raschen Abbau der Rekordhaushaltsdefizite: Bis 1988 türmen sich neue Bundesschulden auf, die mit 969 Milliarden Dollar zu Buch schlagen.

In seiner jährlichen, vom Gesetz zur Jahresmitte vorgeschriebenen Budgetüberprüfung geht das Haushaltsbüro des Weißen Hauses jetzt davon aus, daß sich Amerikas Bruttosozialprodukt im Vergleich der vierten Quartale 1982 und 1983 real, also inflationsbereinigt, um 5,5 Prozent erhöht. In den folgenden zwölf Monaten soll das Plus 4,5 Prozent betragen, was auf bewußte Bremsmanöver hindeutet, um eine Überhitzung zu vermeiden.

Im Durchschnitt entspricht die wirtschaftliche Erholung damit den bisherigen Aufschwungphasen, die jedoch von 1970 an zu immer stärkeren Teuerungsschüben geführt haben. Gebrochen wurden sie erst durch den restriktiven Geldkurs des Federal Reserve Board unter Paul Volcker. Die Ende April korrigierten Zieldaten lauteten 4,7 und vier Prozent – eine Rate, die weiterhin bis 1988 gilt.

Auf das Kalenderjahr bezogen, nimmt die Wertschöpfung in den USA 1983 real um 3,1 (1982: minus 1,7), 1984 um 5,2, 1985 um 4,2 und danach um vier Prozent zu. Hält man die jüngsten Voraussagen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dagegen, dann wächst die amerikanische Wirtschaft in diesem Jahr etwa sechsmal und 1984 nahezu dreimal so schnell wie die deutsche. Angeschlossen hat sich das Haushaltsbüro unter David Stockman der Auffassung von Martin Feldstein, dem Chefökonom des Präsidenten, und der US-Notenbank, wonach auch eine starke Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivitäten die Budgetprobleme nicht löst, mithin also die enorme Defizitfinanzierung der Treasury weiterhin wie ein Damoklesschwert über der Zinsentwicklung hängt.

Folgt man den neuen Kalkulationen, dann wird sich am Defizit für das Finanzjahr 1983, das am 30. September endet, überhaupt nichts ändern: Es bleibt bei 210 Milliarden Dollar, wobei ein Minus von 16,3 Milliarden Dollar aus dem außerordentlichen Budget hinzugerechnet werden muß. 1984 sinkt das Defizit nur um elf auf 180, 1985 um 14 auf 170, 1986 um 16 auf 129, 1987 um 18 auf 118 und 1988 und 20 auf 82 Milliarden Dollar.

Derart langfristige Annahmen sind mit großer Vorsicht zu beurteilen, zumal Präsident Reagan im Wahlkampf für 1984 einen ausgeglichenen Haushalt versprochen hatte. Noch 1988 liegt außerdem das Defizit um 16 Milliarden Dollar über dem Vor-Reagan-Rekord, den die USA 1976 mit 66 Milliarden Dollar verbuchten. Von 1983 bis 1988 addieren sich die öffentlichen Defizite auf 889, die außerordentlichen auf 70 Milliarden Dollar, so daß sich ein Gesamtminus von 969 Milliarden Dollar ergibt. Dadurch erhöht sich die Verschuldung des amerikanischen Bundes auf mehr als zwei Billionen Dollar.

Nach den Vorstellungen des Haushaltsbüros werden in den kommenden fünf Jahren durch das höhere Wachstumstempo insgesamt nur 94 Milliarden Dollar zusätzlich in die Kassen des US-Fiskus gespült. Völlig offen ist indes, ob der Kongreß bereits eingebauten Ausgabenkürzungen, Steuern und Transferzahlungsreformen zustimmt.

Für die nächsten drei Jahren veranschlagt das Haushaltsbüro den Zinssatz für 91tägige Treasury Bills auf 8,5, 7,8 und 7,2 Prozent, während er für 1983 mit 8,6 Prozent festgelegt wird. Für zehnjährige Treasury Notes soll er 10,1 (1983: 10,6), 9,3 und 8,7 Prozent betragen. Auch danach setzt sich der Abwärtstrend fort. Einen ähnlichen Optimismus verbreitet die Stockman-Gruppe bei der Kalkulation der künftigen Verbraucherpreise. Sie erhöhen sich in diesem Jahr um 3,1 (1982: sechs) Prozent und schwanken dann bis 1988 zwischen 4,4 und 4,6 Prozent.

ITALIEN / Schwieriger Markt für Zweitwohnungen

Preisabstriche zu erwarten

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der italienische Markt für Zweitdomizile, in den 70er Jahren die Hauptstütze der Bauwirtschaft, ist neuerdings unter Druck geraten. Hauptursache dafür ist nicht nur das Überangebot in verschiedenen Fremdenverkehrsgebieten, sondern auch die Zunahme der Steuerlast (Wiedereinführung der kommunalen Gebäudeertragssteuer, Vervielfachung des Grundbuchwertes, Sondertarife für Telefon und Strom) und der hohe Zins (für Hypotheken, die außerdem noch sehr knapp sind, mindestens 18 Prozent), die einen Teil der Eigentümer zum Verkauf ihres Grundbesitzes veranlaßt. Generell ist überdies insbesondere auf höherer Einkommens- und Preisebene eine Interessenverlagerung vom Meer und den traditionellen Ferienorten zu rustikalen Objekten im Hinterland und im Landesinnern im Gang: Traumziel ist nicht mehr der Swimming-pool, sondern Wein und Olivenöl aus dem eigenen Garten.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Kaufgelegenheiten für Zweithäuser und -wohnungen in den letzten Monaten verbessert. Dieser Trend wird sich nach Ansicht italienischer Immobilienmakler in der nächsten Zeit weiter fortsetzen, wobei Experten Preisabstriche gegenüber Jahresbeginn bis zu 10 Prozent nicht ausschließen.

In Italien gibt es derzeit 2,2 Millionen Eigentümer von Zweitdomizilen. Rund 23 Prozent der italienischen Familien besitzen neben dem festen Wohnsitz auch noch ein Zweithaus oder eine Zweitwohnung. Jede achte Familie hat sogar mehrere Zweitdomizile.

In den letzten 10 Jahren hat sich in Italien die Zahl der Zweitdomizile verdoppelt. Vor allem die Küstenstriche im Süden, insbesondere in Sardinien, Kalabrien und Apulien, in Mittelitalien in der Region Latium und Abruzzen, im Norden an der Riviera, an der Adria und an den Seen, wurden intensiv parzelliert und in Form von Einfamilien-, Reihen- und Appartementhäusern und Wohnungen verkauft. Ausländische Neubauinteressenten konzentrierten sich in Süditalien auf Sardinien, in Norditalien auf das Hinterland der Blumenriviera, auf den Lago Maggiore und den Gardasee.

Einen wichtigen Bestandteil des Zweitdomizilmarktes stellt neben dem Neubauangebot der Markt für alte Bauernhäuser und Herrensitze dar. Schwerpunkte für Ausländer sind in diesem Fall mit großem Abstand vor allen anderen italienischen Regionen die Toscana mit ihren jahrhundertealten Anwesen. Nach Expertenschätzungen hat sich der Absatz von Zweitdomizilen in der Toscana, das heißt vor allem im klassischen Gebiet des Chianti südlich von Florenz, im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr um fünf bis 10 Pozent vermindert. Weit stärker war der Rückgang im Durchschnitt aller Zweitdomizile, der sich im letzten Jahr zwischen 30 und 40 Prozent bewegte.

Am stärksten von der Flaute betroffen sind seit Anfang vorigen Jahres die teuren Standorte wie Courmayeur, Cortina D'Ampezzo und Santa Margherita. Überangebot herrscht derzeit auch in Sardinien und an der Adria. Was jetzt noch zieht, sind einesteils anspruchsvolle Villen und Schlösser im Umkreis von 250 Kilometer der großen Ballungsgebiete und andererseits Kleinstwohnungen in den Feriengebieten mit 45 bis 50 Quadratmetern, die sogenannten Studios.

JAPAN / Autohersteller wollen Produktion erhöhen

Schwerpunkte im Ausland

dpa/VWD, Tokio

Die japanischen Autohersteller wollen ihre Auslandsproduktion in den nächsten fünf Jahren stark ausweiten. Wie eine gestern veröffentlichte Umfrage der Wirtschaftszeitung „Nikkei Sangyo Shimbun" unter den 13 führenden Unternehmen ergab, wird bei den Exporten von fertigen Fahrzeugen bis 1988 gegenüber 1982 nur ein Zuwachs um rund zehn Prozent auf insgesamt 5,4 Millionen erwartet. Die Produktion im Ausland, einschließlich der Montage von aus Japan gelieferten Fertigteilen, soll sich im gleichen Zeitraum von gegenwärtig 1,6 Millionen auf 3,7 Millionen Fahrzeuge mehr als verdoppeln.

Hinter diesen Plänen steht nach Angaben des Blattes die Absicht der japanischen Hersteller, den Zwang zu weiteren Selbstbeschränkungen bei den Exporten soweit wie möglich zu unterlaufen. Die Schrittmacherrolle bei diesen Bestrebungen spielt Japans zweitgrößter Autoproduzent Nissan, der den Anteil seiner Auslandsproduktion bis 1988 von 400 000 (1983) auf eine Million Fahrzeuge am stärksten erhöhen will.

Wie es heißt, erwartet Nissan, daß neben der bereits laufenden Fertigung in Mexiko, Taiwan, Australien und Südafrika bis dahin auch die Produktion in Spanien, Italien und den USA ihre volle Kapazität erreicht. Inlandsverkauf, Auslandsproduktion und Exporte sollen dann in einem annähernd ausgewogenen Verhältnis von jeweils einem Drittel stehen. Toyotas Schwerpunkte sind die geplante Kooperation mit General Motors in den USA und ein Joint Venture zur Pkw-Produktion in Taiwan mit einem jährlichen Volumen von jeweils 200 000 Fahrzeugen.

US-Stromversorger zahlungsunfähig

rtr. Washington

Den USA steht nach Ansicht von Marktkreisen der größte Skandal der Geschichte um die Nichterfüllung von Anleiheverbindlichkeiten bevor. Dem Energieversorgungs-System des US-Staates Washington ist die Erklärung des Zahlungsverzuges bezüglich seiner Anleihe-Verpflichtungen im Volumen von 2,25 Milliarden Dollar zugegangen. Ein Sprecher des Washington Public Power Supply System (WPPSS) sagte die New Yorker Chemical Bank als Treuhänderin der Anleihen habe dem WPPSS eine 90tägige Rückzahlungsfrist einräumen wollen. Nachdem WPPSS der Bank mitgeteilt habe, daß es keine Möglichkeiten zur Erfüllung der Verpflichtungen gebe, habe die Bank den sofortigen Verzug erklärt. Die durch die Anleihen aufgebrachten Mittel waren zum Bau zweier Kernkraftwerke verwendet worden, die jedoch nie in Betrieb gingen.

ERDGAS / Sowjetische Reserven reichen 70 Jahre

Zügiger Ausbau der Pipeline

dpa/VWD, Moskau

Die sowjetischen Erdgasvorräte, deren Ausbeutung technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, reichen nach derzeitiger Kenntnis für etwa 70 Jahre. Schätzungen gingen aber bis zu etwa dem Fünffachen dieser Menge, erklärte der Generaldirektor der sowjetischen Außenhandelsgesellschaft Sojuzgazexport, Juri V. Baranowski, jetzt in einem dpa/VWD-Gespräch. Die Angaben über die nachgewiesenen Erdgasreserven reichen von 25 bis 33 Billionen Kubikmeter (m^3). Die Förderung soll bis 1985 auf 630 Milliarden m^3 im Jahr gesteigert werden gegenüber 501 Milliarden m^3 1982.

Der Ausbau des sowjetischen Pipeline-Netzes geht nach Angaben von Baranowski zügig voran. Im laufenden Fünfjahresplan 1981/85 ist der Bau von 35 000 bis 40 000 Kilometer Leitungen geplant. Dazu gehört die jetzt fertig verlegte, 4450 km lange Westexport-Pipeline Urengoi-Uschgorod, durch die ab 1984 zusätzliche Erdgaslieferungen nach Westeuropa – 10,5 Milliarden m^3 in die Bundesrepublik plus 700 Millionen m^3 (beginnend ab 1985) für West-Berlin – fließen sollen. Derzeit hat das sowjetische Erdgasnetz eine Länge von rund 145 000 km.

Der vorgesehene Export von 40 Milliarden m^3 ab 1984 nach Westeuropa ist allerdings noch nicht voll verkauft. Mit Belgien habe man sich noch nicht einigen können, und die Niederlande hätten wohl kein Interesse mehr. Bei Spanien sei die Situation unklar. In Verhandlungen steht Sojuzgazexport mit Schweden, Griechenland und der Türkei.

NAMEN

Dr. Friedrich Kristinus, Mitglied des Aufsichtsrates der Martin Brinkmann AG, Bremen, vollendet am 28. Juli das 70. Lebensjahr.

Dr. Andreas Neuberg (41) wurde per 1. Januar 1984 zum weiteren Geschäftsführer der Lauffenmühle GmbH & Co., Waldshut-Tiengen, bestellt. **H. D. Rösner**, Alleingeschäftsführer der Unternehmensgruppe, wurde zum Sprecher der Geschäftsführung berufen.

Arne Pesoldt (42), bis Oktober 1982 Marketingdirektor der M. A. I. Deutschland GmbH, ist als geschäftsführender Gesellschafter in die Leo Schleupen Systemanalyse GmbH Ettlingen, eingetreten. Er ist für das Gesamtmarketing sowie Vertrieb der Steuerberatersoftware und MicroComputer-Hard- und Software verantwortlich.

Adolf Wächter ist aus dem Vorstand der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, ausgeschieden und in den Aufsichtsrat gewählt worden. Am 31. Juli 1983 wird **Dr. Hans Bayer** aus dem Vorstand ausscheiden und in den Ruhestand treten. **Klaus Geiger** und **Dr. Eberhard Martini**, bisher Generalbevollmächtigte, wurden per 1. Juli 1983 zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern bestellt.

COMMERZBANK / Erträge im ersten Halbjahr auf Rekordhöhe

Im Sommer schon beim Vorjahresgewinn

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Commerzbank AG, Frankfurt, kann für das erste Halbjahr 1983 mit Rekorderträgen aufwarten. Angesichts der günstigen Entwicklung sei man zuversichtlich, das Betriebsergebnis des gesamten Vorjahres von rund einer halben Milliarde Mark bereits im Laufe des Sommers zu erreichen, teilt der Vorstand in einem Zwischenbericht mit.

Den erwarteten guten Jahresendzahlen stehe allerdings wieder die Notwendigkeit hoher Risikovorsorge gegenüber. Problematisch seien unverändert die Kredite an viele Entwicklungs- und Schwellenländer, wenngleich die Situation sich in einigen von ihnen dank rigoroser Importdrosselung leicht entspannt habe. Die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung – bereits zur Hauptversammlung angekündigt – ist trotzdem nicht gefährdet.

Zu dem Ertragssprung der ersten sechs Monate haben sowohl der Zins- und der Provisionsüberschuß als auch die erneut verbesserten Eigenhandels-Gewinne beigetragen. Bei einem Rückgang des Geschäftsvolumens um 2 Prozent auf 67,3 (68,9) Mrd. DM sorgte die Erholung der Zinsspanne für eine Zunahme des Zinsüberschusses (gegenüber sechs Zwölfteln des Gesamtwerts 1982) um gut 30 Prozent auf 901 (691) Mill. DM.

Die Steigerung der Provisionsüberschüsse um 19 Prozent auf 302 (253) Mill. DM stammte überwiegend aus dem lebhafteren Wertpapiergeschäft. Das Auslandsgeschäft brachte wegen des stagnierenden Außenhandels diesmal kein Wachstum.

Da die Entwicklung der Personalaufwendungen (plus 4 Prozent auf 514 Mill. DM) und der Sachaufwendungen (plus 27 Prozent auf 221 Mill. DM im Gefolge einer Immobilien-Leasing-Transaktion) im Griff behalten wurden, stieg das Teilbetriebsergebnis um volle 68 Prozent auf 468 (278) Mill. DM. Auch das (üblicherweise nicht bezifferte) Gesamtbetriebsergebnis einschließlich der Gewinne aus dem Eigenhandel hat sich „deutlich verbessert".

An der Bilanzstruktur hat sich dabei wenig geändert. In der Refinanzierung wurden die kurzfristigen Kunden-Termingelder zugunsten der langfristigen Mittelaufnahme abgebaut. Die Sparguthaben stiegen um 3 Prozent auf 10 (9,7) Mrd. DM. Das Kreditvolumen lag zur Jahresmitte mit 45,2 (47,1) Mrd. DM sogar um 4 Prozent unter dem Jahresanfangswert.

Die Kreditaufnahme der Unternehmen sei immer noch auffallend schwach, obwohl die wirtschaftliche Erholung langsame, aber unübersehbare Fortschritte machte. Optimistische Deutung der Commerzbank-Spitze: „Möglicherweise läßt sich dies als erstes Anzeichen für verbesserte Unternehmensgewinne bei immer noch verhaltener Investitionstätigkeit interpretieren." Der schwache Kreditbedarf hat jedenfalls den Markt wenig beeindruckt: Die Zinsen sind wieder gestiegen, wie es die Zunahme der Rendite langfristiger Anleihen um einen Prozentpunkt von März bis Juli belegt.

Schweizer Chemie steigert Exporte

IRENE ZÜCKER, Genf

Die chemische Industrie, mit 348 Betrieben und rund 68 500 Beschäftigten der zweitwichtigste Industriezweig der Schweiz, erhöhte seine Exporte im ersten Halbjahr 1983 um 4 Prozent auf 7,1 Mrd. DM. Damit liefert die Chemie ein Fünftel aller Exporte. Mit einer Zuwachsrate von 13,2 Prozent liegen die „ungeformten Kunststoffe" an der Spitze, bei den Pharmazeutika konnte der Export um 7,2 Prozent gesteigert werden.

Die drei großen Schweizer Chemiekonzerne geben für das erste Halbjahr einen Mehrumsatz von 7 Prozent oder 1,16 Mrd. DM an: Mit einer Zuwachsrate von 11,5 Prozent schneidet Hoffmann-La Roche doppelt so gut ab wie die Basler Konkurrenten Ciba-Geigy und Sandoz mit je 5 Prozent.

Einerseits hat Roche die 1982 erworbenen Tochtergesellschaften für Vitamine, Feinchemikalien und Diagnostika in die Umsatzzahlen einbezogen. Andererseits ist die Nummer zwei nur beschränkt im Agrarbereich engagiert, der wegen Anbaubeschränkungen in den USA und Devisenproblemen kränkelt. Ciba-Geigy verliert drei Prozent bei einem Agraranteil von 30 Prozent am Gesamtumsatz. Sandoz gewinnt bescheidene zwei Prozent.

Die Ertragslage wurde im ersten Halbjahr dank der Belebung des USA-Geschäfts, besonders im Pharmabereich, verbessert. Die Börse bewertet die Aktien der drei Großen in letzter Zeit andauernd höher.

HOHNER / Musikgeschäft wartet noch auf Belebung

Elektronik trägt Wachstum

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Vor allem die Umsatzentwicklung auf dem Sektor der Musikelektronik gibt der Matth. Hohner AG, Trossingen, „Anlaß zu verhaltenem Optimismus". In anderen Produktbereichen konnte im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1983 nach Angaben der Verwaltung die Stagnation des Vorjahres noch nicht überwunden werden. In einigen Fertigungsbereichen wurde deshalb vorsorglich Kurzarbeit eingeführt.

Alles in allem gibt man sich bei Hohner zuversichtlich, den Trend fortschreitender Ertragsverbesserung beibehalten zu können. Mit einer erneuten Produktivitätssteigerung soll den auf das Betriebsergebnis einwirkenden negativen Einflüssen aus der Kurzarbeit entgegengewirkt werden.

Im Geschäftsjahr 1982 stieg der konsolidierte Umsatz der Hohner-Firmengruppe um 5,4 Prozent auf 156 Mill. DM, der Umsatz der Matth. Hohner AG nahm entgegen dem allgemeinen Branchentrend um 7,6 Prozent auf 114,7 Mill. DM zu. Dabei erhöhte sich der Exportanteil auf 44,1 (40,1) Prozent. Das Umsatzwachstum resultiert, wie es im Geschäftsbericht heißt, ausschließlich aus verstärkten Auslieferungen elektronischer Musikinstrumente, Handelswaren, Noten und Schallplatten.

Aufgrund der Neuheiten im Musikelektronik-Programm – mit „Hohner-Arrangeur" (bis zu 36 verschiedene Rhythmen und digital aufgezeichnetes Schlagzeug) sei eine neue Dimension erschlossen worden – reiht sich das Unternehmen in dieser Sparte in die Reihe der weltweit operierenden Hersteller ein. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von knapp 18 000 (26 000) DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Investiert wurden im Berichtsjahr 3,5 (3,1) Mill. DM und abgeschrieben 2,9 (3,0) Mill. DM. Die Eigenmittelquote verringerte sich leicht auf 20,5 (21,1) Prozent.

MÜNCHENER LEBEN / Besser als die Branche

Neugeschäft belebt sich

DANKWARD SEITZ, München

Eine Trendwende im Neugeschäft brachte das erste Halbjahr 1983 der Münchener Lebensversicherung AG, München, mit einer Zuwachsrate zwischen 5 und 10 Prozent. 1982 konnte sich das Institut mit einem um 2,5 Prozent geringeren Neuzugang von 450,3 (461,9) Mill. DM nicht dem allgemeinen Trend entziehen. Dennoch lag man damit besser als die Branche, die ein Minus von 4,4 Prozent hinnehmen mußte.

Etwa ein Drittel des Neugeschäfts entfiel nach Angaben des Vorstands auf Firmengruppen- und Firmeneinzelversicherungen. Der Bestand erhöhte sich um 6,3 (9,6) Prozent auf 2,9 Mrd. DM. Die Beitragseinnahmen beliefen sich auf 96,1 Mill. DM (plus 4,1 nach 10,2 Prozent).

Deutlich schlechter als die Branche war die Entwicklung der Stornoquote mit 6,0 (5,1) Prozent. Zurückgeführt wird dies auf die wirtschaftliche Situation, insbesondere die Arbeitslosigkeit und sinkende Realeinkommen. Der gesamte Abgang belief sich auf 299,8 (244,6) Mill. DM, das sind 10,7 (9,4) Prozent des mittleren Jahresbestandes. An Versicherungsleistung wurden 39,6 (28,9) Mill. DM erbracht.

Für 1982 weist die Münchener Leben einen auf 35,1 (30,9) Mill. DM gestiegenen Überschuß aus. Hauptgewinnquelle waren die mit 712,2 (648,8) Mill. DM zu Buch stehenden Kapitalanlagen, die einen Ertrag von 57,8 (50,3) Mill. DM erbrachten, was einer Steigerung von 14,7 (15,5) Prozent entspricht. Die Durchschnittsverzinsung wird mit 7,72 (7,35) Prozent angegeben.

Nach Zuführung von 34,7 (30,6) Mill. DM in die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung – ausgewiesen werden nun 74,8 (62,3) Mill. DM –, verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,43 (0,3) Mill. DM. Daraus werden unverändert 10 Prozent Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital von 0,4 Mill. DM an die beiden Aktionäre Münchener Rück (25 Prozent) und die italienische Riunione-Versicherungsgruppe (75 Prozent) ausgeschüttet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Biberach/Riß: Nachl. d. Klaudia Schuck, Warthausen; **Bielefeld:** Ka-Be-Druck Herbert Kelle KG, Halle i. Westfalen; **Coburg:** Nachl. d. Ruth Dormann, Lichtenfels; **Dortmund:** Nachl. d. Georg Franz Kortmann, Lünen; Lange Reisen GmbH; **Düsseldorf:** AV Aluminium-Vertriebsges. mbH; Metex-Textilhandelsges. mbH i. L.; **Gelsenkirchen:** Küchenstudio Disselhof GmbH, Haltern; **Gütersloh:** SKM Stahlbauges. mbH, Rheda-Wiedenbrück; **Herford:** Kordes Abwassertechnik GmbH, Vlotho; **Köln:** BVI Betreuungs- u. Verwaltungsges. f. Immobilieneigentum mbH; BM-Shop Bernd Mückenhausen GmbH & Co. KG; **Mannheim:** Jürgen Schiefer GmbH, Schwetzingen; HU-Fernmelde-Baumontage GmbH, Hemsbach; **Mönchengladbach:** „B 13" Restaurant GmbH; **Osnabrück:** Germut Dehlmann, Tischler, Bissendorf.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Mannheim: David Computer Vertriebs GmbH & Co; **Wittlich:** Marlene Schönenberg geb. Schmitz, Kauffrau, Walsdorf.

Vergleich eröffnet: Schwäbisch Hall: Edmund Rieger KG, Niedernhall.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Hubert Punsmann, Landwirt, Dorsten.

SANOL SCHWARZ / Einziger Mollton ist der „nur zufriedenstellende" Ertrag

Auslandsgeschäft schärfer im Visier

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

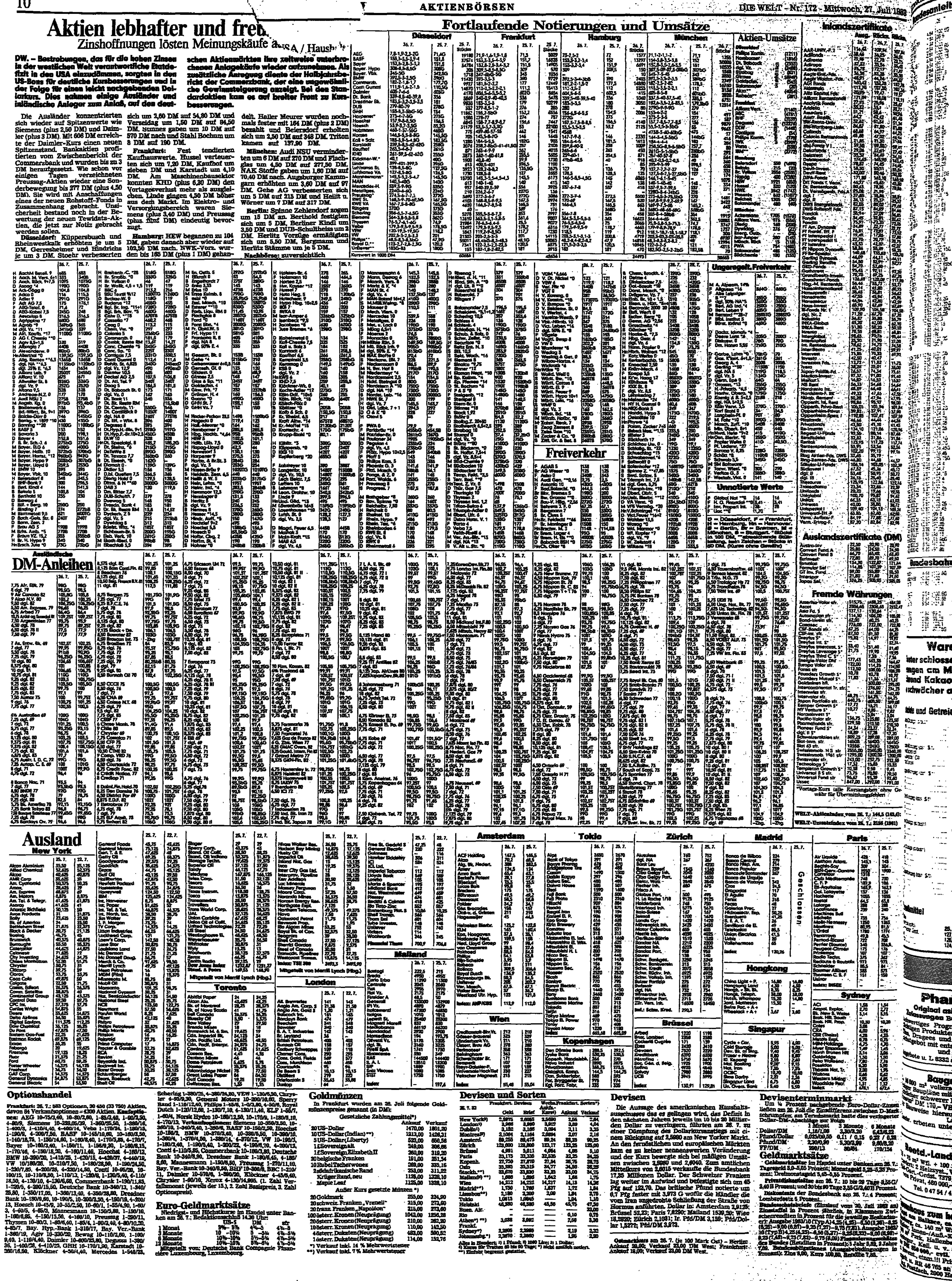
Angesichts des schwieriger gewordenen Pharma-Marktes sei der – verschwiegene – Ertrag 1982 „nur zufriedenstellend" ausgefallen, bilde jedoch eine solide Basis zur Weiterentwicklung des Unternehmens. Das ist der einzige Mollton in allem, womit der seit 1946 existierende Pharma-Produzent Sanol Schwarz GmbH, Monheim, seine aktuelle Lage kommentiert. Gesetzliche Bemühungen um Dämpfung der Krankheitskosten und andere Belastungen haben den „Umsatz-Höhenflug" des Familienunternehmens (20 Mill. DM Stammkapital) beileibe noch nicht auf den Branchendurchschnitt herabgedrückt.

Der nebst Töchtern und Lizenzpartnern erzielte Gesamtumsatz wurde 1982 immerhin noch um 13,2 (27,9) Prozent auf 248 Mill. DM gesteigert, 1970 lag er erst bei 32 Mill. DM. Die Beschäftigtenzahl wurde 1982 weiter auf 816 (760) erhöht, davon 53 (51) im Ausland. Für 1983 ist mit praktisch gleicher Wachstumsrate ein Gesamtumsatz von 280 Mill. DM geplant. Und Lust zu weiterem Wachstum zeigt auch die Planung, den 1982 auf 30,9 (27,5) Mill. DM erhöhten Forschungsaufwand in diesem Jahr auf 37,9 Mill. DM zu steigern, daneben die Sachinvestitionen von 7,3 (8,3) auf 13,3 Mill. DM vornehmlich für Laborneubauten.

Den bisherigen Erfolgskurs und einen „gewissen Optimismus" für 1983 erklärt die Geschäftsleitung mit der konsequenten Konzentration auf Medikamentenentwicklungen in den Gebieten der Herz- und Beingefäßerkrankungen und des Bluthochdrucks. Große Erwartungen werden da zudem an das Mitte 1983 in den Markt eingeführte „Deponit" geknüpft: Ein neuartiges „Arzneimitteldepot" in Form eines hauchdünnen Hautpflasters, das seine Substanzen (zunächst nur für das Schwarz-Hauptarbeitsgebiet der koronaren Herzkrankheiten) „transdermal" durch die Haut in den Körper bringt und ungleich besser als die übliche Arzneieinnahme die erwünschte retardierende Wirkung über den Tag hinweg bringen soll.

Ungeachtet aller Erfolge mit der Produktinnovation täuscht sich die Firma nicht über die für die Branche typischen Abschwächungstendenzen des Wachstums auf dem Heimatmarkt. Man strebe, so heißt es auch jetzt wieder, eine stärkere Expansion in den Auslandsmärkten an, um ein „ausgewogeneres Verhältnis von Inlands- und Auslandsgeschäft zu erreichen.

Der Auslandsanteil am Gruppenumsatz stieg 1982 vergleichsweise bescheiden um 6,7 Prozent auf 51,3 Mill. DM, soll aber 1983 wesentlich kräftiger um ein Fünftel auf 62 Mill. DM wachsen. Die erste Auslandstochter, die 1979 in England erworben wurde, soll bei dieser Langfrist-Strategie nicht die einzige bleiben.



Aktien lebhafter und fre…

Zinshoffnungen lösten Meinungskäufe a…

DW. – Bestrebungen, das für die hohen Zinsen in der westlichen Welt verantwortliche Etatdefizit in den USA einzudämmen, sorgten in den US-Bons für deutliche Kursbesserungen und in der Folge für einen leicht nachgebenden Dollarkurs. Dies nahmen einige Ausländer und inländische Anleger zum Anlaß, auf den deutschen Aktienmärkten ihre zeitweise unterbrochenen Anlagekäufe wieder aufzunehmen. Als zusätzliche Anregung diente der Halbjahrsbericht der Commerzbank, der eine ungewöhnliche Gewinnsteigerung anzeigt. Bei den Standardaktien kam es auf breiter Front zu Kursbesserungen.

Die Ausländer konzentrierten sich wieder auf Spitzenwerte wie Siemens (plus 2,50 DM) und Daimler (plus 3 DM). Mit 606 DM erreichte der Daimler-Kurs einen neuen Spitzenstand. Bankaktien profitierten vom Zwischenbericht der Commerzbank und wurden bis zu 3 DM heraufgesetzt. Wie schon vor einigen Tagen verzeichneten Preussag-Aktien wieder eine Sonderbewegung bis 277 DM (plus 4,50 DM). Sie wird mit Anschaffungen eines der neuen Rohstoff-Fonds in Zusammenhang gebracht. Unsicherheit bestand noch in der Bewertung der neuen Tewidata-Aktien, die jetzt zur Notiz gebracht werden sollen.

Düsseldorf: Küppersbusch und Rheinwestkalk erhöhten je um 5 DM, Gerresheimer und Hindrichs je um 3 DM. Stoehr verbesserten sich um 2,60 DM auf 54,80 DM und Verseidag um 1,50 DM auf 84,50 DM. Stinnes gaben um 10 DM auf 570 DM nach und Stahl Bochum um 8 DM auf 190 DM.

Frankfurt: Fest tendierten Kaufhauswerte. Hussel verteuerten sich um 7,20 DM, Kaufhof um sieben DM und Karstadt um 4,10 DM. Am Maschinenbausektor konnten KHD (plus 6,30 DM) den Vortagesverlust mehr als ausgleichen. Linde gingen 4,50 DM höher aus dem Markt. Im Elektro- und Versorgungsbereich waren Siemens (plus 3,40 DM) und Preussag (plus fünf DM) eindeutig bevorzugt.

Hamburg: HEW begannen zu 104 DM, gaben danach aber wieder auf 102,50 DM nach. NWK-Vorz. wurden bis 165 DM (plus 1 DM) gehandelt. Haller Meurer wurden nochmals fester mit 164 DM (plus 2 DM) bezahlt und Beiersdorf erholten sich um 2,50 DM auf 348 DM. Triton kamen auf 137,90 DM.

München: Audi NSU verminderten um 6 DM auf 270 DM und Flachglas um 4,50 DM auf 277,50 DM. NAK Stoffe gaben um 1,60 DM auf 70,40 DM nach. Augsburger Kammgarn erhöhten um 3,60 DM auf 97 DM. Gehe AG verbesserten sich um 5 DM auf 215 DM und Heilit u. Wörner um 7 DM auf 317 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 15 DM an. Berthold festigten sich um 5 DM, Berliner Kindl um 3,50 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM. Herlitz Vorzüge ermäßigten sich um 5,50 DM, Bergmann und Herlitz Stämme um je 5 DM.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Optionshandel

Frankfurt: 26. 7.: 583 Optionen, 30 450 (33 750) Aktien, davon 84 Verkaufsoptionen = 4300 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-75/3,40, 10-80/2,60, 1-85/3,40, 1-90/2,50, 4-80/9, Siemens 10-328,06/39, 1-360/25,50, 1-380/16, 1-400/8, 1-410/4,40, 4-400/14, Veba 1-170/24, 1-180/15, 1-190/9, 4-200/7,50, BASF 10-145/10,60, 10-160/3,50, 1-140/18,75, 1-150/14,60, 1-160/8,40, 1-170/5,85, 4-170/7, Bayer 10-160/3,40, 1-150/11, 1-156/9,30, 1-160/8,15, 1-170/46, 4-150/18,20, 4-160/11,40, Hoechst 4-160/13, BMW 10-390/20, 1-410/25, 1-420/15, 4-420/37, 4-440/19, VW 10/180/26, 10-210/7,50, 1-180/28,60, 1-190/24,50, 1-230/7,85, 4-200/26, 4-220/14,50, Conti 10-95/20, 10-100/15, 10-110/8,50, 1-110/13, 1-120/8, 1-130/5,40, 4-110/18,50, 4-120/10, 4-130/6,60, Commerzbank 1-190/11,85, 1-220/5, 4-200/15,50, Deutsche Bank 10-340/13, 1-340/25,80, 1-350/17,05, 1-360/13,40, 4-350/28,80, Dresdner Bank 10-180/9,60, 10-190/5, 10-200/3,50, 4-190/19, 4-200/13, Hoesch 10-45/9, 10-55/2,50, 10-60/1, 1-55/4,90, 1-60/3, 4-60/5, 4-65/3, Mannesmann 10-150/5,80, 1-150/10, 1-160/6,85, 4-150/15,50, 4-160/10, Preussag 1-290/11, Thyssen 10-80/3, 1-80/6,40, 1-85/4, 1-90/3,40, 4-80/10,20, 4-85/7, Bay. Hyp.-Bank 1-310/17, Bay. Ver.-Bank 1-360/19, Agiv 10-330/20, Bewag 10-110/2,60, 1-100/9,40, 1-110/4,40, Daimler 10-600/25,80, Degussa 1-380/36, 1-400/28, 4-410/25, GHH 10-170/1,90, Karstadt 10-360/16,50, Klöckner 4-50/4,40, Mercedes 1-540/23, Schering 1-380/25, 4-380/24,80, VEW 1-130/6,50, Chrysler 4-95/9,30, General Motors 10-200/10,60, Sperry Rand 1-110/12,40, Philips 1-45/6, 1-0/3,80, 4-50/6, Royal Dutch 1-120/12,60, 1-130/7,10, 4-130/11,40, KLF 1-55/7, 1-60/4, Norsk Hydro 10-160/12,50, 10-170/9, 1-180/5,10, 4-170/13. **Verkaufsoptionen:** Siemens 10-350/3,50, 10-360/10, 1-340/2,40, 1-350/6, BASF 10-150/2,50, Hoechst 10-150/2, BMW 10-370/3,40, 10-380/5,50, 10-390/10, 1-360/4, 1-370/4,50, 1-380/14, 4-370/12, VW 10-190/3, 1-180/2,40, 1-190/5,40, 1-200/22, 4-190/6,70, 4-200/12, Conti 4-110/5,85, Commerzbank 10-190/3,80, Deutsche Bank 10-340/8,90, Dresdner Bank 1-180/6,45, 4-180/8,60, Mannesmann 1-150/6,50, Preussag 1-270/11,10, Bay. Ver.-Bank 10-340/9,50, BHF 10-300/8, BBC 1-210/11, Daimler 10-570/6, 1-590/20, Klöckner 4-45/5,40, Chrysler 1-90/10, Xerox 4-130/14,905. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	4¾–5	4¾–5
3 Monate	10 –10¼	5 –5¼	4⅞–5⅛
6 Monate	10⅛–10⅜	5½–5¾	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅜–10⅞	5⅞–6⅛	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Devisen und Sorten

Devisen

Die Aussage des amerikanischen Haushaltsausschusses das es gelingen wird, das Defizit in den nächsten Jahren jeweils um 10 bis 20 Milliarden Dollar zu verringern, führten am 26. 7. zu einer Dämpfung des Dollarkursanstiegs mit einem Rückgang auf 2,5980 am New Yorker Markt. An den fernöstlichen und europäischen Märkten kam es zu keiner nennenswerten Veränderung und der Kurs bewegte sich bei mäßigen Umsätzen zwischen 2,5980 und 2,6040. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,6015 verkaufte die Bundesbank 17,35 Millionen Dollar. Der Schweizer Franken lag weiter im Aufwind und befestigte sich um 45 Pfg auf 123,70. Das britische Pfund notierte um 0,7 Pfg fester mit 3,973 G wofür die Händler die vom Iran angedrohte Schließung der Straße von Hormuz anführten. Dollar in: Amsterdam 2,9125; Brüssel 52,23; Paris 7,8290; Mailand 1539,30; Wien 18,2820; Zürich 2,1031; Ir. Pfd/DM 3,159; Pfd/Dollar 1,5272; Pfd/DM 3,973.

Ostmarkkurs am 26. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Um ¼ Prozent nachgebende Euro-Dollar-Zinsen ließen am 26. Juli die Zinsdifferenz zwischen D-Mark schrumpfen, am Terminmarkt hatte dies verringerter Dollar-DM-Abschläge zur Folge

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,18/1,08	3,30/3,20	6,42/6,22
Pfund/Dollar	0,025/00,55	0,11 / 0,15	0,23 / 0,28
Pfund/DM	2,30/0,90	5,30/3,90	9,60/8,20
FF/DM	290/13	30/84	170/154

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 7.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 7.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 26. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,26) – 8,25 (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,98) – 9,25 (7,45) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,85.

Kursabstieg gestoppt

Die vorangegangene bessere Rententendenz in den USA sorgte auf dem deutschen Markt bei festverzinslichen Papieren für einen Stimmungsumschwung. Auch wenn es in Sonderfällen noch Abschläge bis zu einem halben Punkt im Bereich der öffentlichen Anleihe gab, so gilt der Kursabstieg vorerst als gestoppt. Bei steigenden Notierungen zeigten sich die kurspflegenden Stellen als wenig abgabebereit. DM-Auslandsanleihen blieben weitgehend unverändert.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

	26. 7.	25. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1
F 7½ Bakola Pf 104	99,8G	99,8G
9 dgl. Pf 105	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	88,25G	88,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Während Kakao höher bewertet wurde, ging Kaffee schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25. 7.	22. 7.
Sept.	362,25	366,00
Dez.	379,50	383,00
März	390,00	392,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) West Board cif.	25. 7.	22. 7.
St. Lawrence 1 CW	236,56	236,60
Amber Durum	239,21	239,06

Kakao

New York ($/t)	25. 7.	22. 7.
Terminkontr. Juli	2397	2305
Sept.	2439	2345
Dez.	2446	2355
Umsatz	6726	8286

Zucker

New York (c/lb)	25. 7.	22. 7.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	11,73	11,12
Okt.	12,00	11,37
Jan.	12,18	11,68

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25. 7.	22. 7.
Terminkontr. Sept.	127,20	128,60
Dez.	128,10	126,75
März	124,00	124,75

Pfeffer

Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 7.	22. 7.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	360,00	360,00
weißer Muntok	365,00	365,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Schweine

Chicago (c/lb)	25. 7.	22. 7.
Aug.	45,45	45,85
Okt.	39,70	39,85
Dez.	41,90	41,90

Schweinebäuche

Chicago (c/lb)	25. 7.	22. 7.
Aug.	52,70	57,32
Febr.	51,30	53,45
März	50,85	50,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	25. 7.	22. 7.
Nr. 1 RSS loco	79,50-81,50	78,50-80,50
Aug.	80,00-80,90	78,60
Sept.	79,80-80,80	78,20-79,00
Okt./Dez.	79,90-80,00	79,20-79,40
Tendenz: ruhig		

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

Londoner Metallbörse

NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

	26. 7.	25. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	368-385	364-381
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	416-417	411-413
MS 63	426-429	420-423

GOLF / Offene Deutsche Meisterschaft – Howard Carpendale schreibt für die WELT

Mexikaner in der Qualifikation dicht am Rekord

GERD A. BOLZE, Köln

Für 147 Golfer, 124 Profis und 23 Amateure war in Köln-Refrath die Lufthansa Offene Deutsche Meisterschaft bereits am Montagabend beendet, obwohl erst morgen der viertägige Kampf über 72 Löcher um Titel, Pokal und 265 000 Mark beginnt.

In der gefürchteten Vor-Qualifikation trumpfte Russell Fischer mit großartigen 65 Schlägen bei Refrather Platzstandard und Par 72 auf. Damit kam der bisher mit wenig Erfolg von Turnier zu Turnier reisende 37 Jahre alte Mexikaner dicht an den bestehenden Platzrekord heran, der von dem damaligen Open-Gewinner Severiano Ballesteros (Spanien) und Nick Faldo (England) 1978 schon in der ersten Runde mit 64 Schlägen gespielt wurde.

Hinter Fischer folgten Grant Turner (England) mit 67 Schlägen, Krister Kinell (Schweden) und Mark Johnson (England) beide mit 68 Schlägen. Bester Deutscher war der 22 Jahre alte Golflehrer Jochen Kupitz (Olching) mit 69 Schlägen an fünfter bis neunter Stelle. Die besten Amateur-Runden lieferten Ulrich Witten (Hamburg-Ahrensburg), Klaus Dittrich (Herzogenaurach) und Ulrich Zilg (Bad Nauheim) mit je 72 Schlägen ab.

Nur Spieler mit bis zu 74 Schlägen qualifizierten sich für die nur noch 60 freien Plätze im Hauptfeld. Das schafften 68 der 215 angetretenen Qualifikanten, 62 der 186 Profis und sechs der 29 Amateure. Somit treten morgen und Freitag 139 (132 Profis plus sieben Amateure) zur ersten und zweiten Runde der Lufthansa Offene Deutsche Meisterschaft an. Von diesen sind dann aber zu dritten und vierten Runde am Samstag und Sonntag nur noch die besten 65 und Spieler mit gleicher Schlagzahl für den 65. Platz zugelassen. Und sie teilen sich erst in die Preisgelder von 265 000 Mark.

Die Befreiung von der gefürchteten Montags-Qualifikation ist genau festgelegt. Sie richtet sich nach Ranglistenplätzen, bisherigen Ranglistenturniersiegen, ehemaligen Gewinnern dieser Meisterschaft, Mitgliedern von Ryder- und Hennessy-Cup-Teams und den Teilnehmern an den beiden letzten Runden des voraufgegangenen Turniers der europäischen Tour, das erst am Sonntagabend in Bradford (England) beendet wurde.

Ich gäbe etwas darum, einmal mit den großen Spielern ernsthaft zu spielen

Von HOWARD CARPENDALE

In der letzten Woche hörte ich zum ersten Male seit fünf Jahren in meinem Köln-Refrather Golfklub englische Laute: Die „German open", die Offenen Deutschen Golfmeisterschaften, sind wieder da. Wie ich diese Atmosphäre liebe! Der Klub, in dem ich seit jetzt acht Jahren Golf spiele, erwacht zu neuem Leben. Die sonst friedliche Stille, fast an der Grenze der Langeweile, wird jäh unterbrochen – sehr zum Entsetzen mancher älterer Mitglieder. Junge Golfprofis aus der ganzen Welt bringen ihre verschiedenen Kulturen und ihre verschiedenen Schwünge mit nach Köln.

Für anderthalb Wochen verändert der Klub sein Gesicht – es herrscht eine Stimmung fast wie auf einem Rummelplatz. Zelte werden aufgestellt, Anzeigetafeln errichtet und auf dem ganzen Gelände stehen plötzlich Werbeschilder. Der sonst so vornehm leere Parkplatz ist gerammelt voll mit Privat- und Lieferwagen. Und darin sitzen und liegen schläfrige Berufsgolfer, die sich während des Turniers keine Hotelzimmer leisten können. Ihre müden Körper werden es kaum fertigbringen, die Langers und Ballesteros zu schlagen, die sich in einem der Luxushotels ausruhen. Aber sie wissen genau: Einen Langer und einen Ballesteros gibt es nur, weil es sie gibt. Und wer weiß: Vielleicht hat einer von ihnen das Glück und schafft es auch noch, in den Kreis der „großen Zwanzig" einzubrechen. Wer dazu gehört, kann in Europa mit Golfspielen gutes Geld verdienen.

Was ist die Wahrheit über diesen Sport, den die meisten Deutschen als ein Hobby für reiche, alte Männer ansehen? Ich glaube, ich kann es beurteilen, denn ich habe eine ganze Reihe von Sportarten mit einigem Erfolg betrieben. Die Wahrheit ist: Golf ist eine der schwersten Sportarten überhaupt, und wenn Sie nicht schon im Alter von 14 Jahren recht gut spielen können, dann begraben Sie Ihren Traum, einmal ein wirklicher Spitzengolfer zu werden. Und die Wahrheit ist schließlich auch, daß es in Deutschland für manche junge Leute immer noch zu teuer ist – wenn auch nicht so teuer, wie manche glauben: Ein Youngster, der hier Golf spielen möchte, muß dafür im Monat so 100 bis 150 DM ausgeben – und das ist immer noch viel Geld. Ich hoffe, das wird bald anders werden. Immerhin entstehen zur Zeit in Deutschland wieder 25 neue Golfplätze.

Ich habe vor acht Jahren mit dem Golfspielen angefangen, eigentlich deshalb, weil es viele der Sportarten, die ich als Junge betrieben habe, in Deutschland nicht gibt. Im Laufe der Jahre habe ich ein Handicap 9 erreicht. Das bedeutet, daß ich zu den 10 Prozent der Golfer gehöre, deren Handicap einstellig ist. Wahrscheinlich wäre ich viel besser, wenn ich nicht immer wieder versuchen würde, den

STANDPUNKT

Ball möglichst weit zu schlagen. Aber meine kleine Philosophie ist: Wenn ich schon nicht gut schlage, dann will ich wenigstens weit schlagen. Auf diese Weise reden dann zumindest ein paar Leute über meine Spielweise ...

Ich bin dreimal von einem Golfball am Kopf getroffen worden (was aber nicht der Grund ist, warum ich jetzt Sänger bin). Einmal wurde mein Leben nur dadurch gerettet, daß der Ball erst auf meine Schulter geprallt war. In diesem Jahr wurde mein geheimer Wunschtraum wahr: Der Deutsche Golflehrer-Verband fragte mich, ob ich einem der fünf wichtigsten Golfturniere meinen Namen geben wollte. Ein paar Sänger in Amerika haben oder hatten ähnliche Turniere: Sammy Davis jr., Bing Crosby, Glenn Campbell. Natürlich nahm ich das Angebot mit Freuden an. Vielleicht hilft mein Turnier, der „Howard Carpendale-Cup" im August in Recklinghausen, daß ein paar Leute mehr dahinterkommen, was für ein großer Sport Golf ist. Dann hat dieses Turnier seinen Zweck erfüllt.

Aber vorher ist da noch die „German open". Da bin ich als einer der „Marshalls" tätig: Ich erkläre den Zuschauern, die hoffentlich in Scharen kommen, wo sie am besten sehen können, wo sie was zu essen bekommen und wohin sie gehen müssen, wenn sie einmal wohin gehen müssen.

Was gäbe ich darum, wenn ich gut genug spielen könnte, um einmal ernsthaft mit den großen Spielern zu spielen. Aber das ist ein Traum, der ein Traum bleiben wird ...



Howard Carpendale...

... ist einer der erfolgreichsten und beliebtesten Sänger im deutschen Show-Geschäft. Seine letzte Tournee zog rund 250 000 Menschen an, von seinem Hit „Ti amo" wurden mehr als 500 000 Schallplatten verkauft. Der 1946 in Durban (Südafrika) geborene Carpendale lebt seit 16 Jahren in Deutschland. Er war südafrikanischer Jugendmeister im Kugelstoßen und ging nach England, um sein Geld als Cricket-Spieler zu verdienen. Als Golfer (Foto) verblüffte er in der Sendung „Wetten daß". Er gewann auf einem elektronischen Simulator ein Weitschlagen gegen Bernhard Langer. Carpendale: *„Ich hatte wohl nur eine ungeheure Portion Glück. Auf dem Platz hätte ich gegen Langer nicht die Spur einer Chance."* Heute ist er in Refrath Teilnehmer an einem sogenannten Pro-Am-Turnier, bei dem ein Profi und drei Amateure ein Team bilden. Howard Carpendale spielt dabei zusammen mit seinem südafrikanischen Landsmann Tienie Britz, der 1977 in Düsseldorf die Offenen Deutschen Meisterschaften gewinnen konnte.

FOTO: DIE WELT

Marlene-Dietrich-Filme im 3. Programm

Halbweltdame mit Herz

Von den neun Spielfilmen mit Marlene Dietrich, die das Dritte Fernsehprogramm der Nordkette im gemeinsamen Sommerprogramm zeigt, gehören die wenigsten zu den Glanzpunkten in der Karriere der Schauspielerin. Sie entstanden zwischen 1930 („Marokko", Sendetermin 3. 8.) und 1948 („Eine auswärtige Affäre", der heute abend auf dem Programm steht). Die Retrospektive zeigt sämtliche Sternberg-Dietrich-Produktionen (mit Ausnahme von „The Devil is a Woman").

Noch ehe der „Blaue Engel" angelaufen war, hatte Marlene Dietrich auf Drängen Josef von Sternbergs bereits einen Zweijahresvertrag mit der Paramount unterzeichnet. Sie war der Gesellschaft hochwillkommen, vor allem als Konkurrenz für Greta Garbo, die bei MGM unter Vertrag stand. Hatte diese auf das Gespann Garbo-Stiller gesetzt, so versprach die Paramount sich von der Kombination Dietrich-Sternberg ebenfalls klingende Kassen.

Eine auswärtige Affäre – III. Gemeinschaftsprogramm 22.15 Uhr

Aber die Filme, die der Regisseur mit seinem Star drehte, stießen bei der Kritik auf wenig Gegenliebe. Von „Marokko" hieß es, das Finale sei „eines der absurdesten aller Zeiten" (Marlene Dietrich folgt einem Fremdenlegionär, dargestellt von Gary Cooper, auf hochhackigen Absätzen in die Wüste); „Die blonde Venus", mit der die Dietrich-Retrospektive vergangenen Mittwoch begann, ist eine unglaubwürdige, sentimentale Geschichte, in der die Schauspielerin von der gutbürgerlichen Mutter über den Abstieg in die Gosse bis hin zum Wiederaufstieg als Gesellschaftsdame alle Stationen eines Lebens durchläuft. Lediglich „Entehrt" (7. 9.) und „Schanghai-Expreß" (24. 8.) vermochten die Erwartungen zu erfüllen, die nach dem Erfolg des „Blauen Engel" in den Star und seinen Regisseur gesetzt worden waren.

„Das hohe Lied" (14. 9.) war der erste amerikanische Film, den Marlene Dietrich nicht mit Josef von Sternberg drehte. Sie soll vor jeder neuen Szene „Jo, wo bist du?" ins Mikrophon geflüstert haben, was den Regisseur Rouben Mamoulian nicht gerade ermutigte. Später gab sie zu, daß sie sich schrecklich benommen habe – „aber ich war sehr unglücklich mit diesem Film".

„Die scharlachrote Kaiserin" (10. 8.) entstand wieder unter der Regie von Josef von Sternberg, wurde jedoch als „ermüdende Übertreibung" abgetan und konnte die 900 000 Dollar Produktionskosten nicht einspielen. Noch einen letzten Film drehte sie mit von Sternberg („The Devil is a Woman"), dann war der Vertrag zwischen dem Regisseur und der Paramount abgelaufen.

Sternberg hatte Marlene Dietrich in seinen Filmen zu einem bisexuellen Wesen gemacht, das auf Frauen und Männer gleichermaßen faszinierend wirkte. In „Perlen zum Glück", der auch unter dem Titel „Sehnsucht" lief (17. 8.), nahm der Regisseur Frank Borzage Abstand von diesem zweideutigen Image. In dieser Komödie spielt sie eine attraktive Juwelendiebin: eine Rolle, die ihr nicht nur nach längerem wieder einstimmiges Lob, sondern auch der Paramount Gewinn brachte.

Dennoch war sie weit davon entfernt, die Nummer eins unter den Filmschauspielerinnen Hollywoods zu sein, wie sich einem Brief David O. Selznicks entnehmen läßt, der sie für den Film „Der Garten Allahs" engagierte: „Man hat ihr so geschadet, daß sie nicht einmal mehr zu den mäßigen Kassenstars gehört. Keine Persönlichkeit ist so bedeutend, daß sie die scheußliche Serie der Filme, die man Marlene zugemutet hat, überleben könnte. Sie kann sich schon deshalb nicht erlauben, eine phantastisch hohe Gage zu fordern. Ich will ganz ehrlich sein; ich halte sie für eine der großartigsten Persönlichkeiten, die der Film seit langen Jahren hervorgebracht hat, und ich finde, es ist eine Affenschande, daß man sie so tief hat sinken lassen ..."



Von ihrer Faszination hat Marlene Dietrich nichts verloren. FOTO: ZDF

Aufwärts ging es mit Marlene Dietrich erst wieder 1939, als sie in der Wildwest-Parodie „Der große Bluff" die Barsängerin Frenchy spielte. Lange Jahre war sie dann auf diesen Typ festgelegt. Als Halbweltdame mit Herz und heiserer Stimme ist sie denn auch in „Die Freibeuterin" zu sehen, der 1942 entstand. (31. 8.). No.

KRITIK

Ein Seelendrama als Krimi

Um zum Krimi **„Die Falle"** (ZDF) nach einer Vorlage von Robert Thomas gleich das Wichtigste vorwegzunehmen: Diese Geschichte von einer verschwundenen Ehefrau, deren Rolle gegen den sich verzweifelt wehrenden Mann von einer fremden Frau usurpiert wird, wurde gekonnt und spannend verfilmt.

Regisseur Oswald Döpke zerdehnte ein ausgesprochenes Theaterstück nicht künstlich zu einem Film mit „Atmosphäre". Er ließ es vielmehr zeitlich gedrängt in einem einzigen Wohnraum abrollen wie eine richtige Tragödie – passend zum Seelendrama in einer von den Fakten her aufregenden Kriminalstory. Eine Starbesetzung kam hinzu: Judy Winter, Hans Caninenberg (als Kommissar), Wolf Roth, Günther Neutze hatten das Publikum sicher im Griff.

Das Raffinierteste an diesem Film war, daß er das Publikum souverän hereinlegte. Glaubte man erst: ist ja gut gespielt, aber doch unglaubhaft, so kam es dann zu jener seltsamen Umkehrung des ganzen Filmes, die rückwirkend jedes angezweifelte Detail stringent machte. Einzige Kritik: Nach der überraschenden Schlußpointe hätte der Film in spätestens einer Minute, nicht erst nach fünf Minuten, zu Ende sein müssen. So dumme Hörer gibt es gar nicht, denen man diese Pointe erst hätte erklären müssen.

ANTON MADLER

Berliner Göre im Rollenwechsel

Eine frische Brise Berliner Luft, vorzugsweise der zwanziger und dreißiger Jahre, zog durchs Fernsehstudio, als Monika Kroll ihr **Solo für Spaßvögel** (ARD) abzog. Der Balanceakt des Lebens und der ganze Zirkus ums Erwachsenwerden, das war das Thema, zu dem sie sich etwas hatte einfallen lassen. Folgerichtig präsentierte sie ihre Lieder und Sketche im Seiltänzerkostüm unter flackernden Glühbirnen in einer Manege.

Ihr Solo weckte Erinnerungen an die großen Diseusen aus glorreichen Revuetagen, aber auch an Margarita Gründgens und Rotraud Richter, die als Berliner Gören im Rundfunk Karriere machten. Frau Kroll bewies beachtliche Wandlungsfähigkeit im raschen Rollenwechsel zwischen rotznäsigem Backfisch, der mit großen Augen die „Sache mit der Liebe" erklärt haben will, und der nervtötenden Verwandtschaft, für deren Typisierung ihr ein Hutwechsel und eine Veränderung der Stimmlage ausreichten. Nur geriet ihr dabei manche Tante etwas zu überdreht; die Parodie wurde dann schlicht albern.

Der Ausflug der Schauspielerin Monika Kroll ins Kabarett darf als geglückt angesehen werden. Wenn sie dieses Talent behutsam pflegt und fortentwickelt, könnte sie einer Gattung wieder auf die Beine helfen, die nach dem Krieg nur noch mühsam weiterlebte: dem literarischen Kabarett.

RAINER NOLDEN

FECHTEN / Gold für die Florett-Mannschaft

Emil Beck: „Ich bin doch noch kein Auslauf-Modell"

ANDREAS SCHIRMER, Wien

Als die Hymne erklang, stand er vor dem Siegerpodest und strahlte wie der blaue Himmel über Wien. Zum dritten Mal nach 1976 und 1977 war seine Herrenflorett-Mannschaft Weltmeister geworden. Vergessen war in diesem Augenblick alle Schmach, die Bundestrainer Emil Beck nach der enttäuschenden WM 1982 in Rom empfunden hatte. „Ich habe wohl bewiesen, daß ich kein Auslaufmodell bin", konterte er mit Genugtuung seine Kritiker.

Der 48jährige Tauberbischofsheimer hat mit harter Arbeit, Energie und einem Willen, der fast an Fanatismus grenzt, den Fechtsport der Bundesrepublik zur Weltspitze geführt. Emil Becks Erfolgsserie begann 1973 bei der WM in Göteborg. Seitdem hat der erfolgreichste unter den über hundert Bundestrainern 19 Medaillen bei Welttitelkämpfen und Olympischen Spielen gewonnen.

„Nach den Unglücksweltmeisterschaften in Rom haben wir wieder bei Null angefangen", meint Emil Beck. Die vom tragischen Unfall des Sowjetrussen Smirnow überschattete WM (die abgebrochene Spitze des Floretts von Matthias Behr traf ihn tödlich) war der absolute Tiefpunkt in der Karriere dieses Fecht-Enthusiasten. „Mißerfolge stacheln ihn an", sagt Matthias Behr, der entscheidende Akteur im Gold-Team. Mit einem neuen Trainingskonzept hatte Beck seine Degen- und Florett-Asse auf die WM vorbereitet. Es wurde weniger mit der Waffe gearbeitet, dafür mehr an der Kraftmaschine geschwitzt. Emil Beck will dieses modifizierte Vorbereitungsprogramm nicht als Erfolgsgeheimnis ansehen: „Wäre es hier schiefgegangen, hätten alle das Krafttraining als Fehler bezeichnet."

Die Goldmedaille der Herrenflorett-Mannschaft und die Vizeweltmeisterschaft durch Mathias Gey haben seinen neuen Weg vorerst bestätigt. Vorher hatte Emil Beck jedoch Stunden des Zitterns, Schimpfens, Protestierens, Hoffens und Flehens zu überstehen. Der Weg zum Weltmeistertitel war mühevoll und begünstigt zugleich. Nach leichten Vorrunden-Aufgaben gegen Jugoslawien und China traf seine Equipe auf Frankreich, das seit 1981 auf keinem Turnier der Welt besiegt werden konnte. In Wien gelang es mit 9:7. Gleichzeitig wurde auf der anderen Bahn die Fechtwelt auf den Kopf gestellt: Bisher unbedeutende Nationen rebellierten. Sensationell schlug Kuba die Italiener, und der amtierende Weltmeister UdSSR wurde von der „DDR" aus dem Rennen geworfen. Die Kubaner hatten im Halbfinale dann aber keine Chance gegen die Beck-Garde (6:8). Mittlerweile schaffte auch die „DDR" über Ungarn den Einzug ins Finale, das deutsch-deutsche Duell war perfekt.

Trotz des hohen fechterischen Standards der „DDR" konnte sie Mathias Gey, Matthias Behr, Frank Beck und Harald Hein – Ersatzmann Klaus Reichert wurde nicht eingewechselt – nicht Paroli bieten und verlor deutlich mit 4:9. „Jetzt wissen wir, wo wir vor den Olympischen Spielen stehen", freute sich Emil Beck, der mit seinen Fecht-Schülern bis in die frühen Morgenstunden mit Sekt, Wein und Bier den Titelgewinn feierte. Einem ehemaligen Beck-Schüler, Thomas Bach (er gehörte 1977 zur Gold-Mannschaft) wurde zur gleichen Stunde in Würzburg ein anderer Titel verliehen: die Doktorwürde der Juristischen Fakultät.

Optimistisch können nicht nur die Tauberbischofsheimer Florett-Herren nach Los Angeles reisen, sondern auch die der „DDR", die überraschend in Wien den Durchbruch in die Weltelite schafften. Seit 30 Jahren versucht der rund 7000 Mitglieder zählende Fechtverband der „DDR", in die internationale Spitze vorzudringen. Erstmals aufzuhorchen begann die Fechtwelt 1979, als die „DDR"-Damen bei der Universiade gewannen. Zwei Jahre später holte die Ostberlinerin Mandy Niklaus die erste WM-Bronzemedaille. Die Vizeweltmeisterschaft für das Herrenflorett-Team ist der größte Erfolg in der Geschichte des „DDR"-Fechtsports.

„Das Handwerkszeug haben wir schon längst, nur mit der Moral und dem Selbstvertrauen haperte es", analysiert Cheftrainer Klaus Janka. Für die olympischen Fecht-Wettbewerbe hat er ein klares Ziel gesteckt: „Wir wollen in Los Angeles vorne mitmischen."

Nach der ersten Hälfte der Weltmeisterschaften überrascht nicht nur das unerwartet gute Abschneiden der „DDR", sondern vor allem auch die erstaunliche Schwäche der UdSSR. Bisher steht nur eine Goldmedaille durch den sowjetischen Abonnement-Weltmeister Alexander Romankow zu Buche. Dominierend bei der diesjährigen WM sind die Italiener, die vor der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR souverän die inoffizielle Nationenwertung anführen.

Einmal an der Spitze der Fecht-Hierarchie zu stehen, ist ein Ziel von Bundestrainer Emil Beck: „Das wäre mein Traum." Dieser Wunschtraum könnte in Wien schon in Erfüllung gehen, wenn seine Degenmusketiere ihre Waffen ebenso erfolgreich führen wie die Florett-Fechter.

SPORT-NACHRICHTEN

Schalke 04 ist Favorit

Hannover (dpa) – Unter den Trainern der zweiten Fußball-Liga gilt Schalke 04 als Favorit für den Aufstieg in die Bundesliga. In einer Umfrage der Deutschen-Presse-Agentur (dpa) nannten zwölf Trainer Schalke als ersten Anwärter. Dahinter folgen die beiden anderen Bundesliga-Absteiger Karlsruher SC und Hertha BSC Berlin.

Hagmayr spielt für Rapid

Salzburg (sid) – Der österreichische Fußball-Nationalspieler Max Hagmayr vom Karlsruher SC darf mit einer Sondergenehmigung des Deutschen Fußball-Bundes beim Festspielturnier in Salzburg (29.–30. 7.) für Rapid Wien spielen. Danach wollen die Österreicher entscheiden, ob sie Hagmayr verpflichten.

Coe nicht gegen Ovett

London (sid) – Die beiden englischen Weltrekordläufer Steve Ovett und Sebastian Coe werden bei der ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Helsinki (7.–14. 8.) nicht aufeinandertreffen. Der britische Leichtathletik-Verband gab bekannt, daß Coe über 800 m, Ovett über 1500 m startet.

Uncini wieder dabei?

London (sid) – Der vor einem Monat schwer verunglückte Motorrad-Weltmeister Franco Uncini (Italien) will nach Angaben seines Team-Chefs Gary Taylor bereits am 4. September beim zwölften Weltmeisterschaftslauf in Imola starten. Der Suzuki-Fahrer hatte nach seinem Unfall in Assen eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und zwei Tage im Koma gelegen.

Miami will Formel-1-Lauf

Düsseldorf (sid) – Nach Streichung der Formel-1-Rennen in Long Beach und Las Vegas wegen zu geringen Zuschauerinteresses haben zwei andere Städte in den USA Pläne für einen Weltmeisterschaftslauf bekanntgegeben. Danach sollen in Miami und Dallas Formel-1-Läufe ausgetragen werden. Einzig feststehender Grand Prix im nächsten Jahr ist bisher der WM-Lauf in Detroit.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Washington (200 000 Dollar), **Finale:** Clerc (Argentinien) – Arias (USA) 6:3, 3:6, 6:0.

BASKETBALL

Weltmeisterschaft der Damen in Brasilien, zweiter Spieltag, Gruppe A: Südkorea – Peru 89:49, Bulgarien – Kuba 76:60, – Gruppe B: Polen – Jugoslawien 58:50, Australien – Japan 84:58. – Gruppe C: UdSSR – Kanada 85:62, China – Zaire 90:47.

TISCHTENNIS

Schüler-Europameisterschaft in Malmö: Schüler, Finale: Schweden – CSSR 3:0, um Platz drei: Deutschland – Frankreich 3:2, Schülerinnen, Finale: Ungarn – UdSSR 3:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1.: 1 132 274,90 Mark, 2: 78 630,20, 3: 7314,40, 4: 125,00, 5: 9,70. – **Toto,** Elferwette: 1: 240 031,80, 2: 7742,90, 3: 524,00. – 6 aus 45: 1: 1 181 525,40, 2: 38 740,90, 3: 980,90, 4: 87,60, 5: 8,20. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 1172,70, 2: 152,90. – **Rennen B:** 1: 293,10, 2: 42,90. – **Kombinationsgewinn:** unbesetzt, **Spiel 77:** Jackpot: 7 052 462,30 Mark. (ohne Gewähr)

GALOPP

Orofino ist am Huf verletzt

kgö, Köln

Deutschlands wohl bestes Galopp-Pferd, Orofino, hat sich bei seinem Start am Sonntag beim Großen Preis von Berlin in Düsseldorf verletzt. Der fünfjährige Hengst hatte das Rennen überraschend deutlich mit zwei Längen Rückstand gegen den Derby-Sechsten Abary verloren. Sein Trainer Sven von Mitzlaff erklärte: „Orofino hat sich während des Rennens das Eisen am linken Vorderhuf abgerissen. Vermutlich ist das schon kurz nach dem Start passiert. Der Tierarzt hat ihn untersucht, der Huf ist entzündet, Orofino muß einige Tage mit dem Training aussetzen." Wie lange die Pause dauert, ist noch unklar. Orofino war drei Tage vor dem Rennen neu beschlagen worden. Die Frankreich-Pläne mit dem Ziel eines Starts im Prix de l'Arc de Triomphe werden aufrechterhalten.

HANDBALL

Wittchen Trainer in Gummersbach

sid/dpa, Gummersbach

Herbert Wittchen ist der neue Trainer beim deutschen Handballmeister VfL Gummersbach. Der nahezu unbekannte Sportlehrer aus Emsdetten unterschrieb beim Bundesligaklub einen Einjahresvertrag. Eugen Haas, Abteilungsleiter bei Gummersbach, erklärte zu der Verpflichtung von Wittchen: „Bei seiner Vorstellung legte uns Herbert Wittchen ein hervorragendes, profihaftes Konzept vor. Seinen Trainer-A-Schein bestand er mit sehr gut. Außerdem erhielten wir über unseren früheren Nationaltorwart Rudi Rauer überzeugende Argumente von der Leistungsfähigkeit des neuen Mannes." Der 34 Jahre alte Wittchen, der den Regionalligaklub TV Emsdetten in der letzten Saison bis ins Pokal-Halbfinale brachte, hat sich für die nächste Saison den erneuten Titelgewinn als Ziel gesetzt.

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Professor Grzimek
11.10 Unser Kosmos
11.55 Umschau
12.10 Report
13.00 Tagesschau

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Unsere kleine Farm
Die Zeiten ändern sich
16.10 Tagesschau
16.15 Professor Mollers Böhmischstunde
2. Über die böhmische Küche
17.00 Eine Sommerfahrt (2)
Fernsehfilm von Hans-Otto Walter und Meike Samuels
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die wunderbaren Jahre
Dt. Spielfilm, 1979
Mit Gabi Marr, Martin May u. a.
Regie: Reiner Kunze
Cornelia lebt in einer Provinzstadt in der „DDR". Sie versucht, wie viele andere junge Menschen, trotz staatlicher Reglementierung ihre Persönlichkeit zu bewahren. Stephan, der musikalisch hochbegabt, politisch aber eher desinteressiert ist, gerät wegen einer kritischen Äußerung in Schwierigkeiten.
Das Buch zu diesem Film hat Reiner Kunze geschrieben, der 1977 aus der „DDR" in die Bundesrepublik übersiedelte.
22.00 Milliarden, die jeder mitbezahlen muß
Bericht von Gottfried Kludas
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra – aus Wien
Fecht-WM 1983
Finale Degen – Einzelwertung
23.30 Tagesschau
Anschließend: Der weiße Fleck

15.17 heute
15.20 Captain Future
15.40 Poseidon eilt zu Hilfe
16.25 Ferienkalender
16.50 Mork vom Ork
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.10 Das geht Sie an
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Zyankali für die Gläubigen
Peter von Zahn berichtet
Am 18. November 1978 bringen sich in Jonestown, mitten in den Dschungeln von Guayana über 900 Menschen um. Sie sind Mitglieder der Volkstempel-Sekte und Anhänger des „Reverend" Jim Jones, auf dessen Befehl hin sie Zyankali schlucken.
19.00 heute
19.30 Konsul Möllers Erben (6)
Brautwerbung mit riskanter Schock-Therapie
20.15 ZDF-Magazin
Themen: 1. Franz Josef Strauß: Realistische Ostpolitik? / 2. Afghanistan: Widerstand geht weiter / 3. Alexander Solschenizyn: Der Westen versagt / Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Rache ist süß
22.10 5 nach 10
Widerspruch und Widerstand / Der Protest in der Demokratie



Gertrud Möller (Barbara Freier) wird als angeblich geistig Verwirrte im Sanatorium von einer Schwester (Anselle Wickmann) betreut. – „Konsul Möllers Erben", ZDF, 19.30 Uhr
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Jagd am Wasserloch
Aus der Reihe „Wilde Tiere"
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Emm wie Meikel
Yel wird entdeckt
18.30 Wilde Tiere
Jagd am Wasserloch
19.00 Rockpalast
Heute: Kid Creole and The Coconuts

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in III.
90 Minuten in ... Salzgitter
21.45 Auslandsreporter
Ein nordirisches Tagebuch
Alltag zwischen Belfast und Londonderry
Christian Stanley berichtet von Land und Leuten
Nordirland steht für Gewalt und blutigen Terror, zumindest in den Medien. Die Wirklichkeit sieht anders aus. In den meisten Teilen des Landes spürt man vom Bürgerkrieg nichts. Die Aktionen der IRA beschränken sich auf die beiden größten Städte Belfast und Londonderry.
22.15 Eine auswärtige Affäre
Amerik. Spielfilm, 1948
Mit Jean Arthur, Marlene Dietrich u. a.
Regie: Billy Wilder
0.05 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.00 Der Ferienfilm
Wiener G'schichten
Dt. Spielfilm, 1940
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Aerobic-Dance (8)
20.00 Wohin mit der Angst?
20.15 Schauplatz der Geschichte
Fes
21.00 Phase IV
Engl. Spielfilm, 1973
Regie: Saul Bass

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 „Wir machen einen Tante-Emma-Laden auf ..."
19.45 Poldark (15)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Brot und Blut
Span. Spielfilm, 1960
23.30 Dallas
Vaterschaftsklage
0.15 Rundschau



Wider die Undomanie

Rps. – Jede Sprache verfügt über Wörter, die ihren Benutzern besonders sympathisch sind, und über andere, die bei ihnen eher Unbehagen auslösen. Auch das Deutsche macht da keine Ausnahme; denken wir nur an die Einschränkungen signalisierenden, gleichwohl unschuldigen Vokabeln wie Wenn, Aber oder Zwar. Der Volksmund hat sich als Abwehr gegen sie ganz schön spitze Waffen zurechtgelegt – wenn er zum Beispiel fordert, daß etwas ganz ohne Wenn und Aber geschehen möge.

Zu den angenehmeren, den ganz und gar positiven Wörtern zählt hingegen das liebe „Und", ein verbindliches, mehr noch: ein im einfachen wie im doppelten Sinn verbindendes Wort. Ob es bei hochkarätigen Auktionen oder in zweitklassigen Conférencen verwendet wird, ob es literarische Titel ziert oder Chansonzeilen elegant beenden hilft („Und ewig singen die Wälder": Gulbranssen; „... und sonst gar nichts": Marlene D.) – stets hat dieses Wörtchen bei all seiner Knappheit etwas Aufbauendes.

Neuerdings jedoch wird unser braves Und weniger auf-, statt dessen um so kräftiger abgebaut in seiner sprachästhetischen Wirkung. Und zwar durch inflationären Verfall, durch Übergebrauch, der auch dadurch seine Trivialität nicht verdecken kann, daß er sich meistens streng an eine Dreierregel hält und damit fälschlich etwas Mystisches ins Spiel bringt. Im Katalog neudeutscher Sprachunsitten setzt sich nämlich eine spezielle Form von Mundfaulheit durch, deren Kennzeichen ein flapsig hingemurmeltes „Und, und, und ... " ist. Dafür Beispiele:

„Der junge Frankfurter Patriziersohn studierte in Straßburg die Rechte und das Münster, verliebte sich in eine Pfarrerstochter, schrieb feurige Gedichte und, und, und ... " Ja, was denn nun – ging er danach als Hafendirektor nach Husum, als Casanova nach Venedig? Goethe sei Dank wissen wir, was aus diesem jungen Frankfurter wurde. Was nun aber, wenn man es nicht weiß?

„Er schrieb Sonaten, Kammermusik, Sinfonien, Divertimenti, die ‚Hochzeit des Figaro' und, und, und ... " Also was denn nun noch, etwa den Säbeltanz, La Paloma und die Schöne blaue Donau? Schließlich weiß man ja, wie vielseitig Mozart war; daher ist die Bitte um genauere Angaben nicht unberechtigt und damit die um Überwindung der Dreifach-Undomanie.

Das hört sich fast wie eine Krankheit an – es ist ja auch eine. Zwar eine nicht unbedingt schmerzhafte, indessen eine lästige und trotzdem leicht zu heilende. Wollen Sie wissen, wie man sie am besten loswird? Durch ein bißchen Aufmerksamkeit, etwas Sprachgefühl, mehr Selbstkontrolle beim Sprechen und, und, und ...

Emil Orlik im Berliner Kupferstichkabinett

Bei Nacht in der Pinte

Berlin hat ihn geliebt. Und er selbst hat Berlin in vollen Zügen genossen. Man fand ihn im Romanischen Café inmitten der Malerfreunde. Er muß die Pinten sehr gemocht haben. Und er war ein begeisterter Tänzer. Eine Anekdote will wissen, daß Emil Orlik, dessen Name regelmäßig in den Ballberichten der Gazetten erschien, einmal einen Journalisten bei einer Tanzveranstaltung bat, er möchte doch darauf verzichten, ihn in seiner Prominentenliste zu erwähnen.

Am nächsten Tag soll dann in der Zeitung die Notiz gestanden haben: „Natürlich war auch jener berühmte Maler erschienen, der bei keiner bedeutenden Tanzunterhaltung fehlt, aber nicht mehr genannt werden will." Dem wäre allerdings anzufügen, daß der „berühmte Maler" zuallererst einer der besten Graphiker und Zeichner war. Seine Exlibris, seine Illustrationen waren überaus beliebt. Seine Porträts aus der Kunst- und Theaterwelt, treffsicher und schön, machten nicht nur den Dargestellten große Ehre. Orlik soll von sich selbst erzählt haben, er könne mit der linken Hand in der Hosentasche porträtieren.

Er war Wahlberliner. Geboren in Prag 1870, studierte er erst in München und kam dann nach Berlin. Da war er 35. Er wurde Professor an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums. Er hat vielen gezeigt, wie die graphische Hand zu führen ist: als sein prominentester Schüler gilt George Grosz. Er ist gestorben, kurz bevor die Nazis an die Macht kamen und seine Arbeit hätten bedrohen können. Sein künstlerischer Nachlaß wurde von einem Verwandten in die Tschechoslowakei gebracht, wo er jahrzehntelang in einem Waldhaus bei Prag versteckt blieb.

Die größte Berliner Sammlung an Orlik-Blättern ist im stadtgeschichtlichen Berlin-Museum zu Hause. Aber wie jetzt zu sehen ist, ist auch das Kupferstichkabinett Preußischer Kulturbesitz nicht eben sparsam gesegnet. Es nutzt den Sommer für eine ursprünglich eher „improvisierte" Ausstellung, die aber in ihrer didaktischen Konzeption zum Vernünftigsten gehört, was in letzter Zeit in dem Dahlemer Institut zu sehen war.

Von Rilke stammte wohl jenes Aperçu, demzufolge Orlik Zeichnung und Graphik der Malerei offenbar einer asketischen Vervollkommnung und Konzentration zuliebe den Vorzug gab.

Orlik war ein weitgereister Mann – dies im touristischen, aber auch im übertragenen Sinne. Er hat sich in der weiten Welt, aber gleichermaßen mit offenen Augen in der Kunstgeschichte genau umgesehen und daraus für die eigene Arbeit unübersehbare Lehren und Vorbilder gezogen. Legendär ist seine Reise in den Fernen Osten, die eine starke Hinwendung zum japanischen Farbholzschnitt des 18. Jahrhunderts brachte. Sogar für eigene Ausstellungen ließ Orlik in japanischer Manier plakatieren.

Zunächst einmal „Impressionist", blieb Orlik ein „Künstler zwischen den Stilen". Es ist ein Verdienst dieser Ausstellung, daß sie ganz unaufdringlich an Beispielen zeigt, wie der Jugendstil, wie Nicholson, Whistler, Toulouse-Lautrec, Menzel, Liebermann, wie Maler der Schule von Barbizon und eben japanische Graphik seinen künstlerischen Weg begleiteten und bestimmten. Nur wenige Künstler beherrschten die verschiedensten Techniken (nebst ihren Finessen) derart aus dem Effeff wie Orlik. Diese Vielseitigkeit macht ihn nach längerer Vernachlässigung heute wieder interessant. Denn einen eigenen „Stil", gar eine für die künstlerische Moderne erneuernde Wendung, hat Orlik nicht geleistet.

Er zeigte slowakische Landarbeiter in Litho und Radierung, hielt Wäscherinnen in Aquatinta fest. Die Prager Klatsch- und Marktweiber fanden sich in Farbholzschnitten wieder. Die Fabrikschlote von Glasgow, der Rastsuchende am Victoria Embankment wurden auf einer Reise notiert. Die dunklen Kaftane der Juden in Galizien, die weiße Tracht der Ruthenen stehen in kräftigen graphischen Kontrasten. Kinder und Kurtisanen, Weiden und Pilger erinnern an die japanische Studienexkursion.

Bei den Porträts begegnet der Besucher den Gesichtern Hermann Bahrs und Gustav Mahlers, Wilhelm von Bode (mit kalter Nadel), Gerhart Hauptmann (zusätzlich mit Roulett und geschabt). Hohe Kunst differenzierter Nuance, im Zeigen und Weglassen.

Besonders schön sind hier die zahlreichen Blätter, mit denen der Freund und Mitarbeiter Max Reinhardts bewies, daß ihn „das Theater" auch diesseits der Szene fesselte. Ob er Zuschauer bei ägyptischen Kamelrennen beobachtete, die Besucher chinesischer Provinztheater, Neugierige im Cirque Medrano, im Grand Guignol, die Zuhörer eines Beethoven-Konzerts, die behüteten Herren einer Pariser Loge oder die Lauscher in einer Vorlesung des großen Stanislawski – jedes Blatt besitzt eigene, unverwechselbare vitale Atmosphäre von Ereignissen, denen Menschen gemeinsam und voller Spannung beiwohnen. Emil Orlik saß mitten unter ihnen. Er muß selbst ein lustvoller Zuschauer gewesen sein. (Bis 28. 8., ein Bilderheft ist in Vorbereitung)

PETER HANS GÖPFERT



Emil Orlik konnte mit der linken Hand in der Hosentasche porträtieren: Seine Bleistiftzeichnung „Gustav Mahler" FOTO: BINDER/THIELE

Bayreuths neues „Rheingold" unter Georg Solti

Ein Märchenstück in tausend Farben

Ein Mann, ein Schrei. Als sich nach der „Rheingold"-Premiere der Dirigent Georg Solti vor dem Vorhang des Bayreuther Festspielhauses zeigt, jauchzt das Publikum hellauf. Es gibt wieder einen Pultstar auf dem Grünen Hügel, und sogar den, auf den man am längsten gewartet hat. Seit Jahrzehnten schon hat Bayreuth immer wieder die Möglichkeiten erkundet, Sir George für die Festspiele zu gewinnen. Spätestens seit seiner Schallplatteneinspielung des „Rings" in den frühen sechziger Jahren wurde dies zum dringenden Desiderat. Nun endlich, schon in seinen Siebzigern stehend, ist Solti da.

In vielem hat sich der einstige Feuerkopf unter den Dirigenten gewandelt, ist weicher, glatter, auch langsamer geworden. Sein Wagner-Bild aber ist dasselbe geblieben. Konzentration und Spannung sind mit den ernsten Hornsequenzen vom Grunde des Rheins da. Solti dirigiert sogleich eine sinfonische Dichtung. Man hört den Strom mächtig anschwellen. Sich aus der ruhigen Breite in die Stromschnellen des Binger Lochs zwingen. Und dann: Vorhang auf!

Im Licht glitzerndes Wasser. Echtes Wasser. Drei Rheintöchter, schwimmend sich tummelnd. Vielleicht sind sie sogar nackt. Vom Boden der Bühne bis in die volle Höhe schnellen sie fischgleich empor. Der Effekt ist stupend. Meister der Illusion sind am Werk. Was haben sie aus der Trickkiste hervorgekramt?

Nun, Regisseur Peter Hall und sein Ausstatter William Dudley hatten eine verwegene Idee: Gleich hinter dem an der Rampe wuchernden Rhein-Riff haben sie ein Schwimmbassin auf die Bühne gesetzt. Dahinter stellt sich eine große Spiegelwand schräg, die die Schwimmoper aus der Horizontalen in die Vertikale reflektiert. Die ganze Bühne scheint von den Rheinfluten erfüllt. Aus dem Bassin heraus ans Riff und wieder zurück ins Wasser geht der Rheintöchter planschender Weg. Keine Doubles müssen herhalten und keine Schwimmapparate. Theatertechnik von heute löst Richard Wagners Bühnenvisionen auf ungeahnte Art ein.

Die Mechanik der Festspielbühne kommt zuweilen hörbar ins Ächzen unter den Lasten, die Peter Hall ihr zumutet. Er geht an die Grenzen dessen, was auf dem Theater realisierbar ist. Seine Phantasie ist deutlich von der Perfektion des Films geprägt. Aber der Schwindel, den die Kamera erlaubt, würde auf der Bühne auffliegen. Das macht die Sache umso schwieriger.

Fasolt und Fafner, die beiden Riesen, sind doppelt so groß und zehnmal so schwer wie die Götter, mit denen sie streiten. Wer dächte nicht an King Kong und die weiße Frau, wenn sie die holde Freia entführen. Aber diese Monster bewegen sich doch mit einer plumpen Grazie. In ihnen steckt jeweils nur ein Sänger. Das ist grandios.

Die winzige, handgroße Kröte, in die sich Alberich verwandelt, sie hüpft wie aus eigener Kraft in den Stollengängen von Nibelheim herum. Ein Zauberkunststück auch dies. Die mahnende Erda wächst aus dem Wiesengrund heraus wie Becketts Winnie aus ihrem Sandhaufen. Ein Rätsel, wie das technisch machbar ist. Nach Walhall steigen die Götter, wie es bei Wagner geschrieben steht, über einen leuchtenden Regenbogen. Des Staunens ist kein Ende.

Realismus wäre dennoch das falsche Schlagwort für Peter Halls Inszenierung. Sie will deutlich Theater sein. Sie führt ein Stück vor. Ein Märchenstück. Ein böses Märchen. Hatte Chéreau dieses Märchen an gleicher Stelle vor sieben Jahren theatralisch brillant seiner Chiffren entkleidet, rückübersetzt in Wagners gesellschaftliche und ökonomische Wirklichkeit, so will Peter Hall es nun wieder erzählen: mit Lust am Detail, mit verblüffenden Effekten.

Gewiß setzt Peter Hall ein bißchen zu sehr auf die Momente der großen Verblüffung. Die Göttersippschaft des „Rheingold" zeigt nicht viel Profil, und schon gar kein göttliches. Schablonen der Darstellung werden selten gesprengt. Viel Feinarbeit wurde da auf die nächsten Jahre verschoben. Hoffentlich wird sie nachgeholt.

Das ist um so bitterer nötig, weil einige Recken von recht schwacher vokaler Statur sind. Das Experiment, eine fast völlig neue „Ring"-Besetzung in Bayreuth aufzubieten, scheitert im „Rheingold". Dazu sind die Ressourcen im Wagnerjahr fast zu knapp geworden. Siegmund Nimsgern ist der Wotan. Die imperiale Festigkeit geht der Stimme ebenso ab wie die vernehmliche Deklamation. Heinz-Jürgen Demitz, der Donner, gebietet Naturgewalten kaum. Maldwyn Davies, der Froh, ist nur mühsam auszumachen. Doris Soffel, die Fricka, verschafft sich zwar deutlich Gehör, aber leider nicht auf sonderlich gepflegte Art. Anita Soldh, die Freia, tönt allzu jungfräulich-zart. Anne Gjewang, die orakelnde Erda, flößt Furcht kaum ein. Stimmlich gehört diese Welt schon längst den profunden Riesen – Manfred Schenk und Dieter Schweikart – und den Nibelungen, Hermann Bechts Alberich und Peter Haages Mime. Stimmlich wohl aufeinander abgestimmt klingen die Rheintöchter zusammen. Agnes Habereder, Diana Montague und Brigitta Svenden.

Doch Georg Solti hält die Aufführung auch über ihre stimmlichen Untiefen hinweg in Fluß. Ein Opernhaus, ein Festspielhaus ist für ihn nicht der Platz, eine Partitur zu analysieren, sondern in Klang umzusetzen. Und wie das klingt! Wagner hätte ja kaum seinen gedeckten Orchestergraben erfunden, wenn ihm an solistischer Prägnanz der einzelnen Instrumente gelegen gewesen wäre. Oft haben Dirigenten in Bayreuth dennoch gerade dies versucht. Solti hingegen setzt auf die totale Integration des Orchesters. Er erstrahlt in Farbenreichtum sondergleichen. Es wechselt die Schattierungen fortwährend. Die Musik blüht unter seinen Händen.

Sie ist dazu voller Energie. Solti weiß, wohin er mit jedem Takt, mit jedem Leitmotiv steuert. Die Partitur ist von seinem musikalischen Nerv erfüllt bis in die letzte Note. Sie läuft ab mit der Präzision eines Uhrwerks und ist doch voller Leben. Wie immer sich dieser „Ring" an den drei weiteren Abenden runden wird: Georg Solti ist Bayreuths neuer Triumphator.

REINHARD BEUTH



Zehnmal so schwer wie die Götter: Die Riesen Fasolt und Fafner in dem von Peter Hall inszenierten „Rheingold" der Bayreuther Festspiele

JOURNAL

Unsichere Zukunft des Holland-Festivals

SAD, **Den Haag**

Die Zukunft des Holland-Festivals, das jedes Jahr in Form zahlreicher Veranstaltungen unterschiedlicher Art in vielen Orten der Niederlande stattfindet, ist unsicher geworden. Der für kulturelle Angelegenheiten zuständige Minister Brinkman, aus dessen Ressort bisher die größten Subventionen kommen, hat die Festival-Verantwortlichen zu einer Konferenz über künftige Finanzierungsmöglichkeiten eingeladen. Er wies darauf hin, daß die großen Städte Amsterdam, Den Haag und Rotterdam dabei sind, ihre eigenen Subventionen drastisch zu kürzen oder gar zu streichen. Für 1981 und 1982 hatte das Holland-Festival sein Budget um rund 600 000 Mark überschritten. Das diesjährige Ergebnis ist noch nicht bekannt.

5000 Jahre alte Siedlung ausgegraben

dpa, **Salzburg**

Archäologen glauben, bei Bischofshofen im österreichischen Bundesland Salzburg die bedeutendste inneralpine menschliche Ansiedlung mit einer Geschichte von 5000 Jahren gefunden zu haben. Die Wissenschaftler sind bei Ausgrabungen auf einem „Pestfriedhof" auf ein großes Gräberfeld gestoßen, das sie in die späte Hallstattzeit und frühe Keltenzeit datieren. Unter den geborgenen Grabbeigaben sind Reste eines vierrädrigen Wagens und Bronzegegenstände. Sowohl prächtige Steinkistengräber für hochstehende Persönlichkeiten als auch einfache Urnen ohne Beigaben wurden freigelegt.

Liebermann-Preis an Konrad Boehmer

ow. **Hamburg**

Der von dem Industriellen Kurt A. Körber gestiftete Rolf-Liebermann-Preis für Opernkomponisten, der mit 75 000 Mark dotiert ist, wird dem Komponisten Konrad Boehmer, 42, aus Amsterdam verliehen. Eine international besetzte Jury, der u. a. die Intendanten der Opernhäuser von Mailand, Wien, Paris und London angehörten, wählte Boehmers Oper „Dr. Faustus" aus insgesamt 55 eingereichten Opern aus. Der Preis, der in Zukunft alle drei Jahre ausgeschrieben und in diesem Jahr zum erstenmal verliehen wird, soll dem in Berlin geborenen Komponisten am 18. September in Hamburg überreicht werden.

Tausende am Grab von Wissotski

AFP, **Moskau**

Tausende von Menschen haben am Grab des sowjetischen Dichtors, Sängers und Schauspielers Wladimir Wissotski des vor drei Jahren gestorbenen Künstlers gedacht. Auf dem Wagankowski-Friedhof warteten Moskauer aller Altersstufen in einer langen Schlange darauf, bis sie an der Reihe waren, um Blumen an „Wolodias" Grab niederzulegen. Vor dem Friedhof versammelten sich junge Leute, die Lieder des populären Poeten sangen und Gedichte rezitierten. Wissotski, der im Alter von 43 Jahren an einem Herzinfarkt starb, konnte in der Sowjetunion nur eine einzige Langspielplatte aufnehmen.

Italienischer Beitrag in Prades prämiert

AFP, **Prades**

„Die magische Leinwand" von Gianfranco Mingozzi ist bei den 24. Filmtagen von Prades in Südfrankreich mit dem vom Publikum vergebenen Preis der Stadt Prades ausgezeichnet worden. Der Kurzfilmpreis ging an den französischen Beitrag „Voyage à Deauville" von Jacques Duron. Der französische Filmclubverband prämierte „Faux Fuyants" von Alain Bergala.

System Chladek in Bregenz

Reg. **Bregenz**

Zur Entwicklung des Körpergefühls und Körperbewußtseins, zum Kennenlernen organischer und harmonischer Bewegungsabläufe, zur Anregung und Förderung der Kreativität unter Einbeziehung der Musik sowie zur Tanzgestaltung findet vom 5. bis zum 9. September im Festspielhaus eine „Bregenzer Woche für Kreative Bewegungsgestaltung" nach dem System Chladek statt. Auskünfte erteilt Elisabeth Kreuzberger, Diesterweggasse 21/13, A-1140 Wien.

René Fallet †

AFP, **Paris**

Der französische Schriftsteller und Drehbuchautor René Fallet ist im Alter von 55 Jahren in Paris gestorben. Seine Bücher, in denen er „dem Volk aufs Maul schaute" und sich eigenen Angaben zufolge dabei wenig um grammatikalische Regeln scherte, erreichten hohe Auflageziffern. Für den 1964 verfaßten Roman „Paris im August" – die augenzwinkernde Schilderung der Pariser Ehemänner, die ihre Frauen samt Kinder in die Ferien geschickt haben – erhielt er den „Prix Interallié". Viele seiner Geschichten wurden verfilmt. Mit Stolz hatte Fallet stets auf seine bescheidene Herkunft – „Gott sei Dank waren meine Eltern arm und haben mir keine Studien aufgezwungen" – und auf seine eigene Philosophie verwiesen: „Ich denke möglichst wenig nach, und es geht mir deshalb immer besser. Viel lieber als mit den Werken Schopenhauers beschäftige ich mich mit meiner Angel und meinem Rennrad."

München: R. Wagners frühe Oper „Die Feen"

Viel Lärm um nichts

Der ganze Wagner sollt' es sein, nicht nur der Bayreuther Riese. Deshalb hat Wolfgang Sawallisch seiner Münchener Staatsoper „Das Liebesverbot" und „Rienzi" einstudiert und nun, gestützt auf das eifervoll spielende Symphonie-Orchester des Bayerischen Rundfunks, im Rahmen der Münchener Opernfestspiele sogar auch noch Wagners „Die Feen" konzertant aufgeführt, das Werk des 20jährigen, das zu Lebzeiten Wagners nie erklang. Es erntete lebhaften Beifall.

Aber wahrscheinlich galt der mehr der Aufführung als dem Werk: den immensen Energien, die Sawallisch mobilisierte, dem Überflüssigen beinahe vier Stunden lang Aufmerksamkeit zu ertrotzen. Es gelang ihm das Wunder, selbst dem offenkundig musikalischen Stroh mit seinem Taktstöckchen noch ein paar Körnchen Interesse zu entdreschen. Was Wagner in sein Werk nicht hineinschrieb, kann eben selbst ein Eiferer wie Sawallisch nicht an den Tag heben.

„Die Feen" Wagners sind eine gewaltige Fleißarbeit, an der freilich ihr Komponist, kaum war sie beendet, vollkommen das Interesse verlor. Er arbeitete weiter und warf die wachsenden Kräfte voll in „Das Liebesverbot". Die „Feen" hatten das Nachsehen. Schon immer wies sich Wagner, der Selbstkritische, hellsichtiger als seine Bewunderer.

Wagner, auch in den „Feen" schon sein eigener, aber buchstäblich noch sprachloser Librettist, gründete seine Oper auf eine Vorlage Carlo Gozzis, die einem Verschiebebahnhof der beliebtesten romantischen Motive gleicht. Die Liebe eines Menschen zu einem Geisterwesen wird in ihr den heftigen Prüfungen unterzogen. Der riesige Apparat der Romantik wird, verwandlungsreich, aufgeboten, die Geschichte in den sinnverwirrendsten Farben zu malen. Nur leider stehen sie dem jungen Wagner durchaus noch nicht zur Verfügung.

Wohl beherrscht Wagner schon in erstaunlicher Weise das herkömmliche Orchester. Er instrumentiert wohlklingend und geschickt. Er versteht sein Metier, doch drückt sich in ihm noch nicht die geringste musikalische Persönlichkeit aus. Vor allem aber mangelt es einer derart traditionshörigen Oper wie den „Feen" an melodischer Erfindungskraft und Prägnanz. Die armen Sänger müssen sich heiser singen bei den sinnlosen Anstrengungen, die ihnen Jung-Wagner auferlegt, ohne daß auch nur der winzigste Ohrwurm dabei herauskröche. Wagner fuhrwerkt mit Feuereifer in den Klischees, die er von den bewunderten Vorlagen Beethovens und vor allem Webers absprengte.

So bleibt selbst die monströse Arie Adas, Leonores und Rezias hochdramatischen Singmonologen nachempfunden, gähnend leer, auch wenn Linda Esther Gray sich imponierend in ihr fast zu Tode singt. Und nicht minder anforderungsreich, wenn auch ebenso ausdrucksarm ist die heldische Partie Arindals, des Prüflings aus Menschengeschlecht, der am Schluß zu den Feen entrückt wird. Jan-Hendrik Rootering und Cheryl Studer sangen sich inmitten der gewaltigen Anstrengung mühelos und kultiviert an die Spitze der Aufführung, zu der auch Roland Hermann eindrucksvoll vordrang. Dennoch machten die „Feen" im Grunde viel Lärm um nichts.

KLAUS GEITEL

Architektur von morgen: Vorausschau des BDA

Kahnpartie anno 2003

Wie sieht die Architektur in zwanzig Jahren aus? Die Propheten täuschen sich stets: Sie sind so fasziniert von ihrer Umgebung, daß sie sie vervielfältigen." So schreibt der Architekt Lucien Kroll aus Brüssel ausgerechnet in einer Vorausschau auf die Bauten des Jahres 2003. Der Bund Deutscher Architekten (BDA) hat sich jetzt eine Reihe wörtlicher und bildlicher Utopien zur gebauten Umwelt nach der Jahrtausendwende im Jahr seines 80. Bestehens komponiert – ein vorweggenommenes Geschenk zum 100. Geburtstag. Architekten, Politiker und Vertreter der Kulturszene haben dafür ihre Wünsche und Ängste formuliert. Der Reiz der Sammlung liegt in der Vielfalt konträrer Meinungen.

Der Düsseldorfer Architekt Wolfgang Döring meint, der Blick in die Zukunft sei kein Hexenwerk, denn die Bauten von morgen liegen heute schon auf dem Reißbrett: Sein klassizistisch-kühler U-Bahnhof für die Stadt Düsseldorf ist im Modell bereits fertig, doch der Baubeginn steht erst für das Jahr 1995 an.

Die Autoren sind einhellig der Meinung, daß die Zeit der Fließbandarchitektur und der steril-futuristischen Glaspaläste vorbei ist. Mit Blick auf die Zukunft stellt der Fabrikant Philip Rosenthal ein hauseigenes Vorhaben des österreichischen Öko-Architekten Friedensreich Hundertwasser vor, bei dem „eine Fabrik Frieden mit der Natur" schließt und aus Balkonen und auf Dächern „Baummieter" wachsen.

Professor Otto Frei, Architekt in Leonberg-Warmbronn und für seine kühnen Seilnetz-Konstruktionen bekannt, schwärmt gar von einer „Architektur der Natur und der Liebe", von Gebäuden, die mit der Umwelt verwachsen.

Stadtrat Hermann Glaser aus Nürnberg sieht das architektonische Heil der Zukunft in der Vergangenheit. Vor allem das ruhige Maß des Biedermeier soll den rastlosen und aggressiven Menschen der achtziger Jahre bis nach der Jahrtausendwende kurieren helfen. Mit den Betonkästen, die sich in aller Welt gleichen, soll es demnach bald vorbei sein. In Tendenzen wie Selberbauen, der Ökologiebewegung in der Architektur und dem Hang zum Regionalismus sieht Glaser Hinweise auf mehr Originalität und Charakteristik der Architektur im Jahr 2003: „Laßt uns die Vergangenheit romantisieren, damit sie für zukünftige menschliche Umweltgestaltung Vorbild sein kann! Laßt uns um ein Biedermeier von innen bitten."

Auch der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat sich für den BDA schriftstellerisch einspannen lassen. Er lieferte für die Vision die Reportage einer Kahnpartie anno 2003 auf der Elbe: Aus dem trüben Fluß hat sich ein klares Gewässer mit Reiherkolonien entwickelt, an dessen Gestaden die Hanseaten in teils selbstgebauten Quartieren wohnen, in einer idealen, umweltfreundlichen Mischung mit Kleingewerbe. Architekten und Bürokraten, stichelt von Dohnanyi, hatten sich dem stadtplanerischen Paradies vergeblich widersetzt.

Als „Ironimus" streut Architekt Gustav Peichl schließlich zeichnerisch Salz auf die Sammlung menschenfreundlicher Architekturhoffnungen. Danach finden die „Publikationsstars" unter den Baumeistern bis 2003 stets neue Nutzungen für alte Gebäudetypen. Das Warenhaus zieht in die Basilika ein.

GISELA SCHÜTTE

Allzu streng in die Pflicht genommen – Werkstattwoche der Studententheater der „DDR" in Leipzig

Spiel ruhig, wenn du es nicht lassen kannst ...

Anfang dieses Jahres wurde von jungen Wissenschaftlern der Pädagogischen Hochschule Magdeburg eine Studentenbühne gegründet, die „vor allem experimentieren" wollte. Doch dazu ist es bislang nicht gekommen, denn nach Gründung der Gruppe wurde den Laienschauspielern von der Hochschulleitung sofort aufgetragen, das erste Programm voll und ganz Karl Marx zu widmen. Und so bastelten die Akteure denn mehr oder weniger lustlos an einem langweiligen Polit-Stück, dem sie den Titel „Ein junger Mann aus Trier" gaben.

Professor Adling, stellvertretender Direktor der Leipziger Schauspielschule, bezeichnete vor einiger Zeit die Studententheater als einen „unentbehrlichen Impulsfaktor für die Entwicklung sozialistischer Lebensweise von Studenten und jungen Wissenschaftlern". Bei der Durchsetzung der Forderung, mit Hilfe theaterkünstlerischer Mittel bei der „Heranbildung" mitzuwirken, stoße man jedoch bei den Studenten und jungen Wissenschaftlern nicht selten auf Widerstand. Nun, das hat offenbar seine Gründe.

In der „DDR" spielen gegenwärtig immerhin an die 40 Studentenbühnen, so das „AST" und das Theater im Bereich Theaterwissenschaften der Ostberliner Humboldt-Universität, das „Junge Theater" Jena, das „Theater auf der Handfläche" Suhl oder das „Poetische Theater" Leipzig. Ihr Repertoire reicht von Shakespeares „Viel Lärm um nichts" über Dürrenmatts „Physiker" bis zu Brechts „Kreidekreis". Agitprop-Stücke und Werke mit einer vordergründigen politischen Aussage werden von den meisten Studententheatern abgelehnt.

Besonders überzeugend und publikumswirksam sind jene Inszenierungen, die auf das Körperliche, Sinnliche und Poetische setzen. Dort, wo der vielfältige körperliche Einsatz gefordert ist, entstehen mitunter ungewöhnliche Leistungen. Insgesamt betrachtet allerdings haben auch die „DDR"-Studentenbühnen unter einer Entwicklung zu leiden, die charakteristisch ist für die Theaterlandschaft zwischen Elbe und Oder: dem Trend der „DDR"-Dramatik zum reinen Sprechtheater, ihre Abwendung vom Schau-Spiel.

Die Studententheater der „DDR" haben sich mit vielen Problemen herumzuschlagen. Einige davon wurden jetzt auf einer in Leipzig stattgefundenen Werkstattwoche von den Studenten zur Sprache gebracht: fehlende oder unzulängliche Probenräume, ungenügende materielle Hilfe für Ausstattung, Technik usw., der Mangel an Möglichkeiten zu einem freien Meinungsaustausch, die politische Bevormundung durch FDJ- und SED-Funktionäre. „In einem Gespräch mit den Leitern der anwesenden Theater ... fielen dann in den Berichten auch nicht selten die Worte Ignoranz und Gängelei", schrieb dazu die FDJ-Zeitschrift „Forum", die kurz danach ihr Erscheinen wegen Papiermangels einstellen mußte.

Über Schwierigkeiten anderer Art berichtete im Rahmen der Werkstattwoche ein Student der Karl-Marx-Universität Leipzig. Von der FDJ bekäme er zu hören: „Spiel du nur Theater, wenn du es eben nicht lassen kannst. Aber mache auch bei uns alles gründlich, das Studium und deine Arbeit ... Komm auch zum Ernteeinsatz, da wirst du auch gebraucht." Da sei es „schon ganz schön schwer, die optimale Variante zwischen Studium und Theater zu finden".

HARALD BUDDE



Dior läßt das Damenknie erahnen (links). Nina Ricci bringt die lockere Note ins Spiel. FOTOS: AP

Für die Modeschneider scheint es keine Depression zu geben. Die Haute Couture für den kommenden Winter, die gegenwärtig in Paris unter großem Pomp enthüllt wird, präsentiert sich üppig und optimistisch. Schwarz ist die Farbe der Saison.

Elegant und luxuriös wie lange nicht mehr: Pariser Mode '83

Cardin: Perfektion der Schnittechnik, während Scherrer mit Drapierungen dem Sexylook huldigt (rechts). FOTOS: AP

Von CONSTANZE KNITTER

Frankreichs Nobelschneider glauben an den Luxus. Schon lange waren die Pariser Haute-Couture-Kollektionen nicht mehr so elegant, raffiniert und üppig wie die für den kommenden Winter.

Kaum dreitausend Frauen aus der ganzen Welt können sich den Luxus leisten, sich bei ihrem Lieblingsschneider in Paris fünf oder sechs Maßkleider pro Saison anfertigen zu lassen. Die Preise der Modellkleider – zwischen 10 000 und 18 000 Mark für ein Maßkostüm oder bis zu 30 000 Mark für ein besticktes Abendkleid! – sind für Normalverbraucherinnen unerschwinglich. Doch für die Pariser Modeschöpfer ist die Haute Couture die beste Visitenkarte. Nach Paris gehen sie auf Tournee und zeigen die Luxusmode in allen Ländern der Welt, sofern sie eine starke Währung haben. Über den hohen Dollarkurs können sie sich nur die Hände reiben.

Der Pariser Look ist damenhafter als je zuvor. Schwarz triumphiert in allen Kollektionen. Die Schultern sind breit betont, die Taillen wespenhaft dünn, die bleistiftengen, hochgeschlitzten Röcke werden länger. Sie reichen bis zu den Waden, wenn nicht gar zum Knöchel. Nicht immer wirkt die neue Silhouette jugendlich. Doch Haute Couture war noch nie für Teens und Twens gedacht.

„Alle eleganten Frauen ziehen sich schwarz an, wenn sie ausgehen. Also mache ich schwarze Kleider", sagt Jean Louis Scherrer. Einst Lieblingsschneider von Madame Giscard d'Estaing, ist er heute der Favorit arabischer Prinzessinnen. Wenn Scherrers Mannequins in strengen schwarzen Tuchkostümen, schwarzen Stolen und Trauerschleiern um die Hüte auch manchmal aussahen, als gingen sie auf eine Beerdigung, ist seine Mode dennoch alles andere als traurig. Große Décolletés, hochgeschlitzte Röcke, Drapierungen, Stickereien und viel Straßschmuck geben seinen Modellen einen Sexylook.

Jean Louis Sczherrer hat seit je ein „Faible" für die dreißiger Jahre. Er liebt klassische Tailleurs, breitgeschulterte, taillierte Jacken, schmale Rücken. Für diesen Winter propagiert er einen Dschungellook. Seine Kostüme und Mäntel ziert er mit imitierten Ozelot- oder Giraffenfellen. In drapierten zweifarbigen Jerseykleidern mit kleinen Turbanen auf den Köpfen sehen seine Mädchen aus wie auf einem Tanztee vor dem Kriege. Am Abend erscheinen die Mädchen in hautengen Etuikleidern mit Perlen und Glitzer bestickt.

Über Pierre Cardins Kollektion sagte Madame Claude Pompidou, eine treue Kundin seines Hauses: „Das war die schönste Schau. Noch nie erreichte Cardin solch eine Perfektion in der Schnittechnik." Cardin eröffnete seinen Modereigen mit dreiviertellangen weiten Lodenjacken, plissierten Capes, gefälteten Ponchos über schmalen Röhrenhosen. Bei den Kleidern dominieren raffiniert geschnittene Sackkleider, zweifarbige weite Zeltkleider. Für den Abend bot er ein Festival drapierter, plissierter oder zipfliger Stufenkleider. Seine Etuikleider betören durch asymetrische Décolletés.

Bei Christian Dior ließ Designer Marc Bohan unter engen Röcken fast das Damenknie erahnen. Seine klassischen Tageskostüme werden von hüftlangen, taillierten Jacken mit breiten Revers, langen Blousons aus Leder oder sehr männlichen Paletots begleitet. Mit Schulterpatten, Goldknöpfen, ausgesetzten großen Taschen erinnern seine Tailleurs manchmal an den Military-Look. Diors Nachmittagskleider aus glänzendem Satin sind um Taille und Hüften drapiert – ganz wie in den dreißiger Jahren. Am Abend trägt die Dame über Korsagenkleidern mit langen engen Röcken weite Luchs- oder Zobelmäntel.

Wenn man bei Dior das Knie erahnt, so sieht man in der Kollektion von Nina Ricci unter hochgeschlitzten Röcken schlicht die Schenkel. Über diesen indiskreten Röcken trägt die Dame hüftlange Tuniken mit Samt- oder Pelzblenden. Man sieht: Auch in der Haute Couture geht es manchmal frech und locker zu. (SAD)

Emanuela Orlandi in der Hand von Mädchenhändlern?

These vom politischen Motiv der Entführung verblaßt

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Affäre Emanuela Orlandi hat Scharen von Trittbrettfahrern und Psychopathen angezogen. Bei der Polizei, dem Untersuchungsrichter, dem Rechtsanwalt der Familie Orlandi und scheinbar auch beim vatikanischen Staatssekretariat sind inzwischen rund 5000 falsche Anrufe aufgelaufen. Zu den Trittbrettfahrern könnten nach einer immer mehr um sich greifenden Ansicht auch die vermeintlichen Terroristen gehören, die erst mehrere Tage nach dem Verschwinden Emanuelas am 22. Juli die Welt mit der Forderung nach Befreiung des Papst-Attentäters überraschten.

Im Vatikan selbst wächst die Befürchtung, daß hinter der Entführung des 15jährigen Mädchens letzten Endes nichts anderes als ein erpresserischer Versuch steckt. Der letzte der insgesamt sechs Appelle des Papstes läßt durch seine Formulierung den Verdacht zu, daß entsprechende Forderungen erhoben worden sind. Soll der Heilige Stuhl, wenn es sich um schnödes Geld handelt, die Eltern Emanuelas, die ja Vatikanbürger sind, in die Lage versetzen, die Freiheit ihrer Tochter mit vatikanischen Mitteln zu erkaufen? Das wäre eine sehr schwerwiegende Entscheidung, die einen Präzedenzfall schaffen würde und den Vatikan teuer zu stehen kommen könnte. Wie soll der Heilige Stuhl die 36 Kardinäle, die 35 sonstigen kirchlichen Würdenträger, die 86 Mitglieder der Schweizergarde und die weiteren 327 Personen beschützen, die sämtlich im Vatikan wohnen? Hinzu kommen die 2580 Bewohner der in ganz Rom verstreuten Gebäude, die dem Vatikan gehören und in der Mehrzahl Mönche und Nonnen beherbergen. Hinzu kommen ferner 176 diplomatische Vertreter des Heiligen Stuhls in aller Welt. Sollten es die unbekannten Entführer Emanuelas auf die Milliarden und sonstigen Reichtümer des Vatikans abgesehen haben, wäre die Auswahl für eine weitere Entführungsoperation denkbar groß. Auf alle Fälle könnte ein Nachgeben des Heiligen Stuhls einen gefährlichen Anreiz für Nachahmer bilden. Ein wirksamer Schutz der mehr als 3000 Personen, die zur päpstlichen Familie im weiteren Sinne gehören, erscheint unmöglich. Diese Überlegung bereitet den Verantwortlichen in der Vatikanstadt und in Rom schlaflose Nächte.

Die Anhänger der Mädchenhandelshypothese, allen voran die Carabinieri, erinnern daran, daß in den letzten Jahren fast 13 000 Italiener und Italienerinnen spurlos verschwunden sind. Zu diesen italienischen „desaparecidos" gehören nicht weniger als 2000 minderjährige Mädchen. Demnach scheint das internationale Metier des Menschenraubes in Italien reiche Früchte zu tragen. Bisher wurden die Fälle von plötzlich verschwundenen jungen und meist sehr hübschen Mädchen in der italienischen Presse nur mit wenigen Zeilen vermerkt. Die Entführung der Vatikanbürgerin Emanuela Orlandi hat dazu geführt, daß man sich voller Beunruhigung dem Thema des Menschenhandels und der organisierten gewaltsamen Prostitution zuwendet. Zwischen dem Fall Emanuela und einem vorausgegangenen könnte denn auch ein Zusammenhang bestehen. Die am 7. Mai gekidnappte gleichfalls 15jährige Mirella Gregori ist nach Angabe ihrer Mutter in der Espressobar ihrer Eltern mit einem Mann zusammen gesehen worden, der dem von der Polizei rekonstruierten Bild des vermeintlichen Entführers Emanuelas sehr ähnlich sieht.

Charlie Rivel: Ein Denkmal des eigenen Witzes



So richtig in die komischen vollen ging „Charlie" erst, wenn er sich die rote Pappnase zulegte ... FOTO: DPA

Von KLAUS GEITEL

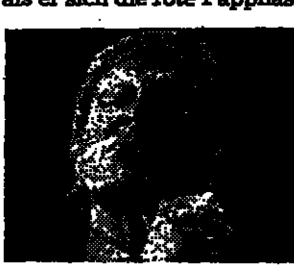
Die alten Clowns müssen sterben, und neue werden nicht mehr geboren, weil die Welt so schlecht geworden ist", klagte einst Heinz von Cramer. Aber furchtbar viel besser war sie schließlich auch nicht, als José Andreo, der sich Charlie Rivel nannte, im spanischen Cubellas zur Welt kam. Man schrieb das Jahr 1896, und nur drei Jahre später stand der Knirps tatsächlich schon auf der Bühne. Gestern starb der Welt berühmtester Clown in seiner spanischen Heimat bei Barcelona im Alter von 87 Jahren an den Folgen des vierten Gehirnschlages.

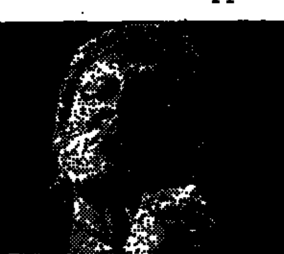
1979 konnte der kleine alte Herr denn auch in Stockholm sein 80jähriges Jubiläum im Showgeschäft feiern. Lachenmachen hält offenbar rüstig und jung. Nun aber hat es sich ausgelacht. Nicht nur Kinder trauern um ihn. Rivel war neben Grock Deutschlands Lieblingsclown in einem Jahrhundert, in dem es sonst nicht gerade üppig zu lachen gab.

Den Namen Charlie hatte Rivel in Bewunderung von Chaplin „gestohlen". Mehr noch – er hatte sich (wie gleichzeitig viele andere neben ihm) auch noch die Märchenfigur des lieben, durchs Leben latschenden, Stöckchen schwingenden Landstreichers einverleibt und ließ sie am Trapez turnen: ein Akrobat, der das Akrobatsein tatsächlich schöööööön finden konnte. Rivel war glänzend.

Später, als er die Maske Chaplins abgelegt hatte, übersetzte er die alte akrobatische Nummer ins Elegante und eroberte mit ihr die Variétés. Rivel, der Frackträger auf dem beschwipsten Heimweg, erlebte tausend halsbrecherisch komische Abenteuer und bestand sie mit Glanz. Sein Witz war durchtrainiert wie sein Muskel.

Doch richtig in die komisch vollen ging Rivel erst, als er sich die rote Pappnase





„Schöööööön" – der Akrobat und sein Lieblingswort. FOTO: DPA

zulegte und den roten Haarkranz um die weißgepuderte Glatze legte. Er erfand sich einen Jauler, der unwiderstehlich das Zwerchfell des Publikums kitzelte. Rivels „Huuuh", hervorgejauchzt mit Emphase, setzte regelmäßig den Punkt auf das komische I. Man konnte sich nicht satt an ihm hören, und satt sehen an Rivels Grotesken konnte man sich jahrzehntelang auch nicht. Rivel blieb ein Evergreen der Heiterkeit, ohne es auch nur im geringsten nötig zu haben sich zu erneuern: ein komisches Denkmal des eigenen Witzes.

Sein „Akrobat Schöööööön" wurde zur Spitzenmarke unverwelklicher Fröhlichkeit. Man überschlug sich bei dieser unwiderstehlichen Nummer einer geminten Gutwilligkeit, die in alle Fettnäpfchen trat, ohne sich darüber jemals den Hals zu brechen. Ins feuerfarbene Trikot gezwängt, das sich nach den verwegensten Seiten dehnte, glich Rivel einer Dauerwurst des Spaßes, und das Publikum, lachlustig, biß herzhaft hinein.

Aber schlankweg verputzen ließ Rivel sich nie. Er hielt wohl von seiner Kunst immer wieder so viel zurück, sich zu regenerieren.

Er war der Clown der nicht abreißenden Wiederkehr. Deutschland, sein Vorzugsland, dankte sie ihm. Es verlieh ihm in einem löblichen Ausbruch von Staatsgelächter das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik. Clowns so hoch zu dekorieren, hat ein Staat selten Gelegenheit. Oft ist ihnen, längst bevor sie auszeichnungswürdig werden, das Lachen bereits für immer vergangen.

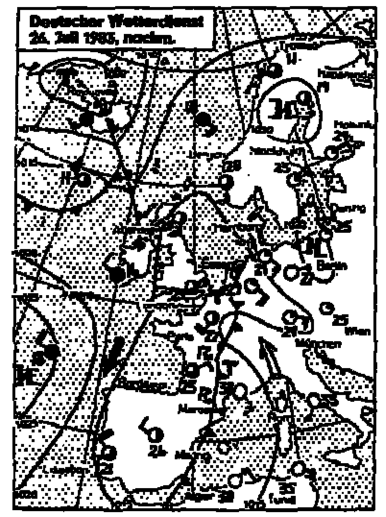
Rivel nicht. Er hielt stand. Er überzog Europa mit seiner prachtvollen Tolpatschigkeit. Er filmte. Er schrieb seine Memoiren. Er trat ab aus der Manege und kehrte immer wieder zurück. Es hielt ihn nicht im unkomischen Ruhestand. Noch im Februar 1981, in dem Jahr, in dem er zum zweiten Mal heiratete, trat er in München im Zirkus Krone auf: ein nimmermüder Störenfried angemaßter Tiefsinnigkeit, hohnlachend auf den tierischen Ernst des Lebens. Ein Mann zum Kugeln. Rivel warf mit sich fast ein Jahrhundert lang alle neun.

WETTER: Gewitter

Wetterlage: Der Hochdruck schwächt sich allmählich ab. Ein Gewittertief nähert sich von Frankreich her.

Vorhersage für Mittwoch:
Im Nordwesten wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern und Gewittern. Höchsttemperaturen hier um 30 Grad. Im Süden und in der Mitte heiter bis wolkig und überwiegend trocken mit Höchsttemperaturen bis 35 Grad. Nächtliche Tiefsttemperaturen 22 bis 17 Grad. Schwacher Wind vorwiegend aus Südost. In Gewitternähe kräftige Böen.

Weitere Aussichten:
Im Nordwesten nachlassende Niederschläge und kühler, im übrigen Bereich aufkommende Bewölkung mit z. T. gewittrigen Schauern, später auch hier kühler.



Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	27°	Kairo	30°
Bonn	29°	Kopenh.	25°
Dresden	29°	Las Palmas	23°
Essen	29°	London	24°
Frankfurt	29°	Madrid	26°
Hamburg	29°	Mailand	30°
List/Sylt	23°	Mallorca	33°
München	29°	Moskau	16°
Stuttgart	31°	Nizza	31°
Algier	30°	Oslo	24°
Amsterdam	19°	Paris	27°
Athen	33°	Prag	26°
Barcelona	29°	Rom	33°
Brüssel	23°	Stockholm	23°
Budapest	26°	Tel Aviv	31°
Bukarest	24°	Tunis	35°
Helsinki	24°	Wien	25°
Istanbul	26°	Zürich	28°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.39 Uhr, Untergang: 21.17 Uhr, Mondaufgang: 23.10 Uhr, Untergang 8.54 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Amerika sehnt den Indianersommer herbei

ERNST HAUBROCK, New York

Der Himmel ist milchig bis verwaschen grau. Die Sonne sieht man nicht. Man spürt sie nur. Sie heizt die Städte auf zu Glutöfen. Sie verwandelt die freie Natur zum dampfenden Treibhaus. Kein Schutz vor der drückenden, jeden Lebensnerv lähmenden Schwüle, auch nicht im tiefsten Schatten.

So war es in den vergangenen zwei Wochen in den USA: eine Hitzeglocke mit Temperaturen bis zu 45 Grad Celsius im Schatten von der Atlantikküste bis zu den Rocky Mountains, von Texas bis hoch in die Präriestaaten. Nur der pazifische Nordwesten blieb verschont. Gestern wurde Zwischenbilanz gezogen: 157 Hitzetote seit der 4. Reduzierung der Wasser-Reserven und eine landesweite Überlastung der Energienetze.

Schwere Gewitter mit tropischen Regenfällen, Stürmen und golfballgroßem Hagelschlag sorgten nur für kurzfristige Erleichterung, aber gleichzeitig für niedergerissene Leitungen und damit für eine Verschlimmerung der Stromversorgungsprobleme. Weitere Aussichten: eine neue Hitzewelle im Anzug.

Die Mehrzahl der Opfer waren ältere Leute, Zucker- und Herzkranke, die keine Chance hatten, der tödlichen Hitze in künstlich gekühlten Gebäuden zu entfliehen. Sie wohnten zum großen Teil in städtischen Slum-Gebieten in heruntergekommenen Häusern, die keine Klimaanlagen haben, weil die armen Bewohner weder die Geräte noch die hohen Stromrechnungen bezahlen können.

Vier Insassen eines Chicagoer Altersheims starben, weil die Haus-Klimaanlage durch Überlastung des Stromnetzes ausfiel. In St. Louis im US-Bundesstaat Missouri, der von besonders hohen Temperaturen betroffen wurde, richtete die städtische Wohlfahrtsbehörde für schutzsuchende ältere Leute in öffentlichen Gebäuden 50 Kühlräume ein.

Die Saison '83 scheint nach zwei relativ milden Sommern zum bekannten und gefürchteten nordamerikanischen Klimamuster zurückzukehren. Im Jahre 1981 wurden rund 1600 Hitzetote gezählt, in den Sommern davor waren es kaum weniger. Wenn diesmal auch in einigen Landesteilen mehrere Jahre alte Temperaturrekorde um ein zwei Grade gebrochen wurden, so sind doch Hitzewellen um diese Jahreszeit die Regel.

Von Ende Juni bis Anfang September muß immer damit gerechnet werden, daß tropische Hochdruckgebiete mit extrem hoher Luftfeuchtigkeit vom Golf von Mexiko bis in die kanadischen Provinzen vordringen. Und häufig ist es dann in Washington, New York, Boston und sogar Montreal schlimmer als im Sonnenstaat Florida, wo die Meeresbrise die Temperaturen erträglicher macht.

In Metropolen wie in New York wird die natürliche Hitze weiter hochgetrieben durch Millionen von Klimaanlagen, die unter ungeheurem Stromverbrauch erst nach außen ausgestoßene zusätzliche Hitze erzeugen müssen, bevor sie Kühle nach innen blasen können. Hunderttausende von Autos mit Klimaanlagen jagen die Temperaturen weiter hoch. Pflaster, Asphalt und Betonburgen saugen Sonnenhitze an, und nach wenigen solchen Tagen speichert sich heiße Luft in den Straßenschluchten wie unter einer gigantischen Glocke. Auch die Nächte bringen keine Abkühlung, und die Menschen in den ärmeren Bezirken, die aus den stickigen Wohnungen zum Schlafen auf Dächer und Feuerleitern fliehen, finden selbst dort nur geringe Erleichterung.

In solchen Wochen wird die städtische Wasserversorgung zur Ader gelassen, häufig bis auf einen katastrophalen Niedrigstand der Reservoirs, wenn Tausende von Hydranten illegal geöffnet werden und sich die Straßen in Sturzbäche verwandeln, in denen sich Kinder und Jugendliche tummeln.

Seit einigen Jahren versieht die Feuerwehr Hydranten mit Sprüharmaturen, wodurch die Wasservergeudung in Grenzen gehalten wird. Nach den ausgiebigen Regenfällen mit randvollen Stauseen hat New York bisher noch keine Sorgen. Doch wer weiß, wie lange?

Wer es sich leisten kann, flieht zumindest an den Wochenenden aus dem Höllenofen New York an die Atlantikstrände. Aber vor die Abkühlung dort haben die erbarmungslosen Zustände kilometerlange Autoschlangen, Schneckentempo, kochende Straßen, kochende Wagen und kochende Nerven gesetzt. Sommer in den USA heißt in der Regel Hitze. Zuverlässig vorbei sind die Hundstage erst, wenn die Tage kürzer werden und sich über dem Land wieder der klare Himmel des Indianersommers weitet. (SAD)

Futuristische Kampfmaschine geht in Serie

AP, London

Eine britische Firma hat gestern ein neues Einsatzfahrzeug zur Bekämpfung innerer Unruhen vorgestellt. Das rundum durch dicke Panzerplatten geschützte Fahrzeug AMAC-1 ist mit 16 Granatwerfern und 18 Schießscharten ausgerüstet. Vorn ist ein hydraulisch verstellbarer Rost zum Wegräumen von Straßensperren angebracht, und auf dem Dach sitzen Hochdruck-Wasserwerfer, Infrarot-Videokameras für Nachtaufnahmen und Suchscheinwerfer. Die Außenpanzerung kann mit einer 7000-Volt-Anlage unter Strom gesetzt werden, so daß jeder, der das Fahrzeug berührt, einen Stromstoß von zwei Ampère erhält. Dies sei ausreichend für einen „häßlichen Schock und eine Verbrennung", sagte AMAC-Direktor für Marketing, Paul Latham, bei der Vorstellung des Fahrzeugs. Die Reifen des Wagens sind schußsicher. Gegen geworfene Farbbeutel hilft die Scheibenwaschanlage, die mit einer Flüssigkeit zum Lösen von Farbstoffen betrieben werden kann. Im Fonds des Panzerwagens findet eine zehnköpfige Mannschaft Platz, die außerhalb des Fahrzeugs eingesetzt werden kann. Die Kabine ist wasser- und luftdicht verschließbar, so daß beispielsweise kein Tränengas von außen eindringen kann. Eine chemische Toilette ermöglicht, daß die Einsatzmannschaft den Wagen nicht verlassen muß. AMAC-1 soll in Kürze in die Produktion gehen und in die Dritte Welt verkauft werden. Werbekampagnen sind für Indien, Pakistan, Indonesien und einige Staaten Südamerikas geplant. Der erste Auftrag wird aus einem Land des Nahen Ostens erwartet.

Regierungspräsident unterlag

dpa, Aachen

Das Aachener Verwaltungsgericht hat gestern der Klage einer Grundstückseigentümerin gegen den Kölner Regierungspräsidenten stattgegeben. Die Frau hatte sich gegen die Enteignung ihrer Grundstücke zugunsten der Rheinischen Braunkohlenwerke (Rheinbraun) zur Wehr gesetzt. Aus ihrem Grundbesitz sollten Ersatzgrundstücke für die Umsiedlung des Ortes Lich-Steinstraß zur Verfügung gestellt werden, der den Braunkohlenbaggern zum Opfer fällt. Für das Gericht diente die Enteignung nicht dem Wohl der Allgemeinheit. (AZ: 5K 1108/82)

Vom Mordverdacht entlastet

AP, Edinburgh

Der von der britischen Polizei im Zusammenhang mit der Ermordung eines fünfjährigen schottischen Mädchens gesuchte 40jährige Deutsche Franz Witte ist nicht als Täter verdächtig. Dies bekräftigte die Polizei in Edinburgh. „Wir haben zu keiner Zeit angedeutet, daß dieser Mann was anderes sei als ein Mann, den wir befragen wollen, weil er sich in jener Nacht in dem Gebiet aufhielt. Es ist möglich, daß er etwas gesehen haben könnte."

Mutter folterte Tochter

dpa, Hürth

Auf grausamste Weise hat eine 33jährige Frau in Hürth (Rheinland) jahrelang ihre zwölfjährige Tochter bestialisch gefoltert. Die Frau verbrannte das Kind regelmäßig mit glühenden Zigaretten, und schüttete ihm kochendes Wasser über den Körper. Die Polizei berichtete, das Mädchen sei am ganzen Körper von tiefen Narben übersät. Gegen die ledige Mutter wurde Haftbefehl erlassen.

Doppelmord aus Scham

AP, Augsburg

Ein 42jähriger Postbeamter und nebenberuflicher Hausmeister hat gestern in Augsburg seine 40jährige Frau und seine 16jährige Tochter getötet und das von ihm betreute Mietshaus mit zwölf Wohnungen angezündet. Der Mann konnte noch in der Nacht in der Nähe des Hauses festgenommen werden. Er legte ein Geständnis ab. Demnach war der Mann vor kurzem bei einem Ladendiebstahl ertappt worden. Um seiner Familie die Schande einer Verurteilung zu ersparen erschlug er sie.

„Titanic"-Suche abgebrochen

dpa, New York

Die dritte Suche nach der „Titanic" ist wegen schlechten Wetters aufgegeben worden, ohne daß eine Spur zu dem Wrack des „unsinkbaren" Schnelldampfers gefunden wurde. Die Suchaktion wurde von dem texanischen Ölmillionär Jack Grimm finanziert. Der Luxusdampfer war am 15. April 1912 auf seiner Jungfernfahrt vor Neufundland gesunken. 1513 Meschen fanden dabei den Tod.

ZU GUTER LETZT

Die 830 Schüler der St.-Mary-Schule in Hendon sind mit dem Motto der 1707 gegründeten Lehranstalt sehr zufrieden: „Audio, Video, Disco." (Ich höre, sehe, lerne.)